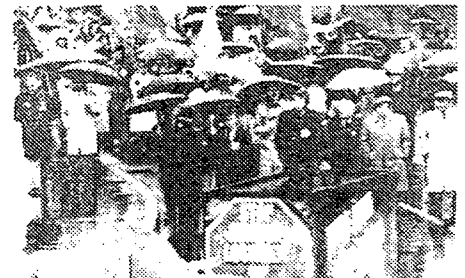


# Politische Berichte



18. Juli 1981  
Jg. 2 Nr. 15

G 7756 D Preis:  
2 DM



**Europäischer Gewerkschaftsbund:**  
Durch Forderungen nach Erhöhung der Niedriglöhne in den nächsten Tarifkämpfen „verlorenes Terrain zurückgewinnen“ Seite 3



**VR Polen:** Wird der Parteitag der PVAP freie Bahn für die Abkehr von planwirtschaftlichen Zielen geben? Seite 13



**Demokratisches Kampuchea:** Ausdehnung der befreiten Gebiete, Fortschritte in der Einheitsfront Seite 32

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,00 DM

## Inhalt

**Europäischer Gewerkschaftsbund:** Durch Forderungen nach Erhöhung der Niedriglöhne in den nächsten Tarifkämpfen „verlorenes Terrain zurückgewinnen“ ..... Seite 3

Agrarpolitik der Gewerkschaften in der EG ..... Seite 4

EG-Steuerharmonisierung: weitere Umverteilung der Lasten ..... Seite 5

### Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet ..... Seite 6

**Westberlin:** CDU-Senat treibt Zins und Grundrente ein ..... Seite 7

**Ausländische Studenten:** Zulassungsbeschränkungen werden verschärft ..... Seite 7

**Gefängnisstrafen:** Starke Zunahme bei längeren Freiheitsstrafen ..... Seite 8

**Türkei:** 52 Todesurteile gegen Gewerkschafter beantragt ..... Seite 9

**Frankreich:** Drohungen aus Washington und Bonn ..... Seite 10

**Sondergutachten:** Wer reich ist, braucht mehr! Die Lohnabhängigen sollen zahlen ..... Seite 10

**Großbritannien:** Thatchers Rüstungsprogramm angegriffen ..... Seite 12

**Mittelstreckenraketen:** Brandts „Nulllösung“ — kein Friedensplan ..... Seite 12

**VR Polen:** Wird der Parteitag der PVAP freie Bahn für die Abkehr von planwirtschaftlichen Zielen geben? .... Seite 13

Aus den Grundsätzen der Wirtschaftsreform (Entwurf) ..... Seite 14

„Soziales Minimum“ nicht mehr gesichert ..... Seite 16

Stellungnahmen aus Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, VR China ..... Seite 17

### Nachrichten aus der Arbeiterbewegung ..... Seite 18

**Sozialhilfe:** Hilfeempfänger von allgemeiner Lohnentwicklung abgehängt ..... Seite 19

**Wehrsportgruppe Hoffmann:** Nach der Festnahme weitere Verdunkelung ..... Seite 19

**Umschüler/NRW:** Aktionen gegen Pläne zur Unterhaltsgeldsenkung ..... Seite 20

**Niedersachsen:** Statt 150-Jahr-Feier: Bilanz ..... Seite 20

**Heidelberg:** Germanistenprozeß: Entscheidung über Revision steht bevor ..... Seite 21

**Härdle-Prozeß:** Jura-Professoren betreiben Kündigungen ..... Seite 21

**Schlepperdemonstrationen:** Bauern wenden sich gegen die Ausplünderungspolitik des Staates ..... Seite 22

CDU als Vorkämpfer für die Bauern ..... Seite 22

**Bundeswehr:** Bauernverband gegen Truppenübungsplatz ..... Seite 23

**Frankfurt:** CDU sucht Punkte für Ausschluß der Grünen ..... Seite 24

**Frauenarbeit:** CDU fordert Aufhebung des Nachtarbeitsverbots ..... Seite 24

**Wirtschaftsförderung:** Das Land Niedersachsen hält Spitzenstellung bei Wirtschaftsförderung und Konkursen ..... Seite 25

Die Banken lenken und kassieren ..... Seite 26

**Straßenbau:** Schnellerer Warenumsatz — Ausdünnung der Personenbeförderung ..... Seite 26

Stichwort: Wirtschaftsförderung ..... Seite 27

### Internationale Nachrichten ..... Seite 28

**USA:** Zielstrebig bauen die Imperialisten das Völkergefängnis USA aus ..... Seite 29

**Rohkaffeemarkt:** Sinkende Preise für kaffeeproduzierende Länder ..... Seite 29

**Jugoslawien:** Konflikt um das Kosovo ..... Seite 30

**RGW-Konferenz:** UdSSR sichert sich DDR-Technologie ..... Seite 30

**Iran:** Imperialistische Putschvorbereitungen ..... Seite 31

**Westsahara:** DARS fordert Abzug der Aggressionstruppen ..... Seite 31

**Demokratisches Kambodscha:** Ausdehnung der befreiten Gebiete, Fortschritte in der Einheitsfront ..... Seite 32

UN-Kambodscha-Konferenz ..... Seite 33

### Aus Kultur und Wissenschaft ..... Seite 34

**Els Comedians:** Faszination durch einfache, direkte Ausdrucksformen des Volkstheaters ..... Seite 34

Vergebliche Flucht aus der „Tretmühle“ ..... Seite 34

**Zukunftsroman:** Zukunft — nein danke ..... Seite 34

„Schnell an Zwickl in d'Musikbox“ ..... Seite 35

**Polizeibewaffnung:** Wirkung von Gummi- und Plastikgeschossen ..... Seite 35

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Sicherung bürgerlicher Freiheiten ..... Seite 36

„Grundwertediskussion“: Bischof Stimpfle ist für die Ehe, und zwar in Ewigkeit ..... Seite 37

Schichtung der Einkommen aus Verkauf von Arbeitskraft ..... Seite 38

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3–12): Christiane Schneider; für Spezialberichte (S. 13–17) und Auslandsberichterstattung (S. 28–33): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 18–27): Angela Lux; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34–37): Ulrich Grothus; für Sozialstatistik (S. 38/39): Hans Jungcurt. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln.

## Durch Forderungen nach Erhöhung der Niedriglöhne in den nächsten Tarifikämpfen „verlorenes Terrain zurückgewinnen“

„Falls die Regierungen einseitig einen politischen Kurs fortsetzen, der darauf abzielt, den Lebensstandard der Arbeitnehmer auszuhöhlen und alle Anpassungsbürden auf deren Schultern abzuladen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Arbeitnehmer gegen eine solche Politik Front machen und versuchen, das verlorene Terrain zurückzugewinnen.“ Das erklärte der Europäische Gewerkschaftsbund im Juni gegen die Regierungspolitik in der EG (Manifest für Beschäftigung und wirtschaftlichen Wiederaufschwung).

Mit der Vertiefung der andauernden Krise in den imperialistischen Ländern versuchen Kapitalisten und Regierungen, den Angriff auf den Lohnstandard zu verstärken. In den fünf Ländern der EG, in denen eine Form von Lohnindexierung besteht, also der Koppelung der Lohnerhöhungen an einen bestimmten Prozentsatz der Preissteigerungen, steht die Veränderung oder Beseitigung der Indexierung im Zentrum der Angriffe. So in Italien, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark. Trotz Nachteilen der Indexierung für die Tarifikämpfe erschwert sie in der Krise für die Kapitalisten die drastische Senkung der Lohnerhöhungen unter die Preissteigerungsrate. In den Niederlanden ist die Indexierung durch die Herausnahme von Energiepreissteigerungen und Steuererhöhungen schon zum Teil außer Kraft gesetzt worden. Hier ist jetzt das erklärte Ziel des Finanzkapitals, die Löhne um real 3 bis 4% zu senken. In Belgien ist im Frühjahr die neue Regierung angetreten mit dem Ziel, die Lohnindexierung zumindest zum Teil außer Kraft zu setzen. In Luxemburg will der Stahlkonzern Arbed die Löhne um 10% senken. In den Ländern ohne Lohnindexierung wie der BRD, Großbritannien, Frankreich ist es den Kapitalisten gelungen, Lohnabschlüsse unter der Inflationsrate durchzusetzen.

Gegen die dauernden Lohnsenkungen führt die Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern harnäckige Kämpfe, aber sie sind zersplittert, so die Kämpfe der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten in England, wo die Regierung Thatcher den öffentlichen Dienst schon seit Jahren zum Vorreiter der Lohnsenkung zu machen versucht, in Belgien, wo Werftarbeiter bereits monatelang einen Streik gegen Lohnkürzungen von 3% führen.

Inzwischen nimmt in den Ländern der EG die regionale Aufspaltung des

Lohnniveaus und damit die Herausbildung von Niedriglohnzonen weiter zu. Nach einem EG-Kommissionsbericht vom April dieses Jahres leben in der EG 30 Millionen unter dem notwendigen Existenzminimum. Die Arbeitslosigkeit betrug im Februar 8,6 Mio. oder 7,6% im EG-Durchschnitt. Selbst EG-Statistiker rechnen mit 10 Millionen in nächster Zeit.

Dagegen konnte die Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) bereits in ihrem Jahresbericht 1980 feststellen, daß die Regierungspolitik von Kanzler Schmidt, der Regierung Thatcher in Großbritannien und damals Giscard in Frankreich zum erklärten Programm der EG geworden war. Nicht etwa, daß damit die Konkurrenz zwischen den EG-Imperialisten schwächer würde, im Gegenteil. Aber die Konkurrenz um Absatzmärk-

schaft“ der Finanzbourgeoisie schon genauere Konturen angenommen. In der BRD wird unter dieser Devise durch die Regierung, angefeuert von CDU/CSU, der Haushalt ausgefeilt.

In Großbritannien ist der Finanzbourgeoisie mit der Regierung Thatcher zwar nicht die Senkung der Arbeitslosenzahlen gelungen, was auch nicht ihr Zweck war, aber ein drastischer Einbruch in das Lohnniveau der Arbeiterklasse und Kürzungen der Versicherungsleistungen. Die Arbeitslosenzahl liegt jetzt über 2,5 Mio. und nähert sich 3 Mio., einer Arbeitslosenquote von 14%. Bei Inflationsraten, die z.T. in den letzten Jahren über 22% betrugen und jetzt ca. 13%, liegen die Lohnerhöhungen im Durchschnitt bei 10% und in den öffentlichen Diensten noch niedriger. Die Arbeiterklasse mußte die Besteuerung der



Französische Werftarbeiter demonstrieren gegen Entlassungen

te und Kapitalanlagen kann so unter einheitlichem Schlachtruf gegen die Arbeiterklasse veranstaltet werden: Verbesserung der Profitbedingungen zur Krisenbewältigung. „Er (der Europäische Rat) unterstrich, daß die Bekämpfung der Inflation kurzfristig das Hauptziel sein muß und zwar durch eine vorsichtige Geld- und Fiskalpolitik, sowie durch Maßnahmen, mit denen die Investitionstätigkeit gestützt und die Beschäftigungslage verbessert werden kann.“ (BDA 1980)

Inzwischen hat diese Politik der „Steigerung der Investitionsbereit-

minimalen Arbeitslosengelder hinnehmen und die Verzögerung der Rentenanpassung. Tatsächlich hat die Regierung auch Arbeitsplätze geschaffen: ein neuer Berufsstand von Inspektoren zur Schnüffelei nach Mißbrauch von Sozialleistungen wurde eingerichtet.

Über den Regierungsantritt der neuen italienischen Regierung unter dem Republikaner Spadolini urteilt das westdeutsche Wirtschaftsmagazin „Die Wirtschaftswoche“: „Roms neuer republikanischer Regierungschef Spadolini will den wirtschaftspolitischen Restriktionskurs seines Vorgän-

## Agrarpolitik der Gewerkschaften in der EG

Auch für die Staaten des westlichen Europa gilt, daß im Kampf der Arbeiterklasse um politische Rechte und für den Sozialismus kein Vorankommen ist, wenn die Arbeiterbewegung in jedem dieser Länder nicht das politische Bündnis mit den Bauern, den Landarbeitern, den ländlichen Massen herzustellen vermag. Die Existenzgefährdung der bäuerlichen Massen durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung verursacht eine spontane Tendenz zum Konservatismus, welche die besitzenden Klassen auf ihre politischen Mühlen zu lenken vermögen. Die im EGB zusammenarbeitenden Gewerkschaften der EG-Mitgliedsländer haben 1979 ihre Haltung zur Agrarpolitik folgendermaßen zusammengefaßt:

„Folgende Punkte müssen zwecks Verwirklichung einer gemeinsamen Nahrungsmittelpolitik in der EG voll in Rechnung gestellt werden:

- Das Recht der Landarbeiter auf eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Berücksichtigung ihrer Organisationen auf europäischer Ebene
- das Recht der Arbeitnehmer als

Verbraucher auf eine gute Nahrungsmittelqualität zu mäßigen Preisen und ihr Recht als Steuerzahler, nicht mit den Kosten verschwenderischer Politiken belastet zu werden.

– die Notwendigkeit einer Beschäftigungsförderung in den ländlichen Gebieten und der Herstellung eines besseren regionalen Gleichgewichts. Damit dies erreicht werden kann, sind die Integration der Agrarpolitiken in die Sozial- und Regionalpolitiken, eine Reform der Agrarpreispolitiken und eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Strukturpolitiken erforderlich. Besonders die Gemeinsame Agrarpolitik der EG sollte reformiert und sowohl den Arbeitnehmer-, Erzeuger- als auch den Verbraucherinteressen angepaßt werden.“

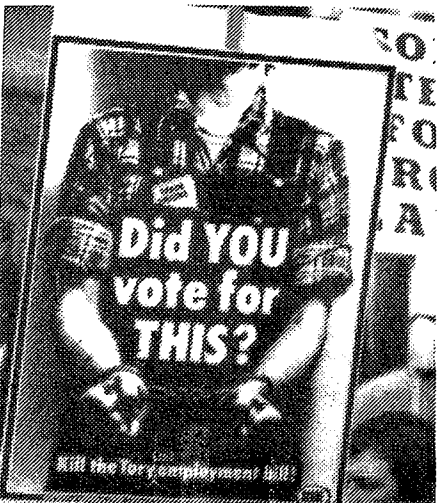
Daß irgendwo auf Grundlage dieser Politik eine Annäherung von Gewerkschafts- und Bauernbewegung erreicht worden wäre, ist nicht bekannt geworden, im Gegenteil, viele Gewerkschaften gefallen sich in Hinweisen an die Regierungen, daß den Bauern Subventionen zu streichen, Steuererleichterungen zu streichen und diese oder jene Zahlungen aufzubrummen wären.

Der Grund für das vielfach gespannte Verhältnis von Arbeitern und Bauern liegt in einer Neigung der Arbeiterbewegung, in den Schrei der Kapitalisten nach Verbilligung der Reproduktionsmittel einzufallen, statt den Kapitalisten die Rechnung für die Reproduktionskosten im Lohnkampf zwecks Bezahlung vorzulegen. Die Höhe des Arbeitslohnes bemißt sich nicht als abstrakte Geldsumme, sondern ist bestimmt durch den Preis der notwendigen Reproduktionsmittel. Sinkt der Preis dieser, so kann der Lohn sinken, ohne daß eine Verschlechterung des Lebensstandards eintritt. In einem solchen Falle stellt sich eine gewisse Entspannung im Lohnkampf her. Allerdings hat diese Entspannung auch eine Kehrseite, nämlich in der Spannung zwischen Arbeiterbewegung und Bauern. Da wär es schon hundertmal besser, den scharfen Kampf, den steigende Lebensmittelpreise gegen die Kapitalisten erforderlich machen, zu führen, und in diesem Kampf die Unterstützung der ländlichen Massen zu genießen; diese schließlich sind im Unterschied zu den Kapitalisten arbeitende Klassen.

Das wär es schon hundertmal besser, den scharfen Kampf, den steigende Lebensmittelpreise gegen die Kapitalisten erforderlich machen, zu führen, und in diesem Kampf die Unterstützung der ländlichen Massen zu genießen; diese schließlich sind im Unterschied zu den Kapitalisten arbeitende Klassen.

gers noch verschärfen“, und zur Aufmunterung: „Neue Besen kehren gut.“ Ob allerdings Spadolini lange kehren wird, oder ob sein beabsichtigter „Sozialpakt“, der unter anderem die Aushöhung des Lohnindex erreichen soll, am Widerstand der Gewerkschaften scheitert, da ist sich auch die Wirtschaftswoche unsicher.

Etwas durcheinander geraten ist das Konzept der europäischen Monopolbourgeoisien durch den Regierungsantritt Mitterands in Frankreich.



„Habt Ihr dafür gestimmt?“ — Demonstration der Gewerkschaften gegen Thatchers Antistreikgesetz

Wie Mitterand nach seiner Wahl als Zugeständnis an die französische Arbeiterklasse die Mindestlöhne erhöhen mußte, ebenso die Mindestrente, und jetzt auch die Arbeitszeit verkürzt wurde, so kann er sich innerhalb der EG schlecht für den wirtschaftspolitischen Restriktionskurs nach dem Muster Reagans stark machen und unter dem Motto „Inflationsbekämpfung“ offen Reallohnsenkungen propagieren.

Deshalb ist die Tagung der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialminister der EG am 12.6. zumindest ohne gemeinsame Beschlußfassung über eine „Strategie gegen Arbeitslosigkeit“ nach dem Muster Thatcher und Schmidt ausgegangen und hat mit der Feststellung unterschiedlicher Verhältnisse in den einzelnen Ländern geendet, wie die Presse bedauernd feststellte.

Allerdings, die westdeutsche Finanzbourgeoisie hat auch auf solche störenden Einflüsse die Antwort schon parat. Unter der Leitlinie „Europas Zukunft verlangt Verzicht auf Egoismus“ (Süddeutsche Zeitung) fand einen Monat vor der Konferenz der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialminister ein Seminar des IFO-Instituts in München statt. Dabei erklärte Bundesbankpräsident Pöhl vorsorglich, sowieso bestünde die Errungenschaft Europas nicht in Institutionen, sondern in „ordnungspoliti-

schen Entscheidungen“ wie dem Abbau der Zölle und der Konvertierbarkeit der Währungen. Also haben auch egoistische Sondertouren einzelner Regierungen, die die Arbeiterbewegung in einzelnen Ländern erzwingt, dem ordnungspolitischen Europainteresse der Finanzbourgeoisie zu weichen. Schon drohte der westdeutsche Finanzminister, wenn es in den einzelnen Ländern nicht gelänge, die Lohnindexierung zu beseitigen, sähe sich die westdeutsche Regierung zu europäischen Gesetzesinitiativen genötigt.

Im letzten Jahr hatte sich der Europäische Gewerkschaftsbund damit begnügt, gegen die Politik der EG-Imperialisten einen allgemeinen Reformkatalog aufzustellen.

In diesem Jahr hat der EGB rechtzeitig zum anstehenden Wirtschaftsgipfel der Imperialisten und der Vorbereitung der Lohnbewegung in den europäischen Ländern eine praktische Beschlußfassung erwirkt, wie „verlorenes Terrain“ in der Tarifpolitik zurückgewonnen werden kann. Am 7. Juli teilte die Presseabteilung des EGB mit: „Auf seiner letzten Sitzung hat der Exekutiv Ausschuß des Europäischen Gewerkschaftsbundes einstimmig beschlossen, den Mitgliedsbünden und den Gewerkschaftsausschüssen zu empfehlen, sich in den Tarifverhand-

lungen auf drei gemeinsame Themen zu konzentrieren, nämlich:

- Vorrangige Verbesserung der niedrigen Einkommen
- Beseitigung nachteiliger Stellungen
- neue Technologien und Gewerkschaftsrechte

Dieser Beschluß besagt keinesfalls, daß der EGB es darauf anlegt, den einzelnen Bündeln und Fachgewerkschaften ins Handwerk zu pfuschen. Vielmehr beabsichtigt er, eine europäische Gewerkschaftspraxis zu erneuern, bei der es darum geht, in den verschiedenen Ländern im gleichen Zeitraum über gemeinsame europäische Forderungen zu verhandeln.“

Viel wäre schon erreicht, wenn die Gewerkschaften darauf abzielen, die Lohnverhandlungen in den wichtigsten Industriebranchen in den westeuropäischen Ländern zum annähernd gleichen Zeitpunkt zu führen, wie inzwischen in der Stahlindustrie.

Unter dem Punkt „Prioritäre Lohn- und Gehaltsverbesserungen“ beschloß der Exekutivausschuß des EGB: „Wir sind jedoch der Meinung, daß ausnahmslos alle unsere Organisationen sich aufgerufen fühlen müßten, diese vorrangige Forderung nach einer Erhöhung der Niedriglöhne in ihre nächsten Tarifrunden aufzunehmen.“

In seinem Manifest für Beschäftigung und wirtschaftlichen Wiederaufschwung kritisiert der EGB den „monetaristischen Restriktionskurs“ der europäischen Regierungen und stellt die Frage: „Macht die Regierungspolitik die Lage besser oder schlechter? Wir glauben, daß sie sie schlechter macht.“ Dann geht der EGB dazu über, den „Schlüssel zur Bewältigung der Krise“ im „wirtschaftlichen Wiederaufschwung“ zu suchen und dafür verschiedenste Reformvorschläge zu suchen, die die wirtschaftliche Nachfrage beleben sollen.

Notwendig wäre aber, daß der EGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften wie bei den Lohnforderungen auch für den Kampf gegen Steuerplünderung und gegen die Beseitigung von Versicherungszahlungen und -ansprüchen Vorschläge unterbreiten, worauf sie sich in allen westeuropäischen Ländern konzentrieren können: jeweils günstigste Regelungen der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherungen, die in bestimmten Ländern gelten und von allen Gewerkschaften vertreten und verteidigt werden können. Denn auf der Gegenseite liegen die Finanz- und Versicherungsexperten der Kapitalistenverbände und der Regierungen schon auf der Lauer, um die jeweils schlechtesten Bedingungen für die Arbeiterklasse ausfindig zu machen, auf die das Niveau in allen EG-Staaten gedrückt werden soll.

## EG-Steuerharmonisierung: weitere Umverteilung der Lasten

Ein doppeltes Interesse verfolgen die westeuropäischen Bourgeois bei der Harmonisierung der Steuern in der EG. Erstens, unterschiedliche Konkurrenzbedingungen, durch unterschiedliche Steuern bedingt, anzugleichen, und zweitens, die jeweils ausgeklügeltsten und ergiebigsten Methoden der Steuerplünderung zum allgemeinen Standard zu machen. Entsprechend setzt die Kommission ihre Schwerpunkte.

Unterschiedliche Steuern auf Kapital in den Mitgliedsländern, so klagt sie, hemmen den „freien Kapitalverkehr“. Hier sehen die Finanzbourgeois die Gelegenheit, mit der Harmonisierung der Körperschaftssteuer als größter Kapitalsteuer einen kräftigen Schritt in Richtung Steuersenkung zu tun. Bereits in den letzten Jahren folgten sieben Länder der Anregung der Kommission, Steuergutschriften

wird. Höhe und Anzahl der Sätze schwanken jedoch enorm und lassen der Harmonisierung weiten Spielraum. Den höchsten „Normalsatz“ hat mit 20,25% (1.7.79) Dänemark, den niedrigsten mit 13% die BRD. In verschiedenen Ländern existieren „erhöhte Sätze“ von bis zu 35% auf „Luxusgüter“ wie z.B. Autos und ermäßigte oder auch Nullsätze. Die Kommission strebt die Beschränkung auf zwei Sätze, den verminderten Satz und einen „Normalsatz“, an, und für den „Normalsatz“ eine Höhe von 15 – 17%. Für sieben der zehn Mitgliedsländer bedeutete dies eine z.T. beträchtliche Erhöhung; für Dänemark und Frankreich allerdings zuerst einmal eine Senkung. Doch auch für die Lohnabhängigen dieser Länder würde die Harmonisierung der Mehrwertsteuer nach Kommissionsvorstellungen unweigerlich zu höheren Steuerlasten führen. „Um sich Steuereinnahmen in gleicher Höhe zu sichern, müssen die Mitgliedsstaaten in jedem Fall einen Ausgleich finden.“ In Frankreich wäre, daran lassen die Bourgeois keinen Zweifel, eine Erhöhung der bis heute vergleichsweise niedrigen Lohnsteuer die Folge, in Dänemark, wo die Sozialversicherungsleistungen weitgehend aus Steuern gezahlt werden, die Einführung bzw. Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge. Daß die Bourgeois in den anderen Ländern nicht daran denken, zum Ausgleich für die Mehrwertsteuererhöhung die Lohnsteuer zu senken, versteht sich.



700000 demonstrierten im Januar 1980 in der Republik Irland gegen die Lohnsteuerausplünderung.

einzuführen, d.h. die Körperschaftssteuer auf die Einkommenssteuer der Aktionäre anzurechnen.

Harmonisiert werden des weiteren Mehrwertsteuer und die fünf wichtigsten Verbrauchssteuern (Tabak, Bier, Wein, Alkohol, Mineralöl). Auch hier sind die Bourgeois, diesmal aus Gründen des „freien Warenverkehrs“, an annähernd gleichen Sätzen interessiert. Da aber nicht sie, sondern die Volksmassen den allergrößten Teil dieser Steuern zahlen, wird nach oben harmonisiert.

Die Mehrwertsteuer wurde in den meisten Ländern überhaupt erst im Rahmen der EG eingeführt, so wie sie jetzt in Griechenland durchgesetzt

Ähnliche Effekte hat die Harmonisierung der Verbrauchssteuern. Die unterschiedliche Bedeutung der einzelnen Verbrauchssteuern, ihre jeweils unterschiedliche Struktur und Höhe bieten den Bourgeois die Möglichkeit zur allgemeinen Steigerung der Steuerlasten. Die Tabaksteuerharmonisierung z.B. hat die Steuersätze innerhalb von wenigen Jahren um mindestens 26% in den Ländern hochgetrieben, in denen sie schon hoch war, und um bis zu 125% dort, wo sie einst niedriger war, und das war erst der Anfang.

Wo und wann immer die eine Bourgeoisie Steuern erhöht, liegen die anderen schon auf der Lauer, ihrerseits nachzuziehen. Jede dieser einzelnen Erhöhungen ist auch ein Stück „Harmonisierung“; die einzige Schranke ist der Widerstand der Volksmassen in den Ländern der EG.



## Siemens will Kapital-export steigern

Siemens-Vorstandsvorsitzender Kaske ließ sich in der letzten Woche über das Auslandsgeschäft aus — in Helsinki, wo Kaske die Siemens OY (Finnland) aufsuchte. Die „Internationalisierung des Geschäfts“ zahle sich jetzt aus: In den acht Monaten seit dem 1.10. seien 21% mehr Aufträge aus dem Ausland eingegangen als in der Vorjahresperiode. Stolz präsentierte Kaske die Fortschritte im Kapitalexport; 54% des Umsatzes werden im Ausland getätigt; 1/3 der Arbeiter und Angestellten sind dort beschäftigt, 1/4 der Produktion dort hergestellt. Tatsächlich beutet Siemens Arbeiter rund um die Welt aus, die Löhne im Siemens-Werk Südafrika sind ebenso berüchtigt wie das Gewerkschaftsverbot für Siemens-Arbeiter in Indien. Vor allem die Produktion im Ausland will Kaske ausweiten sowie auch den Bereich Forschung. „Gleichsam als letzte Stufe der Internationalisierung“ will Siemens hier „die Dinge vorantreiben“, also den Kapitalexport drastisch steigern. — In den westdeutschen Siemens-Werken sind zur Zeit 12000 Arbeiter auf Kurzarbeit, 3000 wurden im letzten Jahr entlassen bzw. nicht ersetzt.

## Politische Berichte



Die ideologische Reaktion sammelt sich

In der fünfteiligen Reihe Politische Berichte/Arbeitshefte ist neu erschienen: Arbeitsheft 3, Die ideologische Reaktion sammelt sich. Die Reihe versucht, einige Anhaltspunkte für die Beurteilung der Politik der Revolutionäre und der Linken seit Mitte der 60er Jahre zu liefern. — Zu beziehen über: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte, 5000 Köln 1, Kamekestr. 19.

## Mexiko: VW-Streik beendet

Nach sechs Tagen Streik setzten die 14500 Lohnabhängigen bei VW in Puebla am 7.7. eine Lohnerhöhung von 36% durch. Bei einer Inflationsrate von über 30% hatte die Gewerkschaft 38% gefordert, VW nur 33% geboten. VW besitzt das größte Werk der imperialistisch kontrollierten Automobilindustrie in Mexiko.

## Ostverlegung der US-Truppen geplant

„Höchste Priorität“ mißt die US-Regierung ihrem Plan zu, die in der BRD stationierten US-Truppen an die Grenze zur DDR und CSSR zu verlegen. Sie will damit die Bedingungen für einen Präventivschlag gegen die Staaten des Warschauer Paktes verbessern. Die US-Imperialisten gehen offensichtlich nicht davon aus, die Bundeswehr für einen solchen Präventivschlag einzusetzen, nicht ohne unwägbare politische Risiken. — Die CDU/CSU befürwortet die US-Pläne, die SPD/FDP-Koalition lehnt sie dem Vernehmen nach als „unrealistisch“ ab. Die Verlegung der US-Truppen würde das Propagandagebäude vom „Verteidigungskrieg“ zum Einsturz bringen und die innere Kriegsfähigkeit noch schwerer erschüttern.

## CDU gegen Gefangenenerhöhung

Die Bundesregierung brachte am 25. Juni erneut das sogenannte „Erste Strafvollzugs-Fortentwicklungsgesetz“ im Bundestag ein. Im 1976 verabschiedeten Strafvollzugsgesetz heißt es nämlich, daß der Bundestag zum 1.1.1980 über eine Lohnerhöhung für die Gefangenen entscheiden muß. Die Bundesregierung hatte im letzten Jahr ein solches Gesetz eingebracht, CDU und CSU ließen es im Bundesrat platzen. Nach dem StVollzG von 1976 verdient ein gefangener Arbeiter 5% vom Durchschnittslohn aller Rentenversicherten vor zwei Jahren, zur Zeit sind das 5,54 DM pro Tag. Dafür arbeiten sie auf der Zelle im Akkord, körperlich schwer in Baumschulen und auf dem Bau oder sogar Seite an Seite mit anderen Arbeitern in Fabriken. Die Kapitalisten zahlen den Lohn an die Justizverwaltung, Sozialbeiträge brauchen sie gar nicht zu zahlen. Keines-



Ein bereits ausgehandeltes Abkommen mit den hungerstreikenden irischen Gefangenen, das eine teilweise Erfüllung ihrer Forderungen bedeutet hätte, blockierte die britische Regierung in der letzten Woche. Martin Hurson, 26 Jahre alt, starb am 13. Juli als sechster Gefangener im Hungerstreik. Sein Platz wurde von einem anderen IRA-Gefangenen eingenommen. Die irische Regierung hat die britische erneut dringend zum Nachgeben aufgefordert. — Unser Bild zeigt die Beerdigung von Bobby Sands, dem ersten Toten des Hungerstreiks, Anfang Mai. Einen ähnlichen Marsch für den letzte Woche gestorbenen Joseph McDonnell überfielen britische Armee und Polizei am letzten Freitag, nachdem bewaffnete IRA-Männer einen Salut geschossen hatten.

wegs will die Bundesregierung mit ihrem Gesetz, wie viele Gefangenenvvertretungen es fordern, den Tariflohn an die Gefangenen zahlen. Der Satz soll von 5% auf 10% (also 11,08 DM pro Tag) erhöht werden. Davon erhält der Gefangene aber nur noch die Hälfte (bislang 1/2) zum Verbrauch im Knast. Außerdem sieht das Gesetz endlich die Einbeziehung der gefangenen Arbeiter in die Renten- und Krankenversicherung vor (in der Arbeitslosenversicherung sind sie bereits). Die CDU will das Gesetz wieder im Bundesrat stoppen. Die Arbeiterbewegung hat ein großes Interesse daran, dies Vorhaben zu vereiteln.

## „Stoppt den Polizeihundeeinsatz!“

Mit einem Aufruf, den bislang über 1500 Menschen unterschrieben haben, fordert die Initiative „Stoppt den Hundeeinsatz der Hamburger Polizei“ den sofortigen Stopp der menschengefährdenden Hundeeinsätze und die sofortige Wiederherstellung der Demonstrationsfreiheit. Anlaß ist der verstärkte Einsatz von auf den Mann abgerichteten, scharfen Polizeihunden, der in den letzten Monaten zu zahlreichen und zum Teil schweren Verletzungen geführt hat. Am 13.3. z.B. hetzte die Hamburger Polizei Hunde auf eine bereits aufgelöste Kundgebung; sieben Teilnehmer wurden gebissen, drei von ihnen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Dies ist nur einer der be-

kanntgewordenen Fälle, die Dunkelziffer ist hoch. Die Initiative bittet daher um Berichte über Hundeeinsätze für eine Dokumentation, zu senden an: Harry Sakalas / BUU-Laden, Bartelsstr. 26, 2000 Hamburg 6

## Kampfgasvorführung beim KZ Dachau

Die Lagergemeinschaft Dachau, eine Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener im KZ Dachau, protestierte letzten Montag dagegen, daß die bayerische Polizei in der Bereitschaftskaserne am Lager eine Vorführung des Kampfgases CS für Politiker und Abgeordnete durchgeführt hat. Die SS hatte die Kaserne als Ausbildungsort und Unterbringung für die KZ-Wachen verwendet. Das bayerische Innenministerium antwortete auf den Protest: „Irgendwann muß man auch in Dachau normal werden.“ Die Lagergemeinschaft wies darauf hin, daß das Kampfgas CS („Weißkreuz“) als Kriegswaffe international verboten ist. — Nach Bayern will auch Baden-Württemberg CS als Polizeiwaffe einsetzen. Das Gas reizt die Schleimhäute zehnmal stärker als das bisherige Tränengas CN, es führt bei höheren Dosierungen zu einem Brennen im Hals, Atemnot und Angstzuständen. In geschlossenen Räumen sind CS-Dosen leicht tödlich. Die US-Imperialisten haben CS u.a. in Vietnam eingesetzt.

Westberlin

## CDU-Senat treibt Zins und Grundrente ein

Vier Wochen sind seit der Regierungsübernahme durch den Bankier und Freiherrn von Weizsäcker verstrichen, und es zeichnet sich nunmehr ab, wie der CDU-Senat seine Wahlversprechen bezüglich der „Lösung des Wohnungsproblems“ zu erfüllen gedenkt. Diese waren Räumung der besetzten Häuser, Förderung privater Kapitalanlage im Wohnungsbau über erweiterte Steuererleichterungen und Anheben des allgemeinen Mietniveaus durch Aufhebung der Wohnraumzwangsbewirtschaftung für Altbauten ab 1983.

Ersteres, also die Räumung, erfordert vor allem eine Effektivierung des Polizeiapparates, der aufgrund der Auseinandersetzungen der letzten Monate erhebliche Probleme hat. So hat sich bei den gut 16000 Bereitschaftspolizisten ein Überstundenberg von ½ Mio Stunden angesammelt, der eher noch wächst, wenn z.B. in Kreuzberg nachts die Streifen nur noch in der Stärke einer halben Hundertschaft eingreiffähig sind. Und auch der Versuch, durch

dies noch von der Genehmigung durch die alliierte Stadtkommandantur ab, so hat diese ihrerseits die von Demonstranten dann und wann verwandten Präzisionsschleudern auf die Liste der verbotenen Kriegswaffen gesetzt, deren Besitz nach Besatzungsrecht mit Gefängnis, im Spannungsfall mit dem Tode geahndet wird.

Zur Lösung des zugrundeliegenden Problems, Verteuerung und damit Verknappung des Wohnraums bei gleichzeitigem Einbruch des Reproduktionsniveaus indessen sind weitaus wirksamere und gefährlichere Maßnahmen in Vorbereitung als CS-Gas und alliierte Verbote.

Die Regierungserklärung enthält die Ankündigung, daß der Senat bis 1985 jährlich den Bau von 12500 Wohnungen veranlassen will. Das liefe auf eine schlichte Verdoppelung des Neubaus der Jahre 1978 bis 81 hinaus, und es ist nicht absehbar, woher das erforderliche Kapital kommen soll, es sei denn, eine Steigerung des Mietpreises mache die Anlage im Wohnungsbau langfri-



Angriff auf eine Demonstration für Amnestie für alle im Zusammenhang mit Hausbesetzungen Angeklagten, immerhin 1500, am Rande der Bannmeile um das tagende Abgeordnetenhaus diesbezüglich in die Offensive zu kommen, muß als zurückgeschlagen gewertet werden. Immerhin reichte es anschließend für den Beschluß, die Polizei noch in diesem Jahr mit CS-Kampfgas auszurüsten, das Wasserwerfern beimischbar ist und Brechreiz und Lähmungen hervorruft. Hängt

stig rentierlich. Zwecks einer solchen Steigerung sollen zunächst ab 1983 alle jetzt noch preisgebundenen Altbauwohnungen (ca. 46% aller Wohnungen) aus der Mietpreisbindung befreit werden, sofern sie neu vermietet werden. Ab 1990 soll die Preisbefreiung allgemein werden, neben dem preistreibenden Effekt, der auf bis zu 100% geschätzt wird, wird vor allem auch Leerstand aller bis 1983 frei werdenden Wohnungen die unmittelbare Folge sein, was zusätzlich den Preisauftrieb

beschleunigen wird. Was die Mobilisierung von Kapital für den Wohnungsbau angeht, so wird der CDU-Senat die Politik des SPD-Vorgängers fortzusetzen und zu verfeinern haben: Beförderung von Spekulation und Abschreibung.

Seit 1977, dem Zeitpunkt der Umstellung der Förderung im sozialen Wohnungsbau von verlorenen Zuschüssen zu einzelnen Objekten zur Subventionierung der Zinsaufwendung bei Neubau, hat sich gerade in den Sanierungsgebieten die Abschreibungsfinanzierung nahezu allgemein durchgesetzt. Über eine KG oder einen Immobilienfonds wird der gesetzlich geforderte Eigenkapitalanteil von 15% aufgebracht, die restlichen 85% werden als Darlehen oder Hypothek aufgenommen. Die gewaltige Zinslast einer solchen Finanzierung, 70% der sog. Kostenmiete bestehen aus Zinszahlung an die Banken, führt zu ebenso gewaltigen Verlusten des Bauträgers. Diese Verluste wiederum werden den Einzählern in die KG oder den Immobilienfonds im vollen Umfang, also ohne Abzug der Zinssubvention, zugewiesen, was dazu führt, daß jene, in der Regel Menschen, deren Einkommen einer Besteuerung mit 50% unterliegt, in Höhe der Zuweisung Steuern nicht zu zahlen brauchen. Die Verlustzuweisung aus derlei Abschreibungsgeschäften beträgt in den ersten Jahren zwischen 130 und 180% der Einzahlungssumme, die Steuerersparnis entsprechend oft mehr als das eingezahlte Kapital. Der Effekt dieser Reform der Förderung war und ist vor allem die Konzentration des Grundeigentums in Sanierungsgebieten bei Verdoppelung des Preises in den vergangenen 3,5 Jahren, während zugleich der Zugang fertiger Wohnungen zum Markt um 66% gefallen ist.

Dem CDU-Senat fällt nun die Aufgabe zu, die Rechnung einer solchen spekulativen Baupolitik zu präsentieren: Freigabe der niveauregulierenden billigen Altbauwohnungen, damit bei Auslaufen der bisherigen Wohnungsförderungsprogramme um 1990 der jetzt aus Abschreibung und Zinssubvention gezogene Profit aus dem Mietzins bestritten werden kann. Die Bewegung, die dieses Programm bekämpft, wird der zwangsläufig verschärften politischen Unterdrückung nur standhalten können, wenn sie ihre politische Einheit festigt, die sich derzeit hauptsächlich über die Aktionen der Besetzer selbst herstellt. Mit der ausschließlichen Propagierung der Forderung nach Amnestie, wie sie die AL im Abgeordnetenhaus betreibt, wird sich auf Dauer wenig erreichen lassen. Und auch das Beharren auf einer Mietpreisbindung, das die SPD vertritt, wirkt eher entwaffnend, da zwar die Spekulation und da-

mit das Eigentum an Grund und Boden zeitweilig behindert wird, die Wohnraumverknappung und der Standardverfall aber gerade gefördert. Objektiv steht die Frage der Aufhebung dieses Eigentums im Zentrum der Auseinandersetzung.

## Ausländische Studenten Zulassungsbeschränkungen werden verschärft

Ende März beschloß die Kultusministerkonferenz (KMK) verschärfte Zulassungsbedingungen für ausländische Studenten: Westdeutsche Botschaften erteilen Visa für Studienzwecke nur noch bei einer erfolgten Zulassung für eine Hochschule oder ein Studienkolleg in der BRD. Eine Hochschule darf nur noch bei einer erteilten Aufenthaltserlaubnis einschreiben, insbesondere für Studenten aus der Türkei, Iran, Indonesien und Griechenland werden verschärft Nachweise aus ihren Ländern verlangt.

Diese müssen ein Hochschulaufnahmezeugnis und eine Einschreibungsbescheinigung für ihr Heimatland vorlegen, aus Indonesien eine Bescheinigung, daß gegen das Studium des Antragstellers keine Bedenken vorliegen.

### Ausländische Studenten im WS 80/81 (nach Statistischem Bundesamt)

Länder	Anzahl	Anteil in %
Schleswig-Holstein.....	1131	4,9
Hamburg.....	2981	6,0
Nds.	3706	4,0
Bremen	728	6,1
NRW	16204	4,8
Hessen	6367	6,9
Rheinl.-Pfalz	1944	4,6
Ba-Wü.	9091	6,2
Bayern	6554	4,3
Saarland	1091	6,8
West-Berlin	8041	10,5
Gesamt	57838	5,6

Diese Maßnahme begründete die KMK mit der Erhaltung der „liberalen Ausländerpolitik“, die erschwert sei durch den „außerordentlichen Andrang“ von Studienbewerbern aus bestimmten Ländern. Dabei liegt die Ausländerquote an den Hochschulen in keinem Bundesland über der gesetzlich festgelegten Höhe (außer von Bayern) von 8%. Wesentlich ehrlicher ist der Aufschrei in dem „Bonner Stadtanzeiger“ vom 17.3.: „Die Elite meidet die deutschen Unis“. Die Arbeitsgruppe „Ausländerzulassung“ der Landesrektorenkonferenz NRW beobachtet folgende Entwicklung: Die Aus-

länderzahlen würden sich immer mehr zugunsten derjenigen verschieben, die aus „individuellen Gründen“ ein Studium antreten, im Gegensatz zu denen, an deren Studium ein „dringendes deutsches Interesse“ bestehen würde, wie z.B. Programm- und Austauschstudenten. Erstere hätten auch meistens Zeugnisse, die mit den deutschen nicht gleichwertig seien, und keine ausreichenden Deutschkenntnisse. Dafür sieht die KMK also nicht verbesserte Deutschkurse vor, sondern verstärkte Auslese.

Dabei spielt auch der Begriff der „finanziellen Sicherung“ eine Rolle, wonach ein Studien-Visum nur bei Erbringungen eines Finanzierungsnachweises für die Studiendauer verteilt wird. Die Umgehungsmöglichkeiten für arme Studenten über ein Touristenvisum, das später in der BRD in eine Aufenthaltsgenehmigung für Studienzwecke umgewandelt werden kann, hat die KMK aufgehoben. Die Professorenzeitung DUZ (Ausgabe 1981) nimmt den „China-Schock“ aus den 50er Jahren zum Beispiel, wo viele in den USA studierende Chinesen später Schlüsselstellungen im kommunisti-

schen China besetzten und dort nicht „good will“, sondern „Haß gegen die USA“ verbreiteten. Die Überlegungen eines Partnerlandes (d.h. der dortigen Regierung) müßten bei der Studienzulassung mit einbezogen werden.

Eine solche „berechenbare“ Politik ganz nach Wohldünken der Bundesregierung kann nur über die Einbindung der Hochschulen bei ihrer Aufnahme-regelung in die Amtshandlungen westdeutscher Botschaften durchgesetzt werden. So stieß der KMK-Beschluß bisher unter Professoren und Studenten auf Widerstand. Der Präsident der Uni Oldenburg hat z.B. erklärt, daß er die KMK-Neuregelung nicht durchführen wolle. Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) forderten die Rücknahme.

Die vds fordert die Einhaltung der gesetzlichen 8%-Quote, Erweiterung des Angebots an Sprachkursen sowie Aufhebung der finanziellen Unsicherheit (BAföG für Ausländer, Aufhebung des Arbeitsverbotes). An vielen Hochschulen sind Aktionseinheiten zwischen ausländischen Studentenorganisationen und studentischen Vertretungsorganen entstanden.

## Gefängnisstrafen

## Starke Zunahme bei längeren Freiheitsstrafen

Das Bundeskriminalamt hat in diesen Tagen die neueste Kriminalstatistik veröffentlicht. Danach ist die Zahl der Straftaten 1980 insgesamt um 8% gestiegen. Den entscheidenden Anteil daran haben die Diebstahlsdelikte mit einer Zunahme von 22,7% gegenüber dem Vorjahr (= 2437824 Fälle) und die Rauschgiftdelikte mit einer Zunahme von 21,3% (= 62395 Fälle).

Insgesamt stellt die Statistik 1980 rund 3,8 Millionen Straftaten gegen Bundesgesetze fest, 1,424 Millionen Einwohner wurden als „Tatverdächtige“ festgestellt; fast 3% der strafmündigen Bürger der BRD wurden so 1980 zu Straftätern. Die von der Polizeistatistik ausgewiesene Zunahme der Straftaten um 8% ist die höchste seit 1959. Man wird die nächsten Wochen die Politiker und Journalisten diese Zahlen wälzen sehen, um neue Vorschläge zwecks „Bekämpfung“ in die Welt zu setzen.

Die Gefängnisse sind seit Jahren überfüllt trotz der in allen Bundesländern laufenden Ausbau- und Neubauprogramme. Die Untersuchung der statistischen Daten über die Belegung der Gefängnisse zeigt, daß nicht nur die

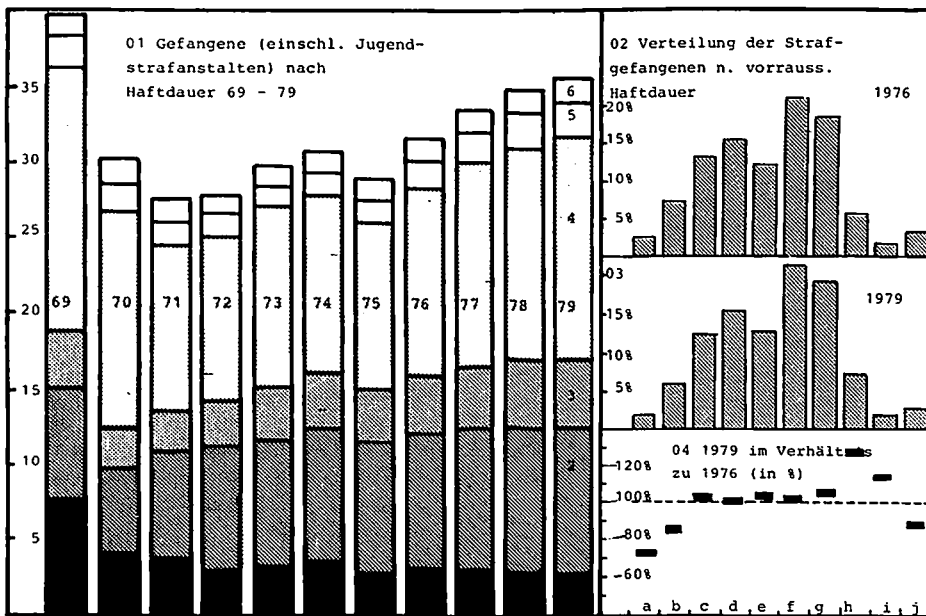
Zahl der Gefangenen absolut zunimmt, sondern auch die Haftdauer immer länger wird. Die Daten für das abgelaufene Jahr 1980 werden erst im November veröffentlicht. Die Zahlen, die jetzt das Bundeskriminalamt für 1980 veröffentlicht hat, zeigen jedoch in die gleiche Richtung.

Im nebenstehenden *Schaubild 1* ist die Entwicklung der Gefangenenzahlen von 1969—1979 dargestellt: nach der Strafrechtsreform von 1969 (Umwandlung von kurzen Freiheitsstrafen in Geldstrafen, Ausweitung der Bewährung; siehe auch Politische Berichte, Sondernummer, Arbeitsheft 2: Liberale Innenpolitik) sinken die Gefangenenzahlen im wesentlichen bedingt durch die Kurzstrafen ab. Seit 1971 (nach der Amnestie 1970) steigen sie wieder kontinuierlich an und erreichen 1979 den Stand von 35 594 Gefangenen (die Zahlen beziehen sich jeweils auf den 1.3. als Stichtag).

Um die Verschiebung bei der Haftdauer auf die längeren Strafen zu zeigen, ist in den kleinen *Schaubildern 2—4* die Verteilung der Strafgefangenen nach ihrer voraussichtlichen Haftdauer für die Jahre 1976 und 1979 genauer



## Strafgefangene und Strafdauer



**Schaubild 01:** linke Skala = Gefangene in Tausend. 1 = bis 3 Monate vorauss. Strafdauer, 2 = 3-9 Mon., 3 = 9 Mon. bis 1 Jahr, 4 = 1-5 J., 5 = 5-10 J., 6 = über 10 J. (einschl. lebenslänglich).

**Schaubild 02-04:** Zahl der Gefangenen 1976: 31 592, 1979: 35 594. a = bis 1 Mon., b = 1-3 Mon., c = 3-6 Mon., d = 6-9 Mon., e = 9 Mon. bis 1 Jahr, f = 1-2 J., g = 2-5 J., h = 5-10 J., i = 10-15 J., j = lebensl.

dargestellt (durch Änderungen der Erhebungsgrundlage der Statistik ist ein Vergleich mit früheren Jahren nicht möglich). Die Zunahme ist in diesen drei Jahren insbesondere bei den Gefangenen, die über ein Jahr Haft verbüßt haben, festzustellen. Die stärkste Zunahme liegt bei den Gefangenen mit fünf bis zehn Jahren Haft, Ergebnis der drakonischen Strafen v.a. für Betäubungsmitteldelikte.

Im vergangenen Jahr hat sich diese Entwicklung sicher noch verstärkt. Vor Gerichten der BRD wurde 1979 42 776 mal eine Freiheitsstrafe gegen einen Angeklagten verhängt, die nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde. Darunter waren 6 729 Jugendliche. Von diesen Freiheitsstrafen lauteten 43,5% auf bis zu 6 Monaten Haft, 27,8% bis zu einem Jahr, 22,2% 1-2 Jahre, 12,2% 2-5 Jahre und 2,6% über 5 Jahre.

Die Strafrechtsreformen der Jahre 1969 bis 1975 haben statistisch nachweisbar dazu geführt, daß die Strafdauer zunimmt, obwohl die schweren Delikte wie Raub, schwerer Einbruchsdiebstahl, Vergewaltigung etc. relativ eher abgenommen haben. Die Gerichte, die durch diese Strafrechtsänderungen im Normalfall bei Freiheitsstrafen unter einem Jahr die Strafe zur Bewährung aussetzen müssen, verhängen zunehmend dann eben gleich 18 Monate oder zwei Jahre für solche Vergehen

wie Diebstahl, Körperverletzung, Widerstand usw. „Den Strafrahmen ausschöpfen“, nennen das die Fachleute dieses Handwerks. Ist er ausgeschöpft, erschallt der Ruf nach neuen Gesetzesänderungen, um ihn zu erweitern, wie jetzt bei der Änderung des Betäubungsmittelrechts.

(Alle Zahlen aus: Statistisches Bundesamt, Fachserie 10: Rechtspflege, und Bundeskriminalamt: Kriminalstatistik)

### Türkei 52 Todesurteile gegen Gewerkschafter beantragt

Am 26. Juni 1981 wurde bekannt, daß der Ankläger des Istanbuler Kriegsgerichts gegen DISK-Funktionäre 52 Todesurteile beantragt. Vorgeworfen wird den Funktionären des seit dem Militärputsch vom 12.9.1980 verbotenen Gewerkschaftsverbandes, die türkische Verfassung auf dem Wege der Gewalt ändern zu wollen. Neben Massenanklagen vor Militärgerichten vor allem gegen Mitglieder linker und revolutionärer Organisationen sind weiter über 2 000 Gewerkschafter angeklagt, weil sie sich im Rahmen der DISK betätigt haben. Der Vorsitzende der DISK Abdulla Bastürk erklärte vor

Gericht Ende April bei Eröffnung des Prozesses:

„Der Staatsanwalt bezeichnet die DISK für schuldig des Verstoßes gegen die grundlegenden Artikel der Verfassung, der Bildung einer geheimen politischen Organisation und beantragt die Schließung der DISK? Wir akzeptieren keine einzige der Anschuldigungen des Staatsanwalts. Alle diese Anklagepunkte, die vom Staatsanwalt vorgebracht werden, sind unklar und ohne jegliche Grundlage ...

Die DISK ist die unabhängige, demokratische Klassen- und Massengewerkschaftsorganisation der arbeitenden Klassen der Türkei. Seit dem Tag ihrer Gründung 1967 hat die DISK immer die Verfassung verteidigt, hat immer alle ihre Aktivitäten innerhalb des Rahmens der Verfassung durchgeführt und hatte die Verfassung zum Ursprung. Die Mitgliederzahl der DISK stieg innerhalb von 13 Jahren von 30 000 auf mehr als 500 000 wegen der einfachen Tatsache, daß sie den Inhalt der Verfassung von 1961 verteidigt hat.“

Die Regierungen der westlichen imperialistischen Staaten haben auf ihre Weise zu diesem Angriff auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der Türkei klar Stellung genommen: sie haben investiert.

Die OECD-Staaten beschlossen am 13.5. die dritte „Türkei-Hilfe“ im Volumen fast einer Mrd. Dollar. Hauptkreditoren: die BRD mit 460 Mio. \$ und die USA mit 350 Mio. \$; aus dem EG-Haushalt wurden auf fünf Jahre verteilt Mittel im Umfang von 1,5 Mrd. DM bereitgestellt (zu über 90% Kredite), und über einen Weltbank-Kredit von 600 Mio. Dollar wurden im Mai Verhandlungen eingeleitet.

Bei einem Besuch beim BDI in der ersten Maihälfte äußerte sich der Präsident der türkischen Industrie- und Handelskammer Mehmet Yazar befriedigt über die Zunahme der Auslandsinvestitionen in der Türkei seit der Aufnahme des IWF-Türkei-„Sanierungsprogramms“ 1980. Allein knapp ein Drittel der gesamten ausländischen Industrieinvestitionen in der Türkei 1980 mit einem Gesamtwert von 32 Mrd. TL (gut 700 Mio. DM) sei 1980 aus der BRD gekommen. Ein deutlicher Hinweis auf die Auftraggeber und Interessenten der Verbrechen der Militärjunta in der Türkei gegen die Arbeiterbewegung – im Gegensatz zu den heuchlerischen Parlamentsbeschwichtigungen, wie sie inzwischen Bundesalltag geworden sind.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat seine Mitgliedsverbände zur Unterstützung der DISK aufgerufen. Gegenüber der Redaktion erklärte der stellvertretende Generalse-

ekretär J.I. Nalsund zur Haltung der westeuropäischen Regierungen:

„Es scheint mir klar zu sein, daß für die europäischen Regierungen ein Dilemma ist, daß die Türkei einerseits eine wichtige strategische Rolle spielt. Und auf der anderen Seite wollen die meisten europäischen Regierungen gern eine demokratische Entwicklung in der Türkei. Aber sie sind bis heute nicht bereit, ein größeres Gewicht auf die Menschenrechte und auf die demokratische Entwicklung zu legen als auf die strategischen Probleme. Und als Gewerkschafter müssen wir also das größte Gewicht darauf legen, daß die Gewerkschaftsrechte wieder eingeführt werden ... Ich meine, wir müssen sehr viel mehr tun, um eine reale Möglichkeit zu sehen, daß die türkische Regierung entweder ihre Politik verändert oder dafür eine neue Regierung kommt. Es genügt nicht, was wir bis jetzt getan haben.“

## Frankreich

### Drohungen aus Washington und Bonn

Über den Staatsbesuch des französischen Präsidenten in Bonn brachte der „Kölner Stadt-Anzeiger“ am Montag die unfreiwillig enthüllende Schlagzeile „Mitterand wie ein Freund empfangen“. Dabei geht es nur indirekt darum, daß Schmidts „chère Valéry“ auf der Strecke bleibt und Mitterand nicht Schmidts persönlicher Freund ist – bei der westdeutschen Bourgeoisie ist insgesamt ein unfrohes Gefühl über den französischen Wahlausgang und die Regierungsbildung zurückgeblieben. Die Beteiligung von Ministern der KPF solle man nicht dramatisieren, sagte Schmidt vor zwei Wochen, „schließlich ist es keine ansteckende Krankheit“, wobei die Betonung auf „ansteckend“ lag. Und BDI-Vorsitzender Rodenstock „befürchtet nach dem politischen Wechsel eine Beeinträchtigung der deutschen Exporte“ (Handelsblatt), damit hat er die Frage, wer in Frankreich regiert, ausdrücklich zur Interessensfrage des westdeutschen Kapitals erklärt.

Auch die US-Regierung fand es passend, am ersten Tag des Staatsbesuchs von Vizepräsident Bush in Paris eine drohende Erklärung abzugeben: „Während wir das Recht der französischen Regierung, ihre eigene Zusammensetzung zu bestimmen, vollständig anerkennen und respektieren, ist es eine Tatsache, daß der Ton und der Inhalt unserer Beziehungen als Verbündete durch die Einbeziehung kommunistischer Minister in diese oder auch in jede andere Regierung unserer westeuropäischen Verbündeten berührt werden.“



US-Vizepräsident Bush in Paris

Die Drohung in dieser unverschämten Erklärung richtet sich nicht allein gegen Frankreich, sondern „auch jedes andere verbündete“ Land. Geht es Reagan, und in etwas maßvollerem Tone Schmidt, bei ihren rüden Bemerkungen tatsächlich nur um die vier Mitglieder der revisionistischen KP Frankreichs, die jetzt mit am Kabinettstisch sitzen und vielleicht das eine oder andere NATO-Geheimnis ihrer Bruderpartei in Moskau zukommen lassen könnten?

Mit dem Wahlsieg Mitterands hat die Reaktion in Frankreich eine krachende Niederlage erlitten, und die Arbeiterbewegung konnte sich einigen Spielraum erkämpfen. Die Regierung

Mauroy mußte im Inneren bereits eine ganze Reihe von Wahlversprechen einlösen (sieh Pol. Ber. 13, S. 32/33). Was aber ist mit der Außen- und Wehrpolitik, z.B. gegenüber der NATO?

Noch unter Giscard hatte die französische Bourgeoisie ihre Wehrausgaben für 1981 um real 5% gesteigert, hatte die Regierung das Heeres-Rüstungsprogramm um 30% erhöht und sogar 50% mehr Geld für Kriegsschiffneubauten bereitgestellt. Diese Steigerungen sind ausdrücklich von der Arbeiterbewegung, z.B. von den Gewerkschaften, angegriffen worden. Der neue Wehretat steht vor der Tür.

Die US-Imperialisten fühlen sich unwohl mit einer Lage, in der die Arbeiterbewegung die Kriegsvorbereitungen der US-Alliierten – die eng mit deren eigenen Kriegsvorbereitungen verbunden sind – stört. Und dabei ist gerade Frankreich mit seiner eingeschränkten NATO-Mitgliedschaft in einer „gefährdeten Position“, ganz abgesehen noch von der Ausstrahlung auf andere europäische Länder.

Die Angriffe aus Washington und Bonn zeigen auch bereits Ergebnisse. Während die KP Frankreichs über die Einmischung empört war, hielt sich Mitterand deutlich zurück. Dafür betonte er seine Unterstützung für den NATO-Doppelbeschluß und die Mittelstreckenraketen.

Der französischen Arbeiterklasse wird mitgeteilt: An der „festen Einbindung in das westliche Bündnis“ wird nicht gerüttelt. Mitterand schließt sich an. Aber das muß für das Ergebnis noch nicht viel heißen.

## Sondergutachten

### Wer reich ist, braucht mehr!

### Die Lohnabhängigen sollen zahlen.

Nachdem Forderungen der Kapitalistenverbände zur erheblichen Streichung der staatlichen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen schon auf eindeutige Ablehnung der Gewerkschaften getroffen waren, hat am 4. Juli ohne offizielle Aufforderung der Sachverständigenrat Stellung genommen. Die Sachverständigen verlangen von der Regierung „tiefgreifende finanzpolitische Entscheidungen“, d.h. für den Haushalt 1982 die Kürzung um 14 Mrd. DM des nach jetziger Rechtslage auf 252,5 Mrd. DM geschätzten Haushaltsansatzes. Nach Erwägungen über eine Erhöhung der Lohn- und Einkommenssteuereinnahmen kommen die Sachverständigen zu dem Schluß: „Wir gehen davon aus, daß die Konsolidierung über Kürzungen auf der Ausgabenseite bewerkstelligt werden muß.“

Dafür stellen die Professoren sowohl Leitlinien fest und gehen auch ins ein-

zelne. Im Zentrum steht die durchgreifende gesellschaftliche Besserung für die Kapitalisten zu Lasten der Einkommen der unteren  $\frac{2}{3}$  der Lohn- und Gehaltsempfänger:

„Wo es um echte Eingriffe in Leistungsgesetze geht, kann das Prinzip der sozialen Ausgewogenheit nur schwer eingehalten werden. Die Umverteilungstätigkeit des Staates, auf die ein gewaltiger Teil der Staatsausgaben entfällt, begünstigt vorwiegend die sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen. Einsparungen in diesem Bereich treffen notgedrungen diese Bevölkerungsgruppen am meisten.“

Mißverständnisse im Sinne etwa „sozialer Ausgewogenheit“ und dergleichen werden ausdrücklich ausgeschlossen: „Ausgaben, die Wachstum und Strukturwandel fördern, sind ebenfalls auf Wildwuchs und Mißbrauch hin zu überprüfen, müssen im Grunde genommen aber geschont wer-

den. Die ungelösten Anpassungsprobleme der deutschen Wirtschaft lassen in den 80er Jahren ein Mehr an solchen Ausgaben dringlich erscheinen, ebenso wie eine angebotsfreundlichere Ausrichtung des Steuersystems.“

Damit ist die Katze aus dem Sack gelassen. Den Gewerkschaften sucht der Sachverständigenrat über die Lohnpolitik Verantwortung für die jetzt erforderlichen „tiefgreifenden finanzpolitischen Entscheidungen“ anzulasten. Und in der Tat werden die Gewerkschaften durch diesen Angriffsplan auf soziale Rechte und Versicherungen der Lohnabhängigen an einer empfindlichen Stelle getroffen.

Den Kampf um die notwendige besondere Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltszone hatte die IG Metall 1980 zum ausdrücklichen Ziel erklärt, aber eine tarifliche Verbesserung nicht durchgesetzt. In der Tarifaufeinandersetzung dieses Jahres hat die IG Metall die Entscheidung für die Anhebung der unteren Löhne nicht gesucht und die „Erhaltung und Sicherung der Realeinkommen“ ebenfalls tariflich nicht erreichen können. Die unteren Löhne und Gehälter sind jedoch von entscheidender Bedeutung für den Lohnstandard im ganzen. Ein Beharren z.B. der IG Metall auf der Notwendigkeit der Verbesserung der Lage der unteren Lohn- und Gehaltsempfänger hätte nicht bloß die Durchsetzung des diesjährigen Tarifziels eher wahrscheinlich gemacht. Es ist auch fraglich, ob nach einem derartigen tarifpolitischen Erfolg die Vorlage des jetzigen Regierungsplans zum Angriff auf Sozialleistungen und Sozialversicherungsleistungen überhaupt möglich gewesen wäre.

Die Kürzungsliste, die die Sachverständigen der Regierung präsentieren, beginnt mit den Personalausgaben. Gefordert wird die Abkoppelung der Beamtenbesoldung von den Tarifvereinbarungen mit der ÖTV sowie die Kürzung der Altersversorgung in den öffentlichen Diensten. Bereits in der letzten Lohnbewegung von den Kapitalisten dringlich geäußerte Wünsche würden damit in die Tat umgesetzt.

Sodann wendet sich das Gutachten den Sozialleistungen zu: „Hier stößt die Finanzpolitik verständlicherweise auf den härtesten Widerstand ... Die Haushaltslage zwingt jedoch dazu, die einzelnen Sozialausgaben nach Umfang und Dringlichkeit zu überprüfen. Es wäre nicht einfach unsoziale Willkür, wenn bei den Leistungsgesetzen Abstriche gemacht werden.“

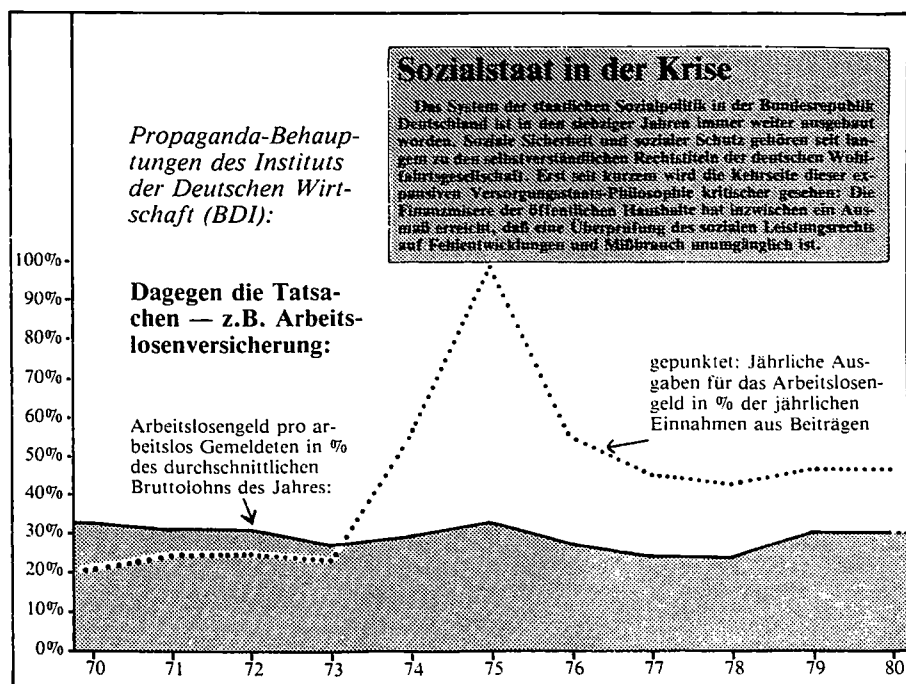
Die staatlichen Sozialleistungen vom Kindergeld über das Mutterschaftsgeld, die Kriegsoferversorgung bis zur Sozialhilfe werden zur Disposition gestellt. Mit den Folgen der Kürzungen solcher Leistungen befassen sich die Sachverständigen erst gar nicht. Sen-

kung der Personalausgaben und Kürzung dieser Sozialleistungen heißt das Gebot der Stunde, um das „strukturelle Defizit“ des Haushalts zu beseitigen. Um das „konjunkturelle Defizit“ auszugleichen, gehen die Sachverständigen direkt gegen die Sozialversicherungsleistungen:

„Auch die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit und der gesetzlichen Krankenversicherungen müssen wirksamer begrenzt werden. Und für die bald anstehende Neuordnung wichtiger Teile der Rentenversicherung wäre ein Weg zu finden, auf dem die Reform kostenneutral möglich wird.“ Einzelheiten können sich die Sachverständigen sparen, generell gilt ja: Ausgaben, die die „Angebotsseite der Wirtschaft“ belasten würden, sind nicht gestattet ...

schon vor dem richtigen Einsetzen des Krankenversicherungskostendämpfungs-Gesetzes überproportional angewachsen ist: Von 1970 auf 1978 stiegen diese Ausgaben um 142%, während die gesamten Ausgaben bloß um 89% zugenommen haben. So oder so würden über die „Kostenbegrenzung“ der Versicherungen wachsende Anforderungen und Aufwendungen für Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit auf die privaten Haushaltsausgaben abgewälzt.

Die Rentner sollen im Interesse der Beitragszahler kürzer treten? Das ist überhaupt kein „zwingender“ oder „selbstverständlicher“ Standpunkt. Die Lebensversicherungen waren von Anfang an gesetzlich gehalten, nicht bloß Rücklagen, sondern Anlagevermögen zu bilden. Sie haben die Versi-



Die Finanzierung der Umschulung und vergleichbarer „Beschäftigungsmaßnahmen“ z.B. per Umlage durch die Kapitalisten würde staatliche Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit überbürden. Die Arbeitslosengelder könnten dabei sogar noch angehoben werden, und auch das Interesse der Kapitalisten an der Qualität der öffentlichen schulischen und beruflichen Ausbildung würde eher nützlich angeregt. Aber das belastet natürlich die „Angebotsseite“, die Kürzung des Arbeitslosengeldes dagegen entlastet.

Das Interesse bezüglich der Krankenversicherung gilt der Erweiterung der „Selbstbeteiligung“, von Lambsdorff bereits gefordert. Damit soll der angebliche „Mangel an Kostenbewußtsein“ bei den Versicherten beseitigt werden. Tatsache dagegen ist, daß der Posten „Ausgaben für Körperpflege und Gesundheit“ im Haushalt der Sozialhilfe- und Rentenempfänger

versicherungsgelder überwiegend im Wohnungsbau investiert und stehen jetzt steinreich da. Die gesetzlichen Rentenversicherungen stehen inzwischen mit dem Rücken zur Wand, weil ihnen die vorhandenen Mittel vorenthalten und entsprechende Auflagen ausdrücklich nicht gemacht wurden. Stattdessen wurde über die 60er Jahre die Lohnsteuerquote mehr als verdreifacht. So verfügen die Kapitalisten jetzt über einen Staatsapparat mit einer der besten Panzerwaffen, einem ausgezeichneten Verkehrsnetz, luxuriösen staatlichen Verwaltungspalästen. Die Rentner mögen sehen, wo sie bleiben.

Das einzige, was auf dem Ergebnis dieser Pläne wachsen und neue Blüten treiben kann, ist das Geschäft der westdeutschen Finanzkapitalisten auf den internationalen Märkten. Für die Lohnabhängigen soll darüber eine Rückverlagerung von staatlichen Sozial- und Versicherungsleistungen in die Fa-

milie erzwungen werden: Soweit der Nettolohn der stetig beschäftigten Angehörigen dafür etwas hergibt. Und in dem Umfang, wie das Nettoeinkommen der gesamten lohnabhängigen Bevölkerung dafür nicht reicht, wächst in der unteren Hälfte der Lohn- und Einkommensverteilung Armut und Pauperismus.

## Großbritannien Thatchers Rüstungs- programm angegriffen

Nach den Bergarbeitern faßte Anfang Juli auch die Eisenbahnergewerkschaft NUR einen Beschluß gegen die Stationierung amerikanischer Cruise Missiles und gegen die britische Atomaufrüstung. Damit haben fast alle großen Gewerkschaften auf ihren Kongressen in den letzten Wochen entsprechende Resolutionen beschlossen, wobei es heftige Auseinandersetzungen darum gab, ob die Gewerkschaften nur für „beiderseitige Abrüstung in Ost und West“ eintreten dürften oder ob sie, wie schließlich beschlossen, von ihrer Regierung die Einstellung des Trident-Programmes und die Nichtstationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in England fordern.

Das Trident-Programm besteht aus dem Ankauf amerikanischer Trident-Raketen, die mit britischen Mehrfach-Sprengköpfen ausgerüstet auf britischen U-Booten stationiert werden sollen. Mit den Trident-U-Booten will die Regierung ab 1992 die Flotte von vier Polaris-U-Booten ersetzen, die gegenwärtig Großbritanniens strategische Atomraketen tragen. Die Regierung schätzt die Kosten auf 25 Mrd. DM.

Thatcher begründete das Trident-Programm ausdrücklich mit den imperialistischen Interessen des britischen Kapitals. Nur eine eigenständige Atombewaffnung in Europa habe immer abschreckende Wirkung auf die Sowjetunion, erklärte sie.

Diese Kriegsvorbereitungen – die ergänzt wurden durch die schnelle Bereitschaft der Regierung, US-Cruise Missiles zu stationieren – führten im letzten Jahr zur Entfaltung einer breiten Friedensbewegung vor allem in der Jugend, die sich in großen Demonstrationen (mehr als 100000 in London) zeigte, aber noch wenig mit den Gewerkschaften verbunden war. In diesem Jahr sind die Demonstrationen der Komitees gegen Atomrüstung seltener und kleiner, aber es bildet sich jetzt in den Gewerkschaften eine starke Bewegung gegen die Kriegsvorbereitung.

Am 25.6. gab die Regierung ein „Kürzungsprogramm“ für ihre Kriegsausgaben bekannt. Von 63 Kriegsschif-



Flugzeugträger „Invincible“ – einer von drei neuen wird gestrichen

fen von Fregattengröße und darüber werden 19 eingemottet, die Zahl der Marinewerften wird verringert, 30000 Zivilbeschäftigte werden entlassen, 7000 Mann aus Westdeutschland abgezogen.

Immer noch will die Regierung die Kriegsausgaben um mindestens 3% real pro Jahr erhöhen. Deshalb ist das Programm kein Kürzungsprogramm. Aber es ist ein Eingeständnis, daß die Imperialisten angesichts starker Opposition der Arbeiterbewegung ihren Wehretat nicht so erhöhen können, daß die volle Marinestärke und die Trident-Raketen möglich sind.

## Mittelstreckenraketen Brandts „Nulllösung“ – kein Friedensplan!

Die Bundesregierung und die SPD-Parteispitze bemühten sich in den letzten Wochen, den NATO-Doppelbeschluß zu verteidigen. Sie stellten immer wieder die Abrüstung als das eigentliche Ziel des Doppelbeschlusses dar. Schmidt teilte auf dem Kirchentag mit, dann zurückzutreten, wenn es nicht zu Verhandlungen komme. Willy Brandt hat auf einer der letzten Sitzungen des Deutschen Bundestages einen politischen Weg der Einigung der SPD vorgetragen: „Wir unterstreichen nicht einen Parteitagebeschuß, wir unterstreichen die Feststellung des Doppelbeschlusses, daß der Westen den Bedarf der Mittelstreckenwaffen der NATO im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse prüfen wird“. – Das ist doch im Idealfall so, daß der Bedarf auch ein Nullbedarf sein kann. Ich hoffe, daß man möglichst daran kommt.“

Brandt hat bei seinem Besuch in Moskau Breschnew diesen Vorschlag

unterbreitet. Breschnew hat zwar angekündigt, Raketen abzubauen, aber nicht einseitig. Brandts „Nulllösung“ hat folgende Ziele: Keine Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles, wenn die Sowjetunion alle SS-20 abschafft. Ergebnis: Keine Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa und begrenzte Nachrüstung. – Ein Nachgeben gegenüber der Forderung gegen die Mittelstreckenraketen? Wohl kaum. Denn die NATO hat die Pershing Ia, die zumindest bis an die Ostgrenzen Polens und der CSSR (zur Sowjetunion) reichen; die Poseidon-Raketen, die auf U-Booten stationiert sind und bis weit in die Sowjetunion reichen; englische und französische Mittelstreckenraketen und strategische Bomber können eingesetzt werden. Der Wegfall der SS-20 würde ohne die Nachrüstung eine deutliche militärische Überlegenheit der NATO bedeuten. Die sowjetische SS-4 und SS-5 sind völlig veraltet und nicht mit dem bisherigen atomaren Potential der NATO vergleichbar. Eine erheblich Begünstigung der NATO für den konventionellen Krieg, da die Gefahr eines Angriffs auf den Nachschub viel geringer ist. Die Sowjetunion würde nicht mehr im Besitz einer Rakete sein, die die europäische Westküste des Atlantischen Ozeans und deren Häfen erreicht. Der Vorschlag Brandts ist kein Friedensplan, sondern er erhöht die Wichtigkeit konventioneller Waffen, u.a. des Panzers Leopard II.

Breschnew hat natürlich den Hintergrund der „Nulllösung“ begriffen und erklärt, sich nur auf derartige Verhandlungen einzulassen, wenn auch über die Pershing Ia und die anderen amerikanischen Systeme verhandelt wird. Gleichzeitig schlägt Breschnew eine atomwaffenfreie Zone Nordeuropa vor, einschließlich sowjetischer Gebiete. Dies würde darauf hinauslaufen, daß Norwegen in der NATO eine Sonderstellung erhält. Ein Schlag gegen die NATO, der eine Neutralitätsbewegung in verschiedenen NATO-Länder hervorrufen könnte.

Führt der Doppelbeschluß durch die Stationierung der Mittelstreckenraketen in der BRD zu einer stärkeren Position in der NATO, so würde diese Entwicklung durch eine „Nulllösung“ weiter begünstigt, da die westdeutsche Panzerarmee für den konventionellen Krieg eine zentrale Bedeutung hat. Die „Nulllösung“ bringt die US-Verhandlungsposition durcheinander. Zwar bedeutet die „Nulllösung“ weniger Atomwaffen, aber trotzdem Verschärfung und Begünstigung der Kriegspolitik der BRD und der NATO. Bei solch einer Entwicklung bekommt die Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO eine aktuelle Bedeutung.

## Wird der Parteitag der PVAP freie Bahn für die Abkehr von planwirtschaftlichen Zielen geben?

Vor dem 9. außerordentlichen Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der am 14. Juli beginnt, hat sich die wirtschaftliche Lage der VR Polen weiter verschlechtert. In der industriellen Produktion fehlen Rohstoffe und Produkte zur weiteren Verarbeitung. Wegen Mangel an Blech wurden mehrere Betriebe der Fischindustrie stillgelegt. Schon lange bestellte Autos werden nicht geliefert. Insgesamt ist zu wenig Strom vorhanden auf Grund des Rückgangs der Kohleförderung, so daß sowohl Betriebe stillstehen wie auch von zeitweisen Stromabschaltungen betroffen sind.

Unmittelbar betroffen sind die Arbeiter und das Volk von der katastrophalen Lage in der Nahrungsmittelversorgung. Seit dem letzten Sommer haben sie in schweren Kämpfen Lohnerhöhungen durchgesetzt. Dabei ist eins ihrer Verdienste, daß sie um die Anhebung der niedrigsten Löhne gekämpft haben und eine Verringerung der Spannweite der Löhne erreicht haben. Doch jetzt können sie nicht die nötigen Lebensmittel zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft kaufen. Die von den Gewerkschaften geforderten Lebensmittelrationierungen sind nur ein Notbehelf, um die Mangelwaren so zu verteilen, daß überhaupt jeder etwas bekommt. Die Milch, am wichtigsten für die Ernährung der Kinder, ist dünn und schmeckt nicht.

Die Wohnungsnot ist nach wie vor groß. Derzeit stockt der Wohnungsbau, weil Stahl, Zement und Ausbau-mittel fehlen. All dies deutet darauf hin, daß tiefgehende Unstimmigkeiten im Verhältnis zwischen der Produktion von Konsumtionsmitteln und der Produktion von Produktionsmitteln bestehen. Ohne einen Plan, wie dieses Verhältnis korrigiert und die Produktion entsprechend den Bedürfnissen der Arbeiterklasse organisiert wird, wird sich auch die wirtschaftliche Lage nicht bessern.

Die entscheidende Fessel der Produktivkraft der Arbeiter ist, daß sie nicht an der Planung und Leitung der gesellschaftlichen Produktion teilnehmen. Sie kämpfen seit Jahrzehnten erbittert darum, sich dieses Recht zu sichern. Nach der ersten großen gesellschaftlichen Krise, die 1956 erneut Gomułka an die Macht brachte, mußte dieser Zugeständnisse bezüglich der demokratischen Selbstverwaltung machen. Arbeiterräte wurden zugelassen, ihr Recht auf Teilnahme an der Planung der Produktion der Betriebe und

Kontrolle der Betriebsleitung wurden jedoch ab 1958 im Zuge der Vorbereitung des Parteitages beschnitten, indem sie einem Gremium aus dem Parteiaktiv, der Betriebsleitung und den Branchengewerkschaften, die sich allenfalls um Fragen der Sicherheit und der Erfüllung der Arbeitsnorm kümmerten, unterworfen wurden. Lohnerhöhungen sollten nur noch bei Übererfüllung der Norm zugelassen werden. Die Gewerkschaften wurden auf die Überwachung dieser Regelung verpflichtet.

Ähnliche Versprechungen machte Gierek 1970. Aber durchgeführt wurde die Wegverlagerung der Planung von der Betriebsebene auf Aufsichtsorgane für die Branchen. Die Selbstverwaltung der Kreise wurde abgeschafft zugunsten der Wojewodschaften.

Die jetzige polnische Regierung sieht sich erneut gezwungen, auf die Bestrebungen der Arbeiter, über die gesellschaftliche Produktion zu verfügen, zu reagieren mit dem Konzept der „gesell-

drückung der Arbeiterklasse dar. Vielmehr wird der Ausweg in der Beseitigung vorhandener Elemente einer sozialistischen Planwirtschaft gesucht. Die Betriebe sollen die entscheidenden Einheiten der Produktion sein, aber nicht in dem Sinn, daß die Arbeiter planen, wie sie zu einem Gesamtplan der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums beitragen können, sondern unter Aufgabe von Vorgaben für die Produktion nach ihrer stofflichen Seite. Nicht nur sollen Projekte vorrangig behandelt werden, die schnell fertiggestellt werden können und bald rentabel sind, sondern insgesamt wird für die Beurteilung der Tätigkeit eines Betriebes oder Kombinats das Kriterium des Gewinns eingeführt. Die Auszahlung von Prämien und die Erhöhung der Löhne wird an die Erzielung von Gewinnen gebunden. Dadurch soll das Interesse der Arbeiter an der Erzielung eines Gewinns, gleichgültig mit welchen Produkten und ohne Ansehen ihres Nutzens für die Verbesserung des



Die polnische Arbeiterklasse sucht nach Mitteln zur Durchsetzung ihrer Interessen. Sie braucht das Koalitions- und Streikrecht.

schaftlichen Erneuerung“ und der „Demokratisierung“. Sie verspricht, die Autonomie der Betriebe zu stärken und die Rechte der Selbstverwaltung wiederherzustellen. Auf dem anstehenden Parteitag muß die PVAP offenbaren, wie der Reformplan aussehen soll. Die Wirtschaftsreform gibt Auskunft darüber, was die Arbeiterklasse von der neuen Regierung zu erwarten hat und auf welche Kämpfe sie sich einstellen muß.

Die jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen stellen keine Änderung des jahrelang verfolgten Kurses der Unter-

Lebens der werktätigen Bevölkerung, geweckt werden. Zwangsläufig wird dies zu Konkurrenz der Betriebe untereinander führen. Die Betriebsleiter können über Änderung der Produk-tenpalette und Zusammenschluß mit anderen Betriebe zur Verbesserung der Gewinne entscheiden. Das Prinzip, daß jeder Betrieb auf eine Branche ausgerichtet ist und im Außenhandel an bestimmte Import- und Export-Unternehmen gebunden ist, wird aufgehoben. Der „gute Markt“ wird vom Staat in der Form überwacht, daß er Betriebe, die nicht gewinnbringend ar-



# Aus den Grundsätzen der Wirtschaftsreform (Entwurf)

(Verfaßt von der Wirtschaftsreformkommission – vom Januar 1981. Der Entwurf wurde vom Sejm abgelehnt und zur Überarbeitung zurückverwiesen.)

## I. Die Notwendigkeit der Wirtschaftsreform und ihre Ziele

„Die schwierige Situation auf dem Binnenmarkt, die schlechte Lage der Zahlungsbilanz, die überzogene Investitionsfront, die drastischen Engpässe im Bereich der materiell-technischen Versorgung, die strukturellen Disproportionen und die große Verschwendung von Produktionsfaktoren, der Rückgang der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, die niedrige Arbeitsproduktivität, die Eskalation der Lohnforderungen, die vielen ungelösten elementaren Sozialprobleme – das sind die Grundmerkmale der jetzigen Lage des Landes. Beeinflusst wurden sie durch mehrere Mißernten in der Landwirtschaft und auch durch die Rohstoff- und Energiekrise sowie durch andere ungünstige Tendenzen in der Weltwirtschaft. Es ist aber vor allem das Resultat der seit langem wachsenden Deformationen im Funktionieren des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems. Das autokratische System der Gewaltausübung und die verfehlte voluntaristische sozial-ökonomische Politik führten zur Entstehung von gefährlichen Spannungen und Disproportionen in der Wirtschaft, die es verhinderten, das Funktionieren der Wirtschaft an das öffentliche Bedürfnis einer Beteiligung der Werktätigen am Verwalten anzupassen sowie die moderne Materialbasis und die Erfordernisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gebührend zu nutzen. Das war eine der wesentlichen Ursachen der niedrigen Effektivität der Volkswirtschaft und führte im Resultat zum sozialen Konflikt. Die kommen-

den Jahre erfordern eine wesentliche Anhebung der sozialen Wirtschaftseffektivität. Angesichts des sich verringenden Zugangs zu Produktionsfaktoren, unter den Bedingungen einer großen Verschuldung gegenüber dem Ausland sowie großer lohnpolitischer und sozialer Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft gibt es nur einen Weg zur Befriedigung des wachsenden allgemeinen Bedarfs – die grundlegende Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ...“

„8. Als Resultat der Reformdurchführungen soll eine Änderung der Beziehungen zwischen den zentralen Staatsorganen und der staatlichen Verwaltung einerseits und den Unternehmen und ihren Belegschaften sowie den territorialen Organen der Staatsmacht und der Verwaltung andererseits eintreten.

Das müßte zu einer Festigung der strategischen Rolle der zentralen Planung und zu einer größeren Selbständigkeit und Selbstverwaltung in den Unternehmen führen. Diese zwei Hauptrichtungen der Reform widersprechen sich nicht ...“

## II. Die wirtschaftlichen Begleitumstände der Reform

Gefordert wird eine Anhebung des Produktionsanteils von Konsumgütern an der gesellschaftlichen Produktion und eine Förderung der Kleinindustrie und Dienstleistungen. Unerlässlich sei die Anhebung der Nahrungsmittelproduktion.

„15. Den Vorhaben der Politik zugunsten der Steigerung des Waren- und Dienstleistungsangebots müssen parallel Aktivitäten seitens der Einkommens- und Preispolitik folgen. Es geht dabei vor allem um eine engere Verbindung von Lohn- und Gehaltszahlungen und Einkommen mit dem Anstieg der Produktion und Dienstleistungen sowie um eine stufenweise Änderung von Preisniveau und -struktur ...

16. Die Reform der Einzelhandelspreise muß gleichzeitig mit der Neugestaltung der Einkommensstruktur durchgeführt werden, die den Grundsatz einer differenzierten Umverteilung berücksichtigt, um das Niveau der Realeinkommen von Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkünften zu schützen ...“

## III. Die Organisationsstrukturen der Wirtschaft

„24. Der Hauptsektor der Wirtschaft Polens ist der staatliche Sektor. Notwendig ist eine Erhöhung der Effektivität dieses Sektors sowie die Vertiefung des sozialistischen Charakters der in ihm herrschenden Produktionsverhältnisse. Zu diesem Zweck ist die Beachtung zweier Grundsätze unerlässlich: – das Autonomieprinzip des Unternehmens, welches die Vornahme der Entscheidungen auf der Grundlage des ökonomischen Kalküls und die Übernahme der Verantwortung dafür vor Belegschaft und Gesellschaft ermöglicht; – das Selbstverwaltungsprinzip der Belegschaft des Unternehmens, welches sich in der Teilnahme der Belegschaft im Verwalten ausdrückt; – die Übereinstimmung der autonomen Entscheidungen der Unternehmen mit dem gesamtwirtschaftlichen Plan muß garantiert werden durch die Wirtschaftspolitik der Regierung unter Zuhilfenahme entsprechender ökonomischer Instrumente ...“

## IV. Zentrale Wirtschaftsleitung

„Die materielle Motivation für effektive Arbeit muß sich vor allem auf die Löhne stützen. Im neuen Lohnsystem müssen die Zahl der Prämientitel eingeschränkt und eine wesentliche Vereinfachung der Entlohnungsgrundsätze herbeigeführt werden ...“

## V. Das sozialistische Unternehmen und die Selbstverwaltung der Unternehmensbelegschaft

„Die Rechte und Pflichten der Selbstverwaltung der Belegschaft müssen umfassen ... die Beschlußfassung (bzw. Zustimmung) in folgenden Angelegenheiten: Tätigkeitsprofil, Organisationsstruktur, Jah-

beiten, liquidiert, auch wenn sie nötige Gebrauchsgüter produzieren. Die Belegschaften sollen das Recht erhalten, die Betriebsleitung zu wählen und sie abzuwählen. Wirklichen Einfluß auf die Produktion gewinnen sie dadurch nicht, wenn der Zusammenhang der stofflichen Planung zerrissen ist und der Staat sich auf die Regulierung der Mittelflüsse in Form von Subventionen oder Krediten beschränkt. Eine Umwälzung des Preissystems wird ins Auge gefaßt. Ausgehend von der Anpassung der Außenhandelspreise an die Weltmarktpreise soll die teilweise Auszahlung von Preisen unter den Betrieben sich auf das ganze Preisgefüge im Inneren auswirken. So soll das „Binnenmarktgleichgewicht“ erreicht und soll eine „Neugestaltung der Einkommensstruktur“ durchgeführt werden. Die Absicht, die Arbeiter sich um Gewinnanteile, verschieden in jedem Betrieb und jeder Branche, schlagen zu lassen, eine „differenzierte Umvertei-

lung“ zu erreichen, wird große Anstrengungen der Gewerkschaften im Kampf gegen die aufbrechende Konkurrenz unter den Arbeiter erfordern. Die Äußerungen der Gewerkschaft



Die Bergarbeiter haben die Einführung der vierten Schicht zurückgeschlagen.

„Solidarität“ zu den nötigen Schritten der Wirtschaftsreform sind da vorderhand nicht vielversprechend.

Die kommenden Kämpfe der Arbeiterklasse werden sehr schwer werden. Die Gewerkschaften können eine Leitung durch eine Partei, die das Interesse der Arbeiter an der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der Leitung der gesamten Gesellschaft fördert, nicht ersetzen. Die PVAP entwickelt sich nicht zu einer Partei, die entschlossen eine sozialistische Planwirtschaft aufbaut. Im Gegenteil ist die Gefahr groß, daß die von ihr als Erweiterung der Demokratie und der Selbstverwaltung, als „Rückkehr zu den Leninischen Normen“ ausgegebene Reform der wirtschaftlichen Beziehungen herauskommt als Annäherung an die kapitalistische Produktionsweise.

Seit ihrem Bestehen hat die PVAP kein brauchbares Konzept zur Kollektivierung der Landwirtschaft entwickelt. Auch die jetzigen Maßnahmen

res- und Mehrjahrespläne, Berufung des Direktors sowie Gesamtheit der Kaderpolitik, Entlohnungsgrundsätze, Arbeitsregelungen, Produktionsorganisation, Entwicklungsvorhaben, jährliche Berichterstattung über die Unternehmenstätigkeit, Gewinnverteilung und Nutzung des Fonds ...“

(zitiert nach: „Polen, Allgemeine Wirtschaftsreform und Außenwirtschaftsreform“, Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Ost-Information)

der Kohle. Der diesjährige Einbruch der Kohleproduktion sei „einer der Hauptgründe für die dramatische Energieverknappung und das Fehlen ausländischer Devisen“. Der Einbruch sei das Resultat der Einführung der Fünf-Tage-Woche im letzten Herbst. Dies habe zu einem 20%igen Rückgang der Stundenproduktion geführt.

Es sei auch kein zufriedenstellender Weg gefunden worden, die Minenarbeiter zu einem zusätzlichen Arbeitstag zu ermutigen.

#### Erwerbstätigkeit, Produktion und Außenhandel Polens

Einheit	1960	1970	1980	80 zu 79 in %
Erwerbstätige insgesamt ..... Tsd.	12401	15175	16350	- 0,1
private Landwirtschaft ..... Tsd.	4960	4490	3100	...
landw. Genossenschaften ..... Tsd.	407	720	1200	...
staatliche Industrie ..... Tsd.	2949	4072	4759	- 0,3
Getreideproduktion ..... Tsd. t	16295 <sup>1</sup>	19623 <sup>1</sup>	16400	+ 7,2 <sup>2</sup>
Schlacht tiererzeugung ..... Tsd. t	1756	2187	3185	- 2,6 <sup>2</sup>
Steinkohle ..... Mio. t	104	140	194	- 3,9
Mineraldünger ..... Tsd. t	477	1629	2239	- 7,4
Zement ..... Mio. t	7	12	18	- 3,8
Rohstahl ..... Tsd. t	6681	11795	19500	+ 1,4
Elektroenergie ..... Mrd. kWh	29	65	121	+ 3,7
Lastkraftwagen ..... Tsd. St.	20	41	47	- 7,5
Hochseeschiffe ..... Tsd. tdw	256	518	392	- 34,9
Kunststoffe ..... Tsd. t	40	224	549	+ 24,8
Prod. Nationaleinkommen <sup>3</sup> ..... Mrd. Zl	376	749	1826 <sup>4</sup>	- 4,0
Ausfuhr <sup>3</sup> ..... Mrd. Zl	5,3	14,2	51,9	+ 3,4
Einfuhr <sup>3</sup> ..... Mrd. Zl	6,0	14,4	57,6	+ 6,1

1) Durchschnitte der Jahre 66-70 und 71-75; 2) Rückgang der pflanzlichen Produktion insgesamt 15,2%, der tierischen 3,3%; 3) in jeweiligen Preisen; 4) geschätzt nach Angaben für das verteilte Nationaleinkommen. — Quellen: Statistical Yearbook of Poland, Warschau 1977; Veröffentlichungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen.

#### Bericht der Gewerkschaft Solidarität zur wirtschaftlichen Lage Polens

Der Bericht einer Studiengruppe der Gewerkschaft Solidarität vom Juni 1981 vertritt den Standpunkt, die Wirtschaft Polens könne innerhalb von Monaten zusammenbrechen, wenn die Regierung nicht geeignete Maßnahmen dagegen unternehme.

Der entscheidende Faktor dabei sei ein Wiederaufschwung der Exporte vor allem

Der Bericht vertritt, daß die Exportsteigerung grundlegend sei, um notwendige Importe zu tätigen, erforderlich, um die Produktivität der Wirtschaft zu heben. Das Wirtschaftswachstum werde in diesem Jahr um 15% fallen, eine Zahl, die von der Regierung bestätigt wurde.

Die steigenden Einkommen - so die Studiengruppe der „Solidarität“ - würden zu

einem Zusammenbruch des Geldsystems führen, weil die Geldnachfrage die Güterlieferungen bei weitem übersteige.

Von der Regierung fordert der Bericht, daß sie unmittelbare zentrale Entscheidungen mit der Einführung dezentraler Reformen verbinden müßte. Die Industriegüterpreise müßten soweit gehoben werden, daß sie die tatsächlichen Produktionskosten decken, allerdings dürfe dies erst nach Beratungen geschehen. Die Exporte müßten gefördert werden, ebenso die Finanzierung der notwendigen Importe für die Exportproduktion gesichert werden.

Gleichzeitig müßten alle Hindernisse für ein Wachstum der Landwirtschaftsproduktion beseitigt werden, damit vor allem an Importen für Futtermittel gespart werden kann. Eines der größten Probleme der Industrie sei das Defizit an harter Währung, um notwendige Ersatzteile und Rohmaterialien zu importieren. Dies führe zu brachliegenden Produktionskapazitäten. Wachstum der Exporterlöse, die für diesen Zweck eingesetzt würden, könnten zu einem beträchtlicher Wachstum der Produktion führen.

Aufgrund von fehlenden Düngemitteln und Herbiziden bestünde die Gefahr, daß die Ernte in diesem Jahr trotz gutem Wetter noch schlechter als die in den Jahren 1976 und 1979 ausfallen werde.

Allerdings glaubt der Bericht, daß die Einrichtung einer Gewerkschaft der Bauern mit Privatwirtschaft und eine Reform des staatlichen Landwirtschaftssektors, der ihn unabhängig von staatlicher Kontrolle mache, die notwendigen politischen Bedingungen für ein Produktionswachstum geschaffen habe. Das würde bedeuten, daß die Nachfrage nach Nahrungsmitteln ausgenommen Fleisch im kommenden Jahr befriedigt werden könnte. Die Fleischproduktion allerdings würde vom Futtermittelimport abhängen und dieser von der verfügbaren harten Währung.

(Nach Financial Times vom 30.6.1981)

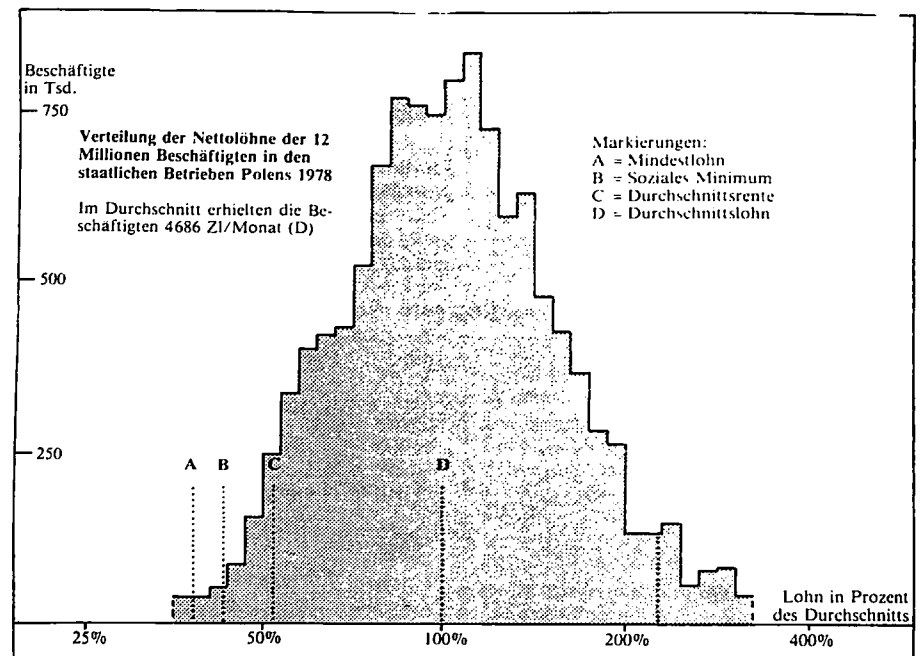
wiederholen bloß Maßnahmen, die schon ausprobiert und wieder aufgegeben wurden. Die zwangsmäßige Kollektivierung unter Gomulka scheiterte. Der zweite, von Gierek auf Drängen der UdSSR unternommene Versuch wurde ebenfalls zurückgenommen, weil die Produktion sank und die Genossenschaften nicht instand gesetzt wurden, bessere Produktionsergebnisse zu liefern als die privaten Bauern. Bekannt ist, daß ab 1. Juli die Verordnung der Regierung in Kraft getreten ist, die privaten Bauern ebenso wie die genossenschaftlichen und die staatlichen Landwirtschaften mit Produktionsmitteln zu beliefern. Vorgesehen ist weiter die Möglichkeit, die Fläche der einzelnen Betriebe zu vergrößern. Die Maßnahme, Land aus dem staatlichen Bodenfonds, der den vergesellschafteten Betrieben vorbehalten war, auch an privat produzierende Bauern abzugeben, war schon einmal von Gierek ergriffen worden. Durch diese Po-

litik wurde erreicht, daß alte Bauern bereit waren, gegen Rente ihren Hof an den Staat abzugeben. Diese Bereitschaft sank sofort, als die Möglichkeit des Zukaufs von Land, der für die durchschnittlich sehr kleinen Höfe die Möglichkeit zur Steigerung der Produktion bietet, wieder gestrichen wurde. Gleichzeitig sanken die Pflichtabgaben an den Staat. Die Maßnahme, die nicht begleitet ist auch nur von der Erforschung der Gründe, warum die vergesellschafteten Betriebe schlechter produzieren, wird das Interesse der Arbeiter an der Kollektivwirtschaft senken und niederschlagende Wirkung auf fortschrittliche Versuche der Bauern haben. Nichts ändert sich daran, daß nach wie vor 76% des bebauten Bodens privat bewirtschaftet werden, ein Zustand, der auch im Rahmen des RGW einzigartig ist. Nichts ändert sich an der ungünstigen Altersstruktur. 30% der privaten Bauern sind über 60 Jahre alt, der Anteil der Witwen ist na-

turgemäß hoch, und für 17% der Höfe gibt es keine Erben. Gefördert und bestätigt wird das private Wirtschaften. Möglicherweise werden sich wieder mehr Bauern bereit zeigen, ihr Land an den Staat abzugeben, aber eine Hebung der Produktivkraft der Arbeit in der Landwirtschaft ist so ausgeschlossen. Nur auf diesem Wege könnten aber die Nahrungsmittel verbilligt und die Kosten für die Reproduktion der Arbeiter gesenkt und der Lebensstandard gehoben werden. Nur so könnten auch Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft ohne Schaden für die Versorgung freigesetzt werden für die industrielle Produktion. Der Weg, den die PVAP einschlägt, wird gerade das Gegenteil bewirken. Durch Abzug von Arbeitern, die sich viele Betriebe jetzt als Reserve für Stoßarbeiten zur Erreichung der Pläne halten, und ihre Versetzung in den Dienstleistungsbereich oder in die Landwirtschaft wird gerade dieses Verhältnis ungünstig verändert.

## „Soziales Minimum“ nicht mehr gesichert

1978 blieb zum ersten Mal im Verlauf der 70er Jahre die Erhöhung der Löhne der rund 12 Mio. Beschäftigten der staatlichen Betriebe Polens hinter der zunehmenden Preissteigerung zurück. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten betrug 8,7%, der durchschnittliche Nettolohn stieg um 6,1% nach den Angaben der amtlichen Statistik auf 4686 Zloty im Monat. Im Jahre 1979 war dieser Verlust an Reallohn nicht ausgeglichen. Die inzwischen vorliegenden Angaben über die Ergebnisse der Streikbewegung des Jahres 1980: Der Durchschnittslohn für das Jahr 1980 stieg um 12,8% gegenüber 1979. Die Verteuerung der offiziellen Preise wird mit 10% angegeben. Selbst wenn man berücksichtigt, daß sich die Ergebnisse des Streiks im Lohnniveau am Ende des Jahres 1980 deutlicher ausdrücken – der Durchschnittslohn war im Dezember 1980 auf 6620 Zloty angestiegen, d.h. plus 20% gegenüber Dezember 79 –, verschlechtert sich die Lebenssituation der polnischen Arbeiterklasse weiter: Die mit den Versorgungsschwierigkeiten in Grundnahrungsmitteln einhergehende Ausbildung von Schwarzmärkten



führt zu Verteuerungen, die auf 25% geschätzt werden.

In den 21 Punkten von Gdańsk hatte das Streikkomitee die „Anhebung des Grundlohnes für jeden Arbeiter um 2000 Zloty monatlich als Ausgleich für die bisherigen Preissteigerungen“ für notwendig erachtet. Wie nebenstehende Verteilung der Nettolöhne zeigt, liegt ein erheblicher Teil der Arbeiter

nicht weit über dem amtlich festgestellten „sozialen Minimum“ und wird damit von Teuerung und Versorgungsschwierigkeiten voll getroffen. Der im Februar vom Sejm verabschiedete Volkswirtschaftsplan 1981 fordert an erster Stelle der sozialen Planziele: „Schutz des Konsumniveaus der am schlechtesten situierten Bevölkerungsgruppen und Familien.“

In der Rohstoff- und Energiefrage stellt die Kommission einerseits fest, daß Rohstoffe und Energie nur begrenzt zur Verfügung stehen. Zur Behebung des Mangels verweist sie auf die reichen Rohstoffvorkommen des Landes. Wie kann aber eine Mobilisierung der Arbeiter zur Erhöhung der Kohleförderung stattfinden, wenn die Bodenschätze ins Ausland gehen, statt für die Produktion im Inland und zur Erzeugung höherwertiger Produkte verwendet zu werden, wenn der Man-

gel an Kohle die industrielle Produktion lähmt, während große Mengen Kohle aus der produktiven Konsumtion verschwinden und sie damit für die Folgen eines Wirtschaftskonzepts zahlen, dessen Verfechter nicht auf die eigenen Kräfte des Landes und ihre planmäßige Entwicklung bauten. Es besteht kein vernünftiger Plan, dem Bergbau zusätzliche Arbeitskräfte zuzuführen. Der Versuch, den Vierschichtbetrieb einzuführen, konnte von den Bergarbeitern vereitelt wer-

den. Aus dem Plan können sie nur schließen, daß sie jetzt gegen die Intensivierung der Arbeit werden kämpfen müssen.

Sicher steht die Wirtschaft der VR Polen unter der erdrückenden Belastung durch ihre Verstrickung in Schulden gegenüber dem imperialistischen Westen. Durch weiteres Nachgeben gegenüber den Regierungen und Banken der westlichen Länder kann sich die wirtschaftliche Lage im Inneren nicht zum Besseren wenden, sondern bloß verschlechtern. Das Bankenkonsortium der kapitalistischen Gläubigerländer stellt bereits Spekulationen an, ob es möglich sein wird, Polen erneut in den Internationalen Währungsfonds zu zwingen, was ihnen erlauben würde, die Bedingungen, unter denen die Arbeiterklasse produzieren soll, zu diktieren. Die hohe Verschuldung hatte 1980 zum erstenmal den Stand erreicht, daß die Last des Schuldendienstes die Erlöse aus den polnischen Exporten übersteigt. Eingeleitet wurde dieser Kurs von Gierek durch den Vorrang von Investitionen für die Industrie. Die nötigen Güter, die aus den kapitalistischen Ländern importiert wurden, sollten durch Exporte gedeckt und damit auch die ersten Kredite abgezahlt werden. Da aber die Planung der Umwälzung des technischen Apparats fehlerhaft



Der Plan für den Wohnungsbau im ersten Quartal wurde nicht erfüllt.

war, die Kosten für die Inangsetzung, Ergänzung und Wartung des ausländischen Maschinenparks nicht richtig geplant waren und die Arbeiter nach wie vor nicht über die Planung und Verwendung der Produkte für ihre Bedürfnisse verfügten, zeigte sich schon 1975 kraß, daß der Kurs scheitern mußte. Der Schuldendienst betrug bereits 30%, aber außer einer Drosselung der Importe, die zur Unbrauchbarkeit eines Teils der bereits bezogenen Maschinerie führte, wurde nichts getan. Um die Lücken im Export zu stopfen, wurden Produkte zugeschossen, die im Exportplan nicht enthalten waren und im Land keineswegs überflüssig vorhanden waren. Dies betraf am stärksten den Export von landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen, vor allem Kohle. Sowohl die Versorgungskrise bei Lebensmitteln wie Mangel an Rohstoffen zur Entwicklung der eigenen Produktion waren damit programmiert.



Die katholische Kirche kämpft um Einfluß auf die Arbeiterbewegung.

Starke Kräfte, die der Arbeiterklasse feindlich gegenüber stehen, haben lebhaftes Interesse daran, die Vernichtung der Ansätze von Planwirtschaft in der VR Polen zu erleben. Zunächst haben die Kräfte der polnischen Bourgeoisie Interesse an der erneuten Durchsetzung einer kapitalistischen Produktionsweise, wobei es sie nicht kümmern würde, sich ausländisches Kapital ins Land zu holen. Die Kapitalisten in den europäischen Ländern, an vorderster Stelle die BRD, sehen ihre Hoffnungen auf wirtschaftliche Unterwerfung und Ausplünderung des Landes zur Blüte kommen. Die zweite einflußreiche Kraft mit alten Traditionen in Polen ist die katholische Kirche. Das Land, schon bisher ihre stärkste Basis, wird sie stärker in den Griff nehmen und ihre Propaganda für die Freihaltung der Zusammenschlüsse der Arbeiter von der Politik, die sie gegenüber den Gewerkschaften begonnen hat, gegen die Herausbildung einer kommunistischen Führung der Arbeiterklasse nutzen.

## Stellungnahmen aus Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, VR China

*Rumänien: Nicolae Ceausescu vor dem II. Kongreß der Räte der Werktätigen am 27.6.81:*

„Gewiß, man kann die Unzufriedenheit und Bitterkeit über einige Mängel und Fehler begreifen, doch all dies kann die großen Leistungen Polens bei der Errichtung des Sozialismus, die unter der Führung der PVAP errungen wurden, nicht in Frage stellen. Als Genossen und Freunde möchten wir uns an die Arbeiterschaft, an die Intellektuellen, an die Bauernschaft und das Volk Polens mit Gefühlen der Solidarität und Freundschaft wenden und ihnen offen sagen, daß unserer Ansicht nach die Beseitigung der Fehler und Mängel es erfordert, mit höchster Verantwortlichkeit für die sozialistische Zukunft Polens, für die Unabhängigkeit und Souveränität des Landes zu handeln und sich in voller Einheit einzusetzen für das entschlossene Vorschreiten Polens auf dem Wege des Sozialismus.“

*Ungarn: „Népszabadság“, Zentralorgan der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, vom 14.6.81:*

„Wir wissen, daß hinter der jetzigen Krise die schwerwiegenden Fehler der früheren Partei- und Staatsleitung stehen. Es bedarf unbedingt tiefgreifender Reformen und Garantien, damit die in den siebziger Jahren in Polen entstandenen Verzerrungen und deren Folgen beseitigt und ihr erneutes Auftreten verhindert werden. In Polen stehen die dem Sozialismus treu ergebenden Kräfte vor der historisch bedeutenden Aufgabe, diese Probleme zu lösen. Aber wir wissen auch: Die antisozialistischen Kräfte, die die Initiative an sich gerissen haben, nutzen die durch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fehler hervorgerufene Vertrauenskrise für entgegengesetzte Ziele aus ...“

Doch wenn es eine politische Plattform, ein Aktionsprogramm und einheitlich organisierte Kräfte gibt, die den Standpunkt der Erneuerung entschlossen und konsequent verteidigen, die Absichten und Ziele der dem Sozialismus feindlich gesinnten Zentren entlarven, besteht die Möglichkeit, daß sich die Anhänger des Sozialismus zusammenschließen, ihre Kräfte vereinen und den verunsicherten Menschen, die sich nach Ruhe, schöpferischer Arbeit und einem besseren Leben sehnen, die Richtung weisen.“

*Jugoslawien: Kommentar von Branco Petrovic in der Zeitschrift „Internationale Politik“ (20.9.80):*

„Von größter Bedeutung (wird) die Fähigkeit der Partei und der Regierung sein, die Überwindung der schwer bezwingbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu sichern, die zum guten Teil durch die langjährige totale Überspannung der Industrie-Investitionen (wodurch Polen an die zehnte Stelle der Stufenleiter der Industrieländer in der Welt gelangte) zugleich mit der drastischen Zurückstellung der verarbeitenden und Nahrungsmittel-Ind-

ustrie (was eine konstante Knappheit an Konsumgütern zur Folge hatte) verursacht wurden. Anstelle von zentralistischer Planung und Verwaltung (die ein schweres Debakel erlitten haben) wird die Mobilisierung sämtlicher Wirtschaftspotentiale von verschiedenen Formen der Dezentralisation und materiellen Stimulation begleitet werden müssen ...“

Durch die potentiellen Kräfte, über die sie verfügt, aber auch durch die unabhängigen Selbstverwaltungsgewerkschaften, als neues Instrument des operativen Klassenwirkens, könnte die Arbeiterklasse unmittelbaren Einfluß auf die Formulierung und Fassung der Beschlüsse ausüben, von denen die Entwicklungsrichtungen der polnischen Gesellschaft abhängen. Es werden allerdings viele Umstände darauf einwirken, ob sich die unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaften zu einem spontanen Korrektiv im bestehenden System der petrifizierten Parteitransmissionen gestalten und so bleiben oder ob sie den Beginn der Klassenwiedergeburt der Gewerkschaftsbewegung bedeuten und zu einer neuen Aufstellung der politischen Kräfte führen werden, die die Träger des Sozialismus in Polen sind ...“

Eine der Schlüsselfaktoren der polnischen Situation wird zweifellos noch lange das dialektische Gleichgewicht zwischen dem unannehmbaren ideologischen Wirken der Kirche und der Beachtung deren tief eingewurzelten Präsenz in der polnischen Gesellschaft sein, das gefunden werden sollte ...“

*VR China:*

„Die Wirtschaftslage Polens hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert – ein wesentlicher Grund für den großen Streik im Juli ... Die polnische Krise hat aber auch tiefe politische Gründe. Polnische Führer räumten inzwischen ein, daß die Willkür der Partei- und Regierungsorgane, ihre Mißachtung der Öffentlichkeit und etliche ‚unmoralische Manipulationen der Partei und des Volkes‘ die Unzufriedenheit der Massen ausgelöst haben ... All diese Umstände führten dazu, daß die Volksmassen ihre eigenen Organisationen haben wollten, um ihre Interessen zu verteidigen ...“ (Beijing-Rundschau, 25.11.80)

„Das chinesische Volk tritt stets dafür ein, daß die polnischen Angelegenheiten vom polnischen Volk selbst geregelt werden müssen und daß jede Intervention unstatthaft ist und von allen für Gerechtigkeit eintretenden Ländern und Völkern bekämpft werden muß. Wir unterstützen entschlossen das polnische Volk in seinem gerechten Kampf zur Wahrung seiner Unabhängigkeit und Souveränität. Der Wille des polnischen Volkes kann nicht gebrochen werden, und wer meint, über das Schicksal des polnischen Volkes nach Gutdünken bestimmen zu können, wird sich damit letztlich ins eigene Fleisch schneiden.“ (Kommentator der Renmin Ribao, 16.6.81)

## ÖTV leitet Schritte gegen BVerfG-Urteil ein

Die Bezirksverwaltung Baden-Württemberg der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hat ihren unteren Organisationsbenen folgende Vorschläge zur Bekämpfung des Bundesverfassungsgerichtsurteils gegen das Zugangsrecht der Gewerkschaften zu den kirchlichen Einrichtungen gemacht: 1. Beschwerde gegen das Urteil beim Europäischen Gerichtshof, 2. Initiative für einen Gesetzentwurf, der das Zugangsrecht der Gewerkschaft allgemein- und so auch für kirchliche Einrichtungen regelt. Nach Beratung sollen diese Anträge an den Hauptvorstand und den DGB gerichtet werden.

## Rationalisierungen im Fiat-Vertriebsnetz

Der Fiat-Konzern plant die teilweise Auflösung seiner Zentralauslieferungslager für PKWs (320 Beschäftigte in Koppenheim/Südbaden), sowie für Ackerschlepper (ca. 90 Beschäftigte in Heilbronn). Die dort verrichteten Arbeiten werden teilweise bereits in den italienischen Produktionsstätten gemacht. Das Gelände in Koppenheim (Fläche: 1 Mio.

Eschenstruth (Kreis Kassel). Nur der Ferienbeginn beendete den Schulstreik, den die Eltern der Viertklässler seit dem 11. Mai gegen die Entlassung des befristet angestellten Lehrers Ernst Storzer organisierten. „Das Problem hört mit den Sommerferien nicht auf“, schrieben sie an Kultusminister Krollmann. Nach den Ferien planen sie mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft eine Aktion „Flächenbrand für eine Verbesserung des Bildungswesens“. Bild: GEW-Bundsvorsitzender Frister beim Streikunterricht im Dorfgasthaus „Zur Linde“.



qm, Lagerkapazität: 40000 Fahrzeuge, täglicher Umschlag: bis 1000 PKWs) ist bereits zum Verkauf angeboten worden. Auf der Betriebsversammlung von Fiat-Landmaschinen ging es vor allem um 25 Entlassungen, denen der Betriebsrat bisher die Zustimmung verweigert. IGM-Sekretär Kuppel meinte, der Betriebsrat sei gut beraten, wenn er stur bleibe, und sprach von der „Spitze des Eisberges“. Die „brutale Personalpolitik“ – auch in Italien – wurde ebenso angegriffen, wie die zu erwartende Mehrbelastung für die verbleibende Belegschaft.

## Postarbeiterstreik in Kanada fortgesetzt

Die 23 000 Mitglieder der kanadischen Postarbeitsgewerkschaft streiken seit über drei Wochen für höhere Löhne, Beendigung der Fernsehüberwachung in den Postämtern und 17 Wochen bezahlten Mutterschaftsurlaub. Die Erfolgsaussichten sind bedeutend gestiegen, seit Premierminister Trudeau vor dem Parlament erklärt hat, er wolle das Gesetz zur zwangsweisen Wiederaufnahme der Arbeit nicht anwenden. Noch vor drei Jahren war der Vorsitzende der Postarbeitsgewerkschaft Parrot ins Gefängnis geworfen worden, weil er sich geweigert hatte, das Gesetz zu befolgen. Die Ankündigung erneuter Weigerung und das Zurückweichen der Regierung trotz des Rufs der Opposition nach der vollen Schärfe des Gesetzes bedeuten, daß jetzt, mit Beginn der Parlamentsferien, der Streik möglicherweise über den Sommer fortgesetzt wird. Die Kapitalisten sind schwer getroffen, da sie den Postdienst nicht privat ersetzen können.

Yol und gegen die Junta auf, organisierte Demonstrationen. Politisches Asyl wird ihm nun verweigert. Das Bundesamt: „Sollte der Antragsteller für seine Tätigkeit in der ... DEV YOL ... Bestrafung befürchten, so wäre diese durch die Anstrengung der türkischen Regierung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gerechtfertigt.“ Damit ist das Asylrecht liquidiert. Auf politische Verfolgung soll sich nur noch berufen können, wessen Auffassung der Bundesregierung genehm ist. Feinde der türkischen Militärjunta und des Imperialismus werden abgeschoben. Nicht nur Waffen liefert die BRD zur Aufrechterhaltung der Ordnung an die Junta, sondern auch ihre Gegner zur Liquidierung.

## Münchener Mietertage

Die Aktionsgemeinschaft der 35 Münchner Mieterinitiativen veranstaltete vom 27.6. – 4.7. „Münchner Mietertage“ mit Veranstaltungen in Stadtteilen. Allein zum Straßenfest der „Klagegemeinschaft gegen die Löwenbräu-City“ in Haidhausen kamen 3000 Besucher, 60 trugen sich als neue Mitglieder ein, 6000 DM sind inzwischen auf das Konto für die Klage eingezahlt. 4000 waren beim Sternmarsch zum Rathaus aus sieben Stadtteilen, 8000 nahmen an der Kundgebung teil. Gemeinsame Forderungen waren u.a.: Stopp der Mieten und Nebenkosten – keine Staffelmiete – Wiedereinführung der Mietpreisbindung; Überführung von Haus- und Grundeigentum, das zu Spekulationszwecken mißbraucht wird, in das Eigentum von Mietergenossenschaften.

## Asyl nur bei Wohlverhalten

Das Bundesamt für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge begründete erstmals offen, daß Anerkennung vom politischen Wohlverhalten abhängig ist. Ein türkischer Arbeiter, Mitglied der von der türkischen Junta mit Mord verfolgten Devrimci Yol, wegen seiner antiimperialistischen Gesinnung zu zehn Jahren Haft verurteilt, floh nach sieben Jahren Gefängnis in die BRD. Er lebt hier seit 1973, gründete zwei türkische Arbeitervereine, trat offen für die Devrimci



In Manila, der Hauptstadt der Philippinen, fand am Vorabend des 4. Juli, Nationalfeiertag in den USA, eine Demonstration vor der US-Botschaft statt, die sich gegen den US-amerikanischen Neokolonialismus und die Politik der seit 1965 herrschenden Familie Marcos richtete. Marcos ließ am 16. Juni Präsidentenwahlen durchführen, nachdem er sich aufgrund des wachsenden Volkswiderstandes im Januar dieses Jahres nach acht Jahren gezwungen ist, das Kriegerrecht aufzuheben. Während des Wahlkampfes setzte er Truppen ein, um die Guerillatätigkeit im Süden der Hauptinsel Luzon zu unterdrücken. Bei einer Demonstration ließ er in die Menge schießen und vier Menschen töten. 50 Organisationen, darunter die beiden größten Oppositionsparteien, hatten zum Boykott der Wahlen aufgerufen. Zwei ihrer Führer wurden jetzt verhaftet und in ein Militärgefängnis gebracht.



## Sozialhilfe

# Hilfeempfänger von allgemeiner Lohnentwicklung abgehängt

München. „Hätten wir das Bundessozialhilfegesetz nicht, das vor 20 Jahren verabschiedet wurde, müßten diese Menschen in Armut leben“, erklärte der bayerische Arbeits- und Sozialminister Pirkel bei der kürzlichen Vorlage des „Sozialhilfe-Atlas“. Gemeint waren die rund 248 500 Personen (1979) im Jahr, die in Bayern Sozialhilfe erhalten. Als Beleg führte er an, „daß die in Bayern festgesetzten Bedarfssätze für die Sozialhilfe, die von jährlich 1 146 DM (1963) in 18 Jahren auf 5 636 DM gestiegen sind, bei wirtschaftlicher Haushaltsführung, bei Verzicht auf überflüssige Ausgaben und bei Nutzung aller Einkaufsvorteile im Normalfall ausreichen, ein menschenwürdiges Leben zu führen“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 30.6.81).

Ob sich Pirkel versprochen oder der Redakteur verschrieben hat – gemeint waren nicht die Bedarfssätze, sondern die jährlichen Sozialhilfeausgaben pro Empfänger in Bayern. Pirkel jedenfalls muß von diesem Geld nur schätzungsweise einen Monat leben.

auf frühere Verrentung und verstärkte Unterbringung von Rentnern in Heimen zurückzuführen. Zum größeren Teil aber auf die zunehmende Unmöglichkeit der Familienbildung bei der Arbeiterbevölkerung. „Die durchschnittliche Größe der Haushalte mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt lag von 1970 bis 1972 knapp unter 1,60 Personen. In den folgenden Jahren stieg sie auf 1,72 Personen und ging erst 1978 auf 1,68 und 1979 auf 1,63 Personen zurück ... Der Anteil der Haushalte mit Kindern insgesamt an allen hilfebedürftigen Haushalten betrug 1970 nur 14%, 1979 dagegen 22%“ („Sozialhilfe-Atlas“, S. 27).

Da die Quote der Sozialhilfeempfänger bezogen auf die Wohnbevölkerung in Bayern immer noch niedriger als im Bundesgebiet liegt, zieht Pirkel den Schluß: „Die gegenseitige Sorge der Familie ist besser intakt als in anderen Bundesländern.“

Wohl dank CSU? Tatsächlich ist die niedrigere Sozialhilfedichte in Bayern nur ein Ausdruck dessen, daß der Pro-

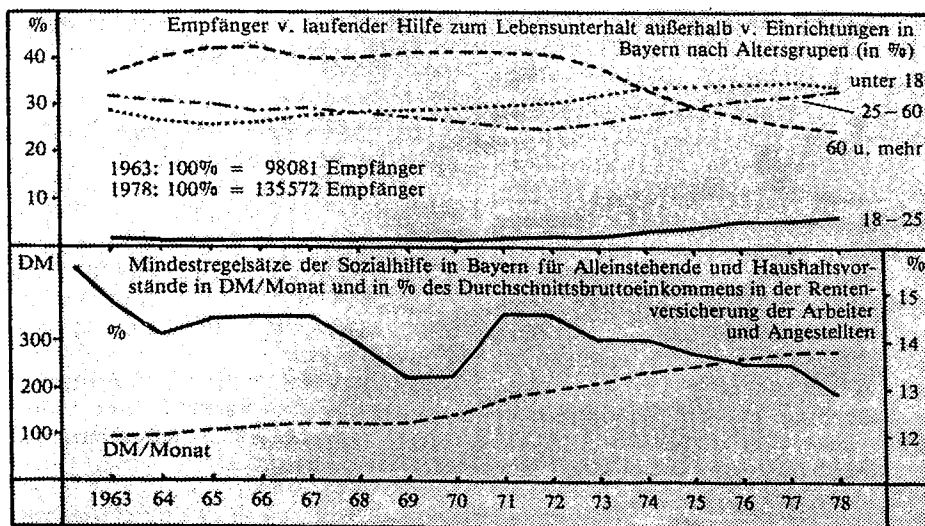
dreifach haben, die amtlichen Lebenshaltungskosten der Rentner- und Sozialhilfeempfänger aber nur um 88% erhöht hätten in diesem Zeitraum, hätten die erhöhten Regelsätze „nicht nur die allgemein gestiegenen Lebenshaltungskosten ausgeglichen, sondern den Sozialhilfeempfängern auch einen beachtlichen realen Kaufkraftzuwachs gebracht“. Bezogen auf den Durchschnittslohn der Arbeiter und Angeestellten allerdings (siehe unteres Schaubild) haben die Sozialämter die Regelsätze in ihrer Gesamtbewegung gesenkt, die Sozialhilfeempfänger von der allgemeinen Lohnentwicklung abgehängt.

## Wehrsportgruppe Hoffmann Nach der Festnahme weitere Verdunkelung

München. Am 18. Juni wurde Karl-Heinz Hoffmann kurz vor einem Abflug nach Damaskus verhaftet, wenige Tage später seine Freundin sowie drei weitere Mitglieder der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann. Die Verhaftung Hoffmanns wird mit der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ sowie „konkreten Schritten zur Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens“ begründet.

Bei der Durchsuchung von Schloß Ermreuth bei Nürnberg, dem Unterschlupf Hoffmanns, wurden umfangreiche Waffenvorräte sowie Sprengstoff hauptsächlich aus Bundeswehrbeständen gefunden – nachdem Durchsuchungen zu früheren Zeitpunkten wenig ergeben hatten. Außerdem wurden schwere Armeewaffen gefunden. Die Ermittlungstätigkeit wird aber weniger in die Richtung betrieben, wie Hoffmann an diese Waffen und an Geld herankam. Um das behördlicherseits geschaffene Dunkel um die Tätigkeiten und Verbindungen der neofaschistischen Gruppierungen auch nach der Verhaftung Hoffmanns und einiger seiner insgesamt mindestens 100 Aktive umfassenden Truppe aufrechtzuerhalten, wird jetzt von der angeblichen Unterstützung Hoffmanns durch die PLO berichtet.

Über dpa wurde folgendes verbreitet: In Beirut präsentierte auf einer Pressekonferenz Naim Farah, der Chef der Abteilung für Außenbeziehungen der falangistischen Milizen, zwei Mitglieder der Wehrsportgruppe Hoffmann. Die beiden – unmittelbar nach dem Oktoberfest-Attentat im Libanon untergetaucht – behaupten, daß sie bei den Palästinensern zwecks militärischer Ausbildung gewesen wären; da aber nicht viel damit gewesen sei, seien sie zu den Falangisten übergelaufen.



Die Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger in Bayern (sowohl laufende Hilfen in besonderen Notlagen) ist absolut gestiegen von 185 239 in 1963 auf 248 564 in 1979; bezogen auf je 1000 Einwohner von 19 Empfängern 1963 (BRD: 26) auf 23 Empfänger 1979 (BRD: 35). Dabei hat (siehe oberes Schaubild) vor allem bei den Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Heimen in der altersmäßigen Zusammensetzung eine Umwälzung stattgefunden.

Die steigenden Anteile der Altersgruppen unter 60 Jahren sind zum Teil

zeß der Umwandlung von Bauern in Lohnarbeiter in Bayern erst seit Ende des zweiten Weltkriegs in vollem Gang und daher im Verhältnis zu anderen Bundesländern weniger fortgeschritten ist. Die niedrigste Sozialhilfedichte in Bayern besteht in den überwiegend ländlichen Regionen, wo also bäuerliche Familien als Auffangposition in Notfällen noch in größerem Umfang existieren.

Beim Vergleich der Entwicklung der Sozialhilfe-Regelsätze mit der Entwicklung der amtlichen Lebenshaltungskosten stellt die Studie fest: Da sich die Regelsätze seit 1963 fast ver-

Der Falangistenführer behauptet, er wisse genau, daß die Fatah, Mitglied der PLO, die Sprengstoffanschläge in München und in Bologna im vergangenen Jahr organisiert hätte. Weiter betont er, daß die Falangisten eng mit den Behörden der BRD zusammenarbeiten und ihre Ermittlungen zur Festnahme Hoffmanns geführt hätten. Darüber hinaus wird noch berichtet, daß Hoffmann Militärfahrzeuge an die PLO verkauft hätte.

Abu Ijad, Innenminister der PLO, hat jetzt in einem Interview zu diesen Vorwürfen Stellung genommen („Spiegel“ 13.7.81). Einige von Hoffmanns Leuten sind im letzten Jahr von der PLO verhaftet worden, die zugaben, bei den Falangisten militärisch ausgebildet worden zu sein. Sie wurden von der PLO untergebracht, erhielten aber keinerlei Militärtraining. Später kreuzte dann Hoffmann selber auf, beteuerte, er sei kein Faschist, sondern vertrete eine Art nationale Bewegung. Er versuchte, mit der PLO Waffenhandel anzufangen, worauf aber die PLO nicht einging. Nachdem der Charakter der Hoffmann-Truppe der PLO klar wurde, hat sie die noch verbliebenen Mitglieder aufgefordert zu verschwinden.

Die Quelle der Verleumdung über die angebliche Unterstützung der PLO für westdeutsche Neofaschisten ist am ehesten dort zu suchen, wo noch vor kurzem bei Vorlage des Verfassungsschutzberichtes 1980 für Bayern behauptet wurde: „Inaktivität der Neuen Rechten“.

## Umschüler/NRW

### Aktionen gegen Pläne zur Unterhaltsgeldsenkung

**Essen.** An mehreren Umschulungseinrichtungen haben die Umschüler inzwischen Aktionen gegen die Pläne zur Kürzung des Arbeitslosen- und Unterhaltsgeldes (UhG) durchgeführt. Etwa 300 der 900 Umschüler am Berufsförderungszentrum (BfZ) Essen führten am 1.7. im Anschluß an eine Vollversammlung eine Demonstration zum Arbeitsamt durch. In Köln demonstrierten am 8.7. rund 200 der 450 Umschüler des Berufsbildungszentrums (BBZ), ebenfalls im Anschluß an eine Vollversammlung, zum SPD-Büro.

Wenn sich auch die DGB-Gewerkschaften dagegen ausgesprochen haben, so steht bisher seitens aller Bundestagsparteien die Absicht, im Rahmen der Kürzungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung an die Versicherten auch das UhG von derzeit 80% des letzten Nettolohns auf 75% zu kürzen, wobei die 80% sowieso nur Richtsatz sind, sofern der Betreffende von

Arbeitslosigkeit bedroht ist oder sich in einen „Mangelberuf“ umschulen läßt. Sonst beträgt das UhG 58%. Weiter soll die erst seit Anfang 1981 durchgesetzte teilweise Einberechnung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld in das UhG wieder rückgängig gemacht werden. Die Auswirkungen der Pläne werden an einigen Zahlen deutlich: So lag nach einer Umfrage am BBZ Köln von Ende 1979 das UhG von 75,2% der Umschüler unter 1200 DM im Monat, von 41,6% sogar unter 1000 DM. Im Schnitt betrug es keineswegs 80%, sondern nur 69,7%, Ergebnis der Regelung, daß Überstundenlohn, steuer-



Demonstration am 1.7. in Essen

freie Schichtzulagen und zu der Zeit auch das Urlaubs- und Weihnachtsgeld bei der Berechnung des UhG nicht berücksichtigt wurden. Hinzu kommt für die Umschüler in NRW, daß für alle, die nach dem 1.5.81 ihre Umschulung begonnen haben, bereits das Landesstipendium von zusammen 1200 DM, gezahlt in drei Raten, gestrichen wurde. Allein dies bedeutet bei einer Dauer der Umschulung von 18 Monaten einen Verlust von 66,66 DM im Monat.

Ende Juni hat die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber (BDA) das Festhalten an den Plänen zur „Überprüfung“ der Leistungssätze für das UhG „im Vergleich zum Arbeitslosengeld“ verlangt. In der dem Arbeitsamt in Essen übergebenen Resolution der Vollversammlung der Umschüler am BfZ heißt es dagegen: „Ein großer Teil der Gelder der Arbeitslosenversicherung wird zunehmend versicherungsfremd zur Bezuschussung von Unternehmen, Ersetzung von Lohngebern an Unternehmen und anderem verwendet. Wir wenden uns schon deshalb ebenfalls gegen jegliche Pläne zur Anhebung der Arbeitnehmerbeiträge für die Arbeitslosenversicherung. Gegen Beitragszahlungen nur durch die Unternehmen wäre unsererseits allerdings nichts einzuwenden.“

## Niedersachsen

### Statt 150-Jahr-Feier: Bilanz

**Hannover.** In der Woche vom 29.6. bis 3.7.81 veranstaltete die Universitätsleitung ihre 150-Jahr-Feier. Sie wurde zum Eklat. Der Festakt fand ohne Studenten statt und die zentrale Vortragsveranstaltung mußte abgebrochen werden. Bereits mehr als ein halbes Jahr vor der Feier hatte der Präsident dem Personalrat unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß eine akademische Feier geplant sei und der Personalrat damit nichts zu tun habe.

Nach längeren Auseinandersetzungen konnte eine Podiumsdiskussion „Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen“ gemeinsam mit dem DGB-Landesbezirk Niedersachsen durchgesetzt werden. Im Anschluß daran fand ein Treffen von Personalräten niedersächsischer Hochschulen statt, auf dem die Notwendigkeit, regelmäßig zusammenzuarbeiten, festgestellt wurde, um ein Gegengewicht zu den Zusammenschlüssen der Professoren wie Rektorenkonferenz etc. zu schaffen.

60 Hochschullehrer und der AStA hatten aufgerufen, den zentralen Feiern (Festakt, zentrale Vortragsveranstaltung, Festball) fernzubleiben und dagegen zu demonstrieren.

Auf einer Kundgebung mit 400 Teilnehmern am Montag, dem 29.6., vor dem Opernhaus in Hannover stand die Forderung nach Rehabilitierung Prof. Brückners im Vordergrund, der auch selbst sprach und die Ausrichtung der Hochschule auf die Kapitalisteninteressen kritisierte. Prof. Brückner und 47 weitere Hochschullehrer veröffentlichten am 30.6.77 die Dokumentation „Buback – Ein Nachruf“ des „Mescalero“ aus der Studentenzeitung der Uni Göttingen. In diesem Nachruf hatten Studenten versucht, Erklärungen für den Tod des ehemaligen Generalbundesanwalts Buback zu geben.

Am 11.10.77 erklärte Ministerpräsident Albrecht (CDU), ein solcher Mann (Brückner) könne nicht Staatsbeamter sein. Am 21.10.77 folgte die Einleitungsverfügung zum Suspendierungsverfahren, dann die Suspendierung und zwei Monate später das Hausverbot. Die Aufhebung des Hausverbots konnte im Mai 1981 durchgesetzt werden. Das hat der Senat der Universität am 20.5.81 begrüßt und von der Landesregierung einstimmig gefordert, die vorläufige Dienstenthebung aufzuheben.

Anlässlich der 150-Jahr-Feier wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß schon einmal einem kritischen Wissenschaftler, Theodor Lessing, 1926 die Lehrtätigkeit entzogen wurde. Lessing lehrte in den 20er Jahren Philosophie und wurde bekannt, als er die Taten des legendären Massenmörders Haarmann vor dem Hintergrund des „hannoverschen Nachkriegsmilieus“ sozial interpretierte und ihn als sympathischen Polizeispitzel schilderte. Ihm wurde daraufhin ein Verweis erteilt, da dies nicht mit der akademischen Würde vereinbar sei. Später kritisierte er den Ehrendoktor Paul von Hindenburg.

## Heidelberg

# Germanistenprozeß: Entscheidung über Revision steht bevor

Heidelberg. Im Wintersemester 1976/77 sollten nach dem Willen der Professoren der Mittelhochdeutschen Abteilung des Germanistischen Seminars der Universität Heidelberg neue Klausuren eingeführt werden. Die Studenten beschlossen dagegen, die Klausuren und Seminare zu bestreiken. Der Streik zog sich wochenlang hin und wurde schließlich mit dem Einsatz von Polizei und Ordnungsrecht niedergeschlagen, ohne daß die Studenten ihr Aktionsziel erreicht hätten. Ca. 30 Studentenvertreter wurden angeklagt. Neben hohen Geldstrafen sind bereits zwei Gefängnisstrafen rechtskräftig geworden, die von einem Angeklagten am 1.6.81 angetreten werden mußten. Die drei Fachschaftsvertreter Sautmann, Koepsell und Schmitt wurden gleich vor dem Landgericht angeklagt. Nach über einem Jahr Prozeßdauer beantragte der Staatsanwalt gegen jeden Angeklagten um 3½ Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilte Hans Sautmann zu 1 Jahr 8

Weiter konnte bilanziert werden, daß die CDU-Landesregierung weitere Vorstöße zur Änderung der Personalstruktur an den Hochschulen unternehmen hat: Mit der vor zwei Monaten verabschiedeten zweiten Novelle zum Niedersächsischen Hochschulgesetz wurden die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Mitbestimmung der Personalräte entzogen; vor 14 Tagen ordnete der neue Wissenschaftsminister Cassens (CDU) an: Die Gehälter aller wissenschaftlichen Mitarbeiter – Vergütungsgruppe IIa BAT – werden bei Abschluß neuer Verträge um ⅓ gekürzt (circa 500 Stellen in den nächsten vier Jahren – da Zeitverträge).

Mon. und 4450 DM, Silvia Schmitt zu 1 Jahr 5 Mon. und 6200 DM und Cornelia Koepsell zu 1 Jahr 11 Mon. und 4400 DM (jeweils ohne Bewährung). Gegen das Urteil war nur noch Revision möglich, die von den Verteidigern eingelegt wurde. Die Verteidigung rügte zahlreiche Verletzungen der Strafprozeßordnung, vor allem die Beschneidung des Fragerechts, des Rechts auf öffentliche Verhandlung und die Tatsache, daß die Hauptbelastungszeugin Prof. Wisniewski, CDU-Bundestagsabgeordnete, unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Bonn vernommen wurde. Außerdem übte die Verteidigung umfangreiche juristische Kritik an der Anwendung der Paragraphen „Hausfriedensbruch“ und „Nötigung“ auf die festgestellten Tatbestände.

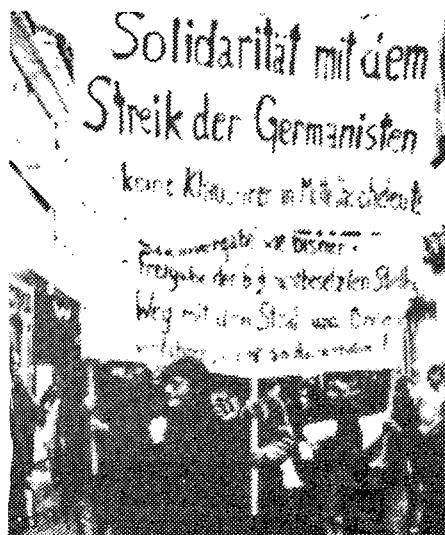
Die Bundesanwaltschaft hat vor kurzem die Verwerfung der Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) beantragt. Dabei versucht sie sich bereits auf die

Entscheidung desselben Gerichts gegen die Revision von Rechtsanwalt Dr. Härdle zu stützen (vgl. Pol. Ber. 12, S. 21). So soll es z.B. rechtens sein, daß das Gericht von der Verteidigung verlangt, weitere Fragen an einen Zeugen schriftlich vorzulegen, bevor die Befragung fortgesetzt werden darf. Diese Praxis wurde im Prozeß gegen Dr. Härdle eingeführt und vom BGH abgesegnet. Die Bundesanwaltschaft schreibt: „Es war deshalb zur Unterbindung eines nochmaligen Mißbrauchs des Fragerechts statthaft, die Zulassung weiterer Fragen von ihrer vorherigen Mitteilung abhängig zu machen“. Befangenheitsanträge, weil das Gericht Anträge der Verteidiger einfach nicht entgegennahm, wurden als Prozeßverschleppung abgewiesen. Die Bundesanwaltschaft: „... nicht rechtsfehlerhaft, da die Verteidigung bewußt die Zurückweisung und Nichtentgegennahme von Anträgen provozierte (!), um dann Ablehnungsgesuche vorbringen zu können“. Zur Ausweiskontrolle gegen Zuhörer: „Auch die Abfrage durch Fahndungscomputer des BKA ist zulässig ... Es waren, breite Protestaktionen“ angekündigt ... Störungen und Anschläge sind vom politischen Umfeld dieser Strafverfahren zu erwarten“. Die kommissarische Vernehmung von Prof. Wisniewski sei zulässig, weil es Abgeordneten zustehe zu entscheiden, wo sie vernommen werden wollen. Die Zurückweisung von Fragen zu den Studienbedingungen sei zulässig, weil das Gericht ja im Urteil zugestanden habe, daß „einiges im Argen liege“. Es sei nicht zu sehen, wie weiter Beweiserhebung zu einem „noch günstigerem Urteil“ für die Angeklagten hätte führen können.

In Kürze ist mit einer Entscheidung des BGH zu rechnen. Er muß sich dabei auch erstmals mit einer Kritik der Anwendung des Nötigungsparagraphen auf Streiks von Studenten auseinandersetzen.

## Härdle-Prozeß Jura-Professoren betreiben Kündigungen

Heidelberg. Noch am selben Tag, an dem eine Anzeige gegen die Verurteilung von Rechtsanwalt Härdle, unterschrieben von Funktionsträgern der Gewerkschaften (s. Politische Berichte 12 und 14/81), in den Heidelberger Tageszeitungen erschien, kündigte Richter Mattes seine Bestellungen bei der Buchhandlung Ziehank. Richter Mattes verurteilte Härdle in 1. Instanz zu 6 Monaten auf Bewährung und 4000 DM Geldstrafe. Nach Mattes kündigte die Staatsanwaltschaft ihre Bestellungen



gen und in aufeinanderfolgenden, fast gleichlautenden Briefen drohten fünf Jura-Professoren dem Besitzer der Buchhandlung Torka: „Ich möchte ungern von Buchhändlerinnen bedient werden, die es für richtig halten, gegen die deutschen Gerichte unqualifizierte Angriffe zu erheben und sich zu der Forderung versteigen, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts müssen aufgehoben werden“ (Prof. Mußnug) „Juristische Buchhändler, die sich einem Aufruf derart anschließen, ... sind m.E. für diese Berufsausübung völlig ungeeignet und sollten einen anderen Beruf ergreifen ...“ (Prof. Doebling) Die Leiterin des Buch- und Zeitschrifteneinkaufs des Juristischen Seminars teilte Torka mit, daß die Ordinarien für das Juristische Seminar einen Wechsel der Lieferanten verlangten.

Nach den unverhüllten Drohungen der Professoren kündigte Torka den sechs Unterzeichnern aus seinem Betrieb, die Mitglieder des Betriebsrates und Betriebsgruppenvorstandes sind. DGB und HBV erklärten vor Beginn des Arbeitsgerichtsprozesses in einer Pressekonferenz: „Wir fragen uns, wie derartige Juristen, im Namen des Volkes' Recht sprechen oder Studenten ausbilden wollen, die bei unliebsamen Meinungsäußerungen sofort mit wirtschaftlichem Boykott reagieren und damit Betriebe indirekt zum Vorgehen gegen Arbeitnehmer veranlassen“. Durch den Angriff auf das Recht auf freie Meinungsäußerungen fühlten sie sich an den Nazi-Spruch „Kauft nicht bei Juden!“ erinnert. Bei Bekanntwerden der Kündigungen gaben die Fachschaft Jura, die Fachschaftsvertreter-Vollversammlung und Anwaltsbüros in Briefen Torka zu verstehen, daß sie für einen Boykott der Buchhandlung im Fall der Aufrechterhaltung der Kündigungen eintreten.

Die Zustimmung zur Kündigung, die Torka sich durch das Arbeitsgericht einholen mußte, wurde nicht gegeben. Staatsanwaltschaft und Richter Mattes haben auf Befragung angegeben, sie haben aufgrund der wirtschaftlichen Lage ihre Abonnements abbestellen müssen. Das Juristische Seminar machte seine Drohung rückgängig. Die wirtschaftlichen Einbußen durch die Abbestellungen der Professoren seien nicht erheblich, im übrigen seien juristische Personen „aufgrund ihres Amtes weder berechtigt noch verpflichtet, politische Äußerungen Dritter zu kommentieren oder zu mißbilligen“. Die Zeitungsanzeige sei „rechtlich nicht bedenklich, ähnliches könne den Angestellten logisch auch nicht verboten werden.“

Es ist nicht wahrscheinlich, daß Torka in einer Berufungsinstanz die Kündigungen durchsetzen will.

## Schlepperdemonstration

# Bauern wenden sich gegen die Ausplünderungspolitik des Staates

Kiel. Am Freitag, den 26. Juni, haben 20000 Bauern mit 15000 Treckern in Schleswig-Holstein eine landesweite Protestfahrt in den Kreisen mit Kundgebungen an 62 Orten durchgeführt. Es gibt noch 33000 landwirtschaftliche Betriebe über 1 Hektar in Schleswig-Holstein.

Seitens des schleswig-holsteinischen Bauernverbandsvorstandes war eine einzige Forderung erhoben: Erhöhung der Mehrwertsteuer-Vorsteuerpauschale um 1%.

Diese Einengung konnte Ertl ausnutzen, indem er den „Vorschlag“ macht, die Bauern könnten wie andere

Unternehmer ja auch die Mehrwertsteuer optieren, d.h. buchführungsmäßig Einnahmen und Ausgaben erfassen und verrechnen lassen – vom Finanzamt –, und nicht, wie von 97% der landwirtschaftlichen Betriebe praktiziert, dies durch eine Pauschale von 6% Mehrwertsteuer, die der Bauer auf Verkäufe in Rechnung stellt, zu erreichen. Das hieße Buchführungspflicht als Voraussetzung. Zur Zeit sind in Schleswig-Holstein 15000 landwirtschaftliche Betriebe buchführungspflichtig. Die Buchhaltergebühren machen für einen 30-ha-Betrieb mit 40 Kühen ca. 2500 DM aus, das ent-

## CDU als Vorkämpfer für die Bauern

Die SPD/FDP-Koalition ist in den letzten Monaten gegenüber den Bauern voll auf Konfrontationskurs gegangen: Kürzung des Agraretats um 7,8%, wodurch insbesondere betroffen sind die einzelbetriebliche Förderung, die Absatzförderung und die Rückerstattung der Steuer für Dieselkraftstoff. Außerdem Kürzung der EG-Marktordnungsausgaben um 8,6% und die Vorsteuerpauschale zum 1.7. wieder nicht erhöht.

Die Rolle des Kämpfers gegen solche Maßnahmen versucht in der Regel die Opposition an sich zu reißen. Und wer wäre hier dank intensivster Verfilzung mit der Bauernverbandsspitze besser geeignet als die CDU. Als Staatssekretär Gallus (SPD) rausließ, daß es der Landwirtschaft ohne die 100000 existenzgefährdeten Betriebe doch eigentlich viel besser gehen müßte, nutzte die CDU die Gelegenheit, um die Regierung des „Bauernlegens“ zu beschuldigen. Es ist dies der klägliche Versuch, das Bauernlegen an eine bestimmte Partei zu binden; aber zu vielen ist noch in Erinnerung, daß während 20 Jahren CDU-Herrschaft über eine halbe Million Bauern ihre Höfe verlassen mußten.

Und auch sonst eckt die CDU bei ihren Profilierungsversuchen des öfteren mit ihrer eigenen Vergangenheit an: Beginnen die Kämpfe der Bauern sich jetzt zunehmend gegen die EG zu richten, so war es in den 60er Jahren doch gerade die CDU, die den Agrarmarkt der EWG mit entwickel-

te und durchsetzte, was für die Bauern in der BRD eine drastische Senkung der Getreidepreise zur Folge hatte.

Was hat die CDU den Bauern außer dem Geschrei gegen die Regierungskoalition sonst noch zu bieten? Sie setzt sich für die Erhöhung der Vorsteuerpauschale ein. Das ist begrüßenswert. Aber gleichzeitig läßt sie keine Gelegenheit aus, um zu betonen, daß ihr zur Durchsetzung nur der parlamentarische Weg offen bleibt. Also viel Geschrei um nichts; denn durchsetzen kann die CDU das im Parlament sowieso nicht. Und die Bauern haben selbst längst erkannt, daß sie ihre Forderungen nur im offenen Kampf durchsetzen können. Dann sind da noch die Maßnahmen der CDU-Landesregierungen, wie z.B. in Schleswig-Holstein die Liquiditätshilfe Anfang des Jahres. Besonders betroffenen Betrieben sollten zinsverbilligte Überbrückungsdarlehen für Mehrverschuldung gewährt werden. Aber auf der Bank erfuhr der Bauer dann, daß er erstmal die Entwicklungsfähigkeit seines Betriebs nachweisen müßte. Wo der Pleitegeier schon kreist, wollte man ihn auch ruhig zustoßen lassen. Ansonsten kann man noch nachlesen, daß sich die CDU gegen Kürzungen im Investitionsbereich ausspricht. Dabei sind es gerade die hohen Zinsen und Tilgungen für die hohen Investitionen, an denen viele Bauern jetzt kaputt gehen. Und sie spricht sich für die „Verbesserung“ der Agrarstruktur aus. Das bedeutet nichts weiter, als die Vernichtung kleiner Höfe zugunsten der großen. Also auch für Bauernlegen.

spricht der Summe, die dieser Bauer an Mehrwertsteuer zuviel zahlt. Zynisch.

Vom DBV-Vorstand (Schleswig-Holstein) wurde sein Festlegen auf nur diese Forderung von Funktionären mit dem juristisch begründeten Verlangen der Polizei nach Nennung des Zwecks der Demonstration begründet. Das ist ein Eingehen auf die verschärften Demonstrationsrechtsbestimmungen, die Karl Eigen, CDU-MdB und Vizepräsident des schleswig-holsteinischen Landesverbandes des DBV, in Bonn selbst

den, diese Demonstration zu beschließen. Die Bauern haben, gestützt auch auf das Gewicht ihrer 15000 Trecker, sich auf der Ebene der Ortsverbände um Darstellung fortschrittlicher Interessen bemüht, z.B. in Hohenlockstedt bei Itzehoe (siehe Bild). Oder in der Wilstermarsch: Hier haben Bauern mit quergestellten Schleppern für eine Stunde in Wilster und Borsfleth auch den Bauverkehr zum KKW-Bau Brokdorf behindert, eine Teilnahme und Unterstützung des Widerstandes gegen

vor drei Jahren lehnte der Gemeinderat Buchen, auf dessen Gemarkung z.T. die Ausdehnung des Übungsplatzes sich erstrecken soll, diese einstimmig ab, weil dadurch der Wirtschaftsfaktor Wald, die Wasserversorgung Buchens und die Landwirtschaft erheblich beeinträchtigt würden. Mehrere Bauern müßten angesichts der Pläne der Bundeswehr im öffentlichen Interesse verschwinden, nahm Zeitler, Leiter des Landwirtschaftsamtes, dagegen Stellung. Stadtrat Raab (CDU) drohte damals mit der Gründung einer Bürgerinitiative.

Als die Kaserne in Walldürn gebaut wurde (1956), traf dieser Plan auf heftige Ablehnung v.a. der Bauern. Der damalige Stadtrat Gornbach betonte, „daß die Mehrheit der Bauern nicht gewillt sei, Gelände abzugeben“. 50 Bauern verfaßten ein Protestschreiben gegen den Bau der Kaserne. Auch in den 70er Jahren weigerten sich ca. 25 Landwirte, ihr Land für eine Erweiterung des Übungsplatzes herzugeben. Schließlich wurden sie per Gerichtsbeschuß enteignet.

Eine Schwierigkeit im Kampf der Bauern für ihr Land ist die Tatsache, daß die Bauern oft nicht selbst Eigentümer des von ihnen bebauten Landes sind, sondern nur Pächter. Dies hatte vermutlich auch der Kreisbauernverbandsvorsitzende Hornung im Auge, als er vor kurzem vor der Taktik warnte, zunächst einmal bestimmte Landstücke von zum Verkauf bereiten Grundbesitzern zu erwerben und dadurch den Widerstand der Bauern zu brechen.

Die Erweiterung und Vermehrung der Bundeswehrübungsplätze ist Ergebnis der Heeresstrukturreform 4. Sie bringt mehr und kleinere Truppenverbände, deren Beweglichkeit erhöht werden soll. Dafür werden mehr und größere Übungsplätze gebraucht. Ihre Zahl soll bundesweit um 1900 auf 5900 vergrößert werden. Für die zwei Truppenübungsplätze und 23 Standortübungsplätze in Baden-Württemberg werden 10000 Hektar Land beansprucht, wovon erst 5000 Hektar vorhanden sind. Auf 300 Hektar sollen allgemein die Standortübungsplätze erweitert werden. Die Garnison Kührsheim (Main-Tauber) verfügt mit 600 Hektar über den größten Standortübungsplatz. Er wird jährlich von 100000 Soldaten der Bundeswehr und der Besatzertruppen und von über 3000 Kettenfahrzeugen benutzt. Für die Bourgeoisie ist dies Teil ihrer Kriegsvorbereitungen. „Die Notwendigkeit dieser Flächenforderung begründet die Bundeswehr wie folgt: „Die derzeitige Platzgröße läßt aber nur das Üben der Gefechtsart Verteidigung zu, nicht jedoch Angriff und Verzögerung“ (A. Schuster: Die Garnisongemeinde Dornstadt, 1977, Diplomarbeit).



eifrig gefordert und unterstützt hat, so in den „Heute“-Nachrichten am 10. März anläßlich einer Hausbesetzerdebatte im Bundestag für jeden zu sehen und festgehalten.

Außer der Festlegung dieser alten Forderung war vom Vorstand dann auch nichts zu sehen. Gegen wen richtete sich die Demonstration denn? Auch gegen die lohnarbeitenden Urlauber, die ja ebenfalls in den Staus steckten? Da wäre ein Flugblatt wichtig gewesen. Warum gab es keins? Wer soll gewonnen, wer bekämpft werden? Ist die Bundesregierung nicht gerade mit einer fortschrittlichen Argumentation anzugreifen? Möglicherweise ist diese Auseinandersetzung unter den Bauern zu wenig in Gang, ganz sicher ist jedoch, daß die Partei CDU daran kein Interesse hat und sie unterdrückt, um weiter mit *reaktionären* Argumenten die Bundesregierung, die Gewerkschaften und die Kämpfe der Massen angreifen zu können – solange es irgend geht – unter Berufung auch auf die Interessen der Bauern. Kann die CDU sich im Bauernverband damit weiter durchsetzen, ist Verständigung um gemeinsame Interessen und Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Bauern und ihrer Verbände blockiert.

Karl Eigen und Verbandspräsident Klinker (zugleich CDU-Europaparlamentarier) konnten gezwungen wer-

den, die CDU-Landesregierung, die mit der Staatsgewalt das KKW durchsetzen will.

Zur Entfaltung ihrer Kampfkraft beraten die Bauern weiter, wenn sich das auch noch nicht in der Verbandspresse niederschlägt: u.a. Verweigerung der Zahlung der Grundsteuer, Kaufboykott für chemischen Dünger und Kuschrot, also Senkung der Mengenerzeugung auf ca. die Hälfte. Zugleich Blockade von Ausgleichsimporten.

### **Bundeswehr Bauernverband gegen Truppenübungsplatz**

**Walldürn.** Von 180 auf 300 Hektar soll der Übungsplatz Walldürn erweitert werden. 51 Hektar Wald und 70 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche sind dazu vorgesehen, Böden bester Qualität. 64 Aussiedlerhöfe sind um den Übungsplatz angesiedelt. Der Bauernverband Württemberg-Baden lehnt den Landschaftsverbrauch durch die Bundeswehr ab, zumal die Bauern um Walldürn schon viel Land für den Übungsplatz geopfert hätten. Dobler, Präsident des Bauernverbandes: „So wie die Dinge liegen, werden wir mit letzter Konsequenz fahren“. Schon



## Frankfurt

### CDU sucht Punkte für Ausschluß der Grünen

Die den Neulingen großmütig zugestanden 100 Tage „Schonfrist“ haben diese genutzt und einige Unruhe in die Ruhe vor dem Sturm im Frankfurter Kommunalparlament gebracht. Unerheblichkeiten, wie daß der SPD-Fraktionschef auf ihren Druck hin nun aus dem Fenster hinausraucht und ihre Dienstfahrzeuge Fahrräder sind, werden von der kommunalen Presse hochgespielt, um sie den Lesern als kuriose Possenreißer darzustellen. Zu problematisch wäre es, ihre inhaltlichen Positionen zu verhandeln. So erschien keiner der geladenen Herren zu ihrem Informationsabend über die zunehmende Verseuchung des Trinkwassers. Adressat war die Hoechst AG, die sechsmal soviel Grundwasser verbraucht wie die Stadt Frankfurt, so daß die Trinkwasserversorgung nur mit überchloroformiertem Mainwasser sichergestellt werden kann. Aufgeregt ließen die Stadtherren dementieren.

Die Grünen im Parlament hatten Wind gesät und sollten in der Kernaussinandersetzung des Rhein-Main-Gebiets um die Erweiterung des Frankfurter Flughafens durch die Startbahn West den Sturm der Reaktion ernten. Gestützt auf knapp 19000 Wählerstimmen und breite Zustimmung in der SPD-Basis forderten die umweltschützenden Parlamentarier eine Verlegung der Debatte in die Paulskirche, um größeren Teilen der Bevölkerung die Verfolgung der Auseinandersetzung zu ermöglichen. Der CDU erschien eine wohlwollende Geste zur Einleitung ihres Angriffes als angemessen. Sie ließ ohne Verpflichtung dazu und bei eigener absoluter Mehrheit über den Antrag abstimmen. Die Sitzung fand im angestammten Römer statt, was die CDU nicht in die Verlegenheit brachte, die schon an die katholische Altenhilfe und die Vertriebenenverbände verteilten Karten neu auszugeben. Mutig forderten die Umweltschützer den Kopf von Stadtverordnetenvorsteher Hellwig (CDU). Derselbe hatte schon vor der Römerdebatte gemeinsam mit CDU-Chef Moog den Angriff der Reaktion angeführt, indem er den Grünen die Aufforderung, „massenhaft zu demonstrativen Aktionen vor dem Römer“ zu erscheinen, als Parlamentsnötigung auslegte und ihre Aktion verbot. Die Neuparlamentarier bemühten das Verwaltungsgericht. Man war moderat und verbot nicht ganz, sondern nur in unmittelbarer Umgebung des Rathauses. Gleichzeitig wurde ein riesiges Polizeiaufgebot zur „Sicherung des

Parlaments“ postiert. Offenbar hielt man diesen Schutz für notwendig, um der parlamentarischen Einheit zwischen CDU und SPD für die Startbahn West auf die wackligen Beine zu helfen.

Immer häufiger verlangt die Reaktion von den grünen Gewaltlosen eindeutige Stellungnahmen zu den schon wochenlang anhaltenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Jugendlichen. Die Frage der Gewalt scheint der Hebel zu sein, über den die Parlamentsarbeit der unbequemen Neuen diskriminiert werden soll, um sie zur rechten Zeit ganz auszuschalten. Sicherlich hätte es fatale Folgen, ließen sich die sechs ins Boxhorn, sprich eine eindeutige Erklärung gegen die gerechte Gewalt der Massen, jagen.

## Frauenarbeit

### CDU fordert Aufhebung des Nachtarbeitsverbots

Hamburg. Gestützt auf einen Bericht des Senats von 1978 und ergänzt durch aktuelles Material haben SPD und CDU kürzlich in der Bürgerschaft über die „Situation der Frauen in Hamburg“ debattiert. Der Anteil der Frauenarbeit in Hamburg ist hoch. Im Juni 1980 waren von insgesamt 767367 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über 40% (310451) Frauen, davon 76069 von insgesamt 81164 in Teilzeitarbeit. Ihr Verdienst liegt um rund 1000 DM unter dem des Mannes des entsprechenden Wirtschaftsbereiches. 1980 betrug der durchschnittliche Brutomonatslohn des weiblichen Industriearbeiters 1911 DM (männl.: 2972 DM), der der weiblichen Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten



und Versicherungsgewerbe 2484 DM (männl.: 3529 DM). Die Zahlen bestätigen, daß Frauen vorzugsweise in Tätigkeiten mit niedrigen und niedrigsten Löhnen beschäftigt sind.

In der Debatte waren sich SPD und CDU darin einig, daß für die „Benachteiligung der Frau in der Arbeitswelt“ – sprich niedrige Löhne und ungleiche Aufstiegschancen – u.a. vor allem die besonderen, „berufsbehindernden“ Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen verantwortlich seien. Bitter für die Kapitalisten sind hier vor allem die in der Arbeitszeitordnung festgelegten Vorschriften über „Nachruhe und Frühschluß vor Sonn- und Feiertagen“ (§ 19). Danach dürfen Arbeiterinnen „nicht in der Nachtzeit von 20 bis 6 Uhr und an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen nicht nach 17 Uhr beschäftigt werden“ (Abs. 1). Die in Absatz 2 festgelegten Ausnahmebestimmungen („In mehrschichtigen Betrieben dürfen Arbeiterinnen bis 23 Uhr beschäftigt werden“) haben den Kapitalisten allerdings von vornherein eine weitgehende Durchbrechung dieses Arbeitsschutzes ermöglicht. Der Otto Versand Hamburg z.B. „lebt“ von sogenannten „Hausfrauenschichten“, in denen Frauen von 16.45 bis 22.45 Uhr in Teilzeit arbeiten; ebenso bei Colgate Palmolive (16 bis 22 Uhr). Bei Beiersdorf arbeiten Frauen in Wechselschicht bis mindestens 22 Uhr, bei Ethikon (Hersteller medizinischer Geräte) sowohl in Wechsel- als auch „Hausfrauenschichten“ – ebenfalls bis 22 Uhr.

Der CDU ist das noch nicht genug. Sie will das Nachtarbeitsverbot für Frauen insgesamt beseitigen, traut sich aber nicht – den Krach mit den Gewerkschaften fürchtend und die Bürgerschaftswahlen 1982 im Auge – dies offen zu fordern. Die Taktik ist, die in dieser Frage uneinige SPD in diese Richtung zu drücken. Gegenüber zaghaften Äußerungen von SPD-Abgeordneten, „daß durchaus zu überlegen ist, diese Schutzvorschriften eventuell nicht abzuschaffen, sondern sie sogar auf Männer auszudehnen“, aber „wegen der Auswirkungen auf den Wirtschaftsprozeß ... ein generelles Nachtarbeitsverbot zur Zeit nicht realisierbar (erscheint)“ die CDU: „Beim Nachtarbeitsverbot für Frauen verhält sich der Senat ... nicht ganz konsequent. Er begründet diese Aufrechterhaltung im wesentlichen damit, daß er sagt, Nachtdienst wäre ohnehin schädlich für die Gesundheit. Es wäre viel besser, ihn ganz abzubauen, das heißt, auch für Männer zu verbieten ... Wenn wir sie aber nicht beseitigen können, stellt sich doch die Frage, ob wir dann generell diese Nachtarbeit auch bei Frauen weiterhin verbieten sollen ...“

# Das Land Niedersachsen hält Spitzenstellung bei Wirtschaftsförderung und Konkursen

113,7 Mio. DM erhält Niedersachsen 1981 aus dem mit 470,4 Mio. DM um 20% gekürzten Topf der „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur“ (GWR). 1980 waren es 95,8 Mio. DM von 588 Mio. DM. Von 1972 bis 1978 entfielen auf die Bundesländer (1):

Land	gewerbl. Inv.	InfStr. I.
Sch.H.	15,7%	12,2%
Nds.	39,8%	28,4%
Bremen	0,3%	28,4%
NRW	8,6%	1,1%
Hessen	5,7%	6,9%
Rh.Pf.	4,9%	5,9%
Saarl.	5,8%	12,4%
B.Wü.	4,2%	8,1%
Bayern	15,0%	24,8%(1)

Zusätzlich zur Bund-Länderfinanzierung hat die Albrecht-Regierung am 8.11.77 als Landesprogramm den Wirtschaftsförderungsfonds mit jährlich mindestens 100 Mio. DM sowie ein Landesförderungsprogramm (1979: 53 Mio. DM) beschlossen und Landesbürgschaften (1979: 200 Mio. DM) übernommen. Ende Juni dieses Jahres hat die Landesregierung bekanntgegeben, den Neubau von Hanomag in Hannover mit 75 Mio. DM zu bezuschussen, wobei das Bankhaus des Vaters der Wirtschaftsministerin Breuel, Münchmeyer, an der IBH Gruppe beteiligt ist, die Hanomag besitzt. Die Olympia Werke in Wilhelmshaven (AEG-Konzern) bekommen 23 Mio. DM.

Seiner Sorge um die Arbeitsplätze“ (Regierungserklärung) will Albrecht durch „Produktivitätssteigerung“, „Wachstum“ und „Wettbewerb“ Abhilfe schaffen. Gezinkte Erfolgsbilanzen werden veröffentlicht. Von insgesamt 713 000 Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft sollen zwischen 1972 und 1978 429 311 an geförderten Arbeitsplätzen stehen, darunter 136 107 an neu geschaffenen (2). Wenn z.B. die Olympia Werke jetzt in Niedersachsen 800 und in Kaufbeuren 500 Beschäftigte entlassen, so tauchen die verbleibenden 5570 als „geförderte“ Arbeitsplätze auf. 62 von 1106 untersuchten Förderbetrieben mit 3000 Arbeitsplätzen existieren heute nicht mehr. Rollei und die Norddeutsche Ferro Werke Emden, die mit 1000 Arbeitsplätzen veranschlagt waren, die im April 1981 jedoch nur noch 191 Be-

schäftigte hatten, sind dabei noch gar nicht mitgezählt.

Im Investitionszulagengesetz ist die Förderung an eine „Exportorientierungsklausel“ gebunden worden. Es sollen bessere Bedingungen für die Schlacht auf dem Weltmarkt geschaffen werden. Angesichts der „deutlichen Standortvorteile, die dieses Land vielen Wirtschaftsbereichen gibt“, sieht die Nord LB „keinen Anlaß für Pessimismus (Welt, 29.10.1979). Mit den Fördermitteln soll dafür Kapital konzentriert und durch verschärfte Konkurrenz das Kapital „kranker“ Betriebe vernichtet werden. Die Kritik Albrechts an der Förderpraxis richtet sich dagegen, daß z.T. geförderte Betriebe im Konkurrenzkampf auf der Strecke geblieben sind.

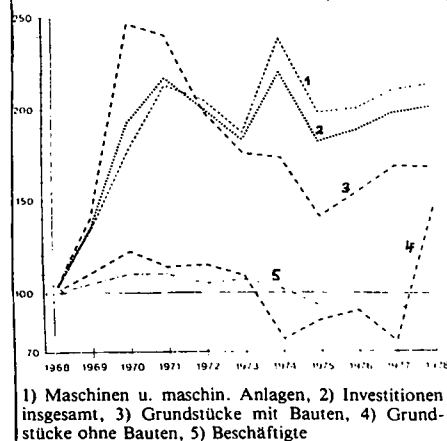
Bei den Pleiten hat Niedersachsen ebenfalls einen Spitzenplatz eingenommen. Von 1979 bis 1980 stiegen sie von 667 auf 834 (plus 25%) an, während der Bundesdurchschnitt bei plus 9,9% lag. Die Landesregierung fördert – trotz Betonung der Mittelstandsförderung – in weit größerem Maße als schon im Bundesdurchschnitt das Monopolkapital und insbesondere sogenannte „Wachstumsbranchen“ wie Chemie und Mineralölverarbeitung. Das Anlagekapital hier liegt mit 143 800 DM bzw. 574 700 DM pro Beschäftigten (1977) weit über dem Durchschnitt von 78 000 DM. In Niedersachsen entfielen von 1972 bis 1978 25% der geförderten Investitionen auf diese Branchen (Bund: 15%), gefolgt von Stahl, Maschinen- und Fahrzeugbau mit 17% (Bund: 19,9%) (1 u. 3). Insgesamt wurden 1979 in Niedersachsen 102 neue Betriebe angesiedelt, geplant sind Investitionen von rd. 3 Mrd. DM und etwa 4000 Arbeitsplätzen.

Dies sind 29,4 Mio. DM pro Projekt und 750 000 DM pro Arbeitsplatz (Durchschnitt 1979: 160 000 DM, 1972: 50 000 DM). Insgesamt sind in Niedersachsen durch Investitionen keine neuen Arbeitsplätze geschaffen worden, vielmehr wurde menschliche Arbeitskraft durch Kapital ersetzt (s. Schaubild). Der hohe Investitionsberg 1974 ist wesentlich durch große Investitionen bei VW verursacht, welche die Massenentlassungen 1975 vorbereitet haben, vornehm „Produktivitätsreserve“ genannt (4).

Mit der Wirtschaftsförderung in den Fördergebieten (s. S. 27) werden dem Kapital neue und vor allem billige Ar-

beitskraftreserven erschlossen. 1977 arbeiteten in Niedersachsen 10,2% der Beschäftigten in der Landwirtschaft (BRD: 7%). In diesem Rückstand beim Bauernlegen sieht das Wirtschaftsministerium ein Anzeichen „für die sektorale Strukturschwäche Niedersachsens“ (5). Das Handelsblatt erklärt die Förderung als eine „Umverteilung von Investitions- und Arbeitsplatzpotentialen“ (30.4.81). Der „Erfolg“ der Förderung wird darin gesehen, daß zwischen 1970 und 1978 der Rückgang der Beschäftigten in den Fördergebieten mit minus 12% wesentlich geringer als im Nichtfördergebiet mit minus 21% war. Die SKF beispielsweise weiß die Vorteile höchster Förderung in Lüchow zu nutzen und baut mit ca. 150 neuen Arbeitsplätzen das Werk Lüchow zum europäischen SKF-

Beschäftigte und Investitionen nach Anlagearten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1968 bis 1978  
(Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, Maßzahl 1968 = 100)



1) Maschinen u. maschin. Anlagen, 2) Investitionen insgesamt, 3) Grundstücke mit Bauten, 4) Grundstücke ohne Bauten, 5) Beschäftigte

Kegelrollenlager-Zentrum aus, während im Werk Bad Cannstatt große Teile der Belegschaft „freigesetzt“ werden. Ganz offen lobt die IHK Lüneburg-Wolfsburg das „erheblich niedrigere Lohnniveau“ und die „gute Arbeitsmoral“ in den Fördergebieten. Sie schreibt: „Hier haben ihre Investitionen eine gewinnbringende Zukunft“ (6). „Sicherung der Arbeitsplätze“ ist der Vorwand, um die Arbeiterbewegung für dieses profitträchtige und chauvinistische Programm einzuspannen.

- (1) Jahreswirtschaftsbericht Nds. 1979
- (2) Neues Archiv für Nds., Bd. 30, S. 17–32
- (3) Handb. der Wirtschaftsförderung, XI B S. 6
- (4) Statistische Monatshefte Nds. 1/81
- (5) Neues Archiv für Nds., Bd. 28, S. 19/20
- (6) Broschüre der IHK Lüneburg-Wolfsburg, März 1980

## Die Banken lenken und kassieren

Neben den Infrastrukturmaßnahmen sind Subventionen verschiedenster Art, Kredite, Steuererleichterungen, Staatsbürgschaften die wesentlichen Instrumente der Strukturpolitik. In Nordrhein-Westfalen werden diese Mittel durch die Westdeutsche Landesbank gewährt. Es erscheint tunlich, „diese Aufgabe wie in NRW über Landesbanken abwickeln zu lassen, um so deren Erfahrung im Kreditgeschäft und deren hierfür geeigneten Apparat einsetzen zu können, statt einen neuen daneben aufbauen zu müssen“ (Handbuch f. Wirtschaftsförderung 4 VI A, Juli 1974, S.4). Bei der Abwicklung über Banken ist ein praktisch vollständiger Überblick über die Finanzlage des Antragstellers gegeben.

In Niedersachsen wird die Wirtschaftsförderung von der niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierung mbH (NFG), der Nordwestdeutschen Bürgschaftsbank und von der Norddeutschen Landesbank (Nord LB) durchgeführt. Die Nord LB wird zu 60% vom Land und zu 40% vom niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband getragen. Von den 21 Aufsichtsratsmitgliedern der Nord LB sind neun Bankiers und vier Vertreter der Konzerne Continental

Hannover, VW Wolfsburg, Karmann Osnabrück und Preussag Hannover. Das Vorstandsmitglied der Nord LB, Arno Grunhold, ist auch im Aufsichtsrat der Elektromessehaus Hannover GmbH und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Jade mbH, Bremen. Er ist Mitglied im Ausschuß für Kredit- und Finanzfragen der Industrie- und Handelskammer Hannover-Hildesheim. Der Geschäftsführer der IHK-Hannover-Hildesheim, Schmerdes, ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der Nordwestdeutschen Bürgschaftsbank GmbH-Kredit- und Beteiligungsgarantiegemeinschaft für den Mittelstand.

Die niedersächsische Regierung hat ein Mittelstandsförderungsgesetz verabschiedet. Unter Mittelstand werden Klein- (1 – 50 Beschäftigte) und Mittelbetriebe (51 – 200) gefaßt. Das Mittelstandsförderungsgesetz betrifft also keineswegs allein und wesentlich kleine Handwerksbetriebe, sondern die Masse der Zulieferbetriebe für die große Industrie. Deshalb wird auch in §1 als Zweck des Gesetzes die „Förderung des Wettbewerbs“ benannt, um eine verstärkte Auslese zu forcieren. Um zu verhindern, daß „kranke“ Betriebe gefördert werden, legt §4 die „angemessene Eigenleistung“ fest. Im §11 wird

die Mittelvergabe an die Auflage einer Betriebsberatung oder an die Vorlage eines neutralen Gutachtens gekoppelt. §13: „Das Land kann privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften, die öffentlich geförderte Beteiligungen bei kleinen und mittleren Unternehmen eingehen, zur Verbesserung der Kapitalausstattung Refinanzierungsmittel gewähren und vermitteln“. So verstecken sich im Mittelstandsförderungsgesetz Gelder für industrielle Aktiengesellschaften oder Banken, die sich zwecks Beherrschung in kleinere Betriebe einkaufen. Inwieweit sich Förderungsprogramme der Landesregierung und Zinswucher der Banken bereits ergänzen, mag am Beispiel der bauerlichen Hofkredite der Nord LB verdeutlicht werden. Die Neuausleiher der Hofkredite bei der Nord LB stieg 1980 um 15,3% auf 152,6 Mio. DM. Nach Worten des Vorstandsmitgliedes der Nord LB Runge fließen für den Gesamtbestand der Hofkredite von 1,24 Mrd. DM von den 27000 Höfen, die diesen Kredit in Anspruch nahmen, jährlich 100 Mio. DM an Zinsen zur Nord LB. 15,8% des Gesamtvermögens der Landwirtschaft ist bereits mit zinsbringendem Fremdkapital finanziert und liegt mit 37 Mrd. DM rund 13 Mrd. DM höher als vor 10 Jahren.

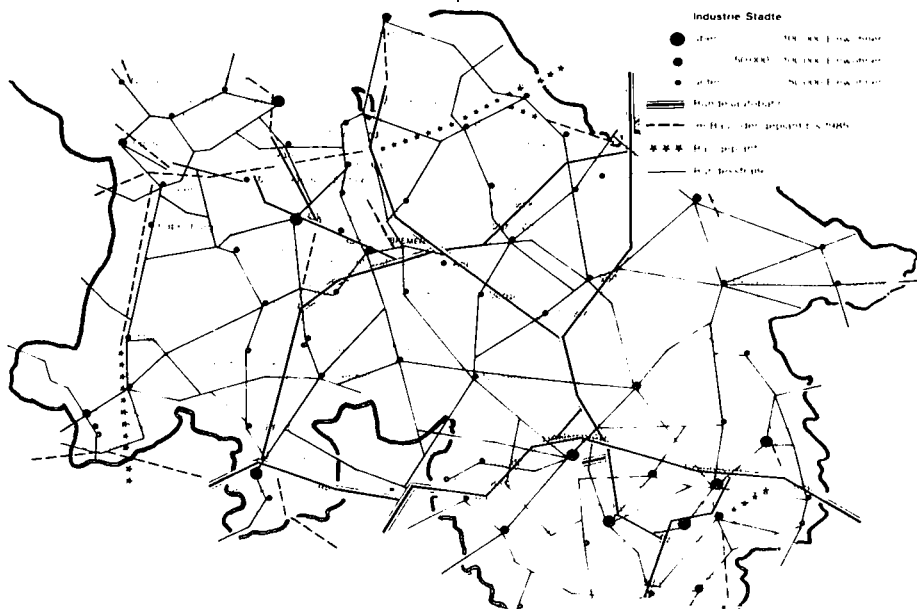
## Straßenbau: Schnellerer Warenumsatz — Ausdünnung der Personenbeförderung

Als erste konkrete Maßnahme „zur Stärkung niedersächsischer Wirtschaftskraft“ nennt Albrecht in seiner Regierungserklärung 1978 die Emsland- und Küstenautobahn. Die „Vorangstandorte für großindustrielle Anlagen“ Cuxhaven, Emden, Loxstedt bei Bremerhaven, Stade und Wilhelmshaven verfügen damit über eine optimale Ost-West-Ruhrgebiet-Straßenverbindung. Die Anteile am Gesamtvolumen der niedersächsischen Mittel für Straßenbau 1975–78 verteilen sich entsprechend (zweite Zahl km-Anteil am Straßennetz, beides in %): BAB-Neubau: 27,2/3,3; Bundesstraße (BAB-Ausbau): 33,4/18,1; Landesstraße: 14,4/31,3; Kreisstraße 9,3/46,4.

„Keine Verschlechterung im Personenverkehr“ verspricht Albrecht. Bereits jetzt haben 19% der Einwohner Niedersachsens keinen oder nur indirekten Anschluß zum eigenen Mittelzentrum, 1 bis 2 Buspaare (Hin- und Rückfahrt) dorthin haben 14,3%, 3 bis 5 Buspaare täglich 28%. Der „gute Bedienungsgrad“ beginnt bei 6 Buspaaren. „Verbesserungen ohne Subventio-

nen“ schlägt Wirtschaftsministerin Breuel vor, und gleich wurde die Bezuschussung des Landes zum Schülertransport gestrichen. „Um den Belangen der zivilen Verteidigung Rechnung zu tragen, sind insbesondere die West-Ost-Verkehrsverbindungen durch Bau

von Umgehungsstraßen ... zu verbessern“ (Raumordnungsprogramm). Bis 1977 wurden 75 km Ortsumgehungen fertiggestellt, 14 weitere sind im Bau bzw. Planungsstadium. Der DGB-Landesbezirksvorsitzende hat die jetzt erfolgte Streckenstreichung der DB als unsozial kritisiert, der Deutsche Naturschutzring hält die BRD für verkehrsmäßig erschlossen und wendet sich gegen weiteren Autobahnbau.



Am 16.4.81 wurde auf Beschluß des Bund-Länder-Planungsausschusses die „Gemeinschaftsaufgabe Reg. Wirtschaftspolitik“ (GRW) gestrafft. Statt wie bisher 62% sind nunmehr nur noch 49,08% der Fläche der BRD Fördergebiet. Der GRW waren vorher „schlechte Noten“ (Handelsblatt 12.2.81) erteilt worden. Bei „arbeitsplatzschaffenden Investitionen“ habe der „quantitative Aspekt“ im Vordergrund gestanden. Die „Ansiedlung wachstumsintensiver Betriebe scheitere aber in zunehmendem Maße“ (a.a.O.). Subventionen „sollen keine ‚kranken‘ Betriebe künstlich am Leben erhalten“, hatte B. Breuel schon im Jahreswirtschaftsbericht 1980 (S. 37) gefordert. Graf Lambsdorff als Vorsitzender des Ausschusses kündigte an, die „stringente Zielsetzung Wachstum, Umstrukturierung und Innovation“ voll durchzusetzen. (Presse-Bulletin, Bonn, 12.6.80) Trotz aller Kritik: Abzurücken wollte keiner von der GRW. Denn „gerade das regionale Lohnkostenniveau war in der Vergangenheit ... ein Anreiz ... zur Investition“ (a.a.O.). Er betonte die „notwendige regionale Differenzierung“ des Lohnes (a.a.O.). „Änderung der Bewilligungspraxis“, „Verschärfung der Auflagen“, „strengere Kontrolle“, „Vorlage eines schlüssigen Unternehmenskonzeptes“ und „angemessene Beteiligung der Eigner und der Banken“ kündigte B. Breuel an. (a.a.O., S. 37)

## Finanzhilfen — Subventionen — 1980 (in Mio. DM)

Wirtschaftspolitische Bereich	1 129,2
davon:	
Produzierendes Gewerbe, Dienstleistungen	254,2
Kleine und mittlere Unternehmen	10,6
Fremdenverkehr	12,1
Wirtschaftsförderfonds	125,0
Zuschüsse f. Kurbetriebe Bad Harzburg, Braunlage	0,6
Aufwendungen z. Vermeidung von Verlusten aus Bürgschafts-, Gewährs- u.ä. Verträgen	7,0
Energiewirtschaft	2,1
Entwicklung und Neuordnung des ldl. Raumes	92,6
Verbesserung der Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft	161,0
Vermarktung u. Verarbeitung ldlw. Produkte	174,8
Landesforsten	16,6
Hochwasser, Bodenkultur, Wegebau	150,3
Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung u. Gewässerreinigung, Abfallbeseitigung	121,2
Verbraucher	1,2

Quelle: Mittelfristige Planung Nds. 1979-1983, Minister der Finanzen

## Förderung nach Investitionsgrößenklassen (Ostfriesland)

Investitionsgrößenklassen	Anzahl der Förderfälle	geförderte Inv.-Summen	bewilligter Inv.-Zuschuß	durchschnittl. Fördersatz
in Mio. DM	in %	in %	in %	in %
bis 0,5	10	0,3	0,2	5,7
0,5 - 1	14	1,1	0,7	7,2
1 - 2	26	3,2	2,6	8,2
2 - 5	20	6,7	4,4	6,6
5 - 10	16	10,6	8,2	7,8
10 - 20	8	11,0	8,8	8,2
20 - 50	4	8,6	6,4	7,5
über 50	2	58,5	68,7	11,9
Gesamtsumme	100	100,0	100,0	10,1

Quelle: eigene Berechnungen nach Angaben des Regierungspräsidiums in Aurich

Betriebe mit ... Beschäftigten	Anteil am geförderten Inv.-Vol.	Anteil an der bewilligten Förderung Inv.-Zus.	Inv.-Zul.	zus.
1 - 49	6,0	5,1	2,5	4,0
50 - 199	14,9	11,7	13,9	12,6
200 und mehr	79,1	83,2	83,6	83,4
davon: Zweigwerke	(97,1)	(98,2)	(97,3)	(97,8)
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
davon: Zweigwerke	(83,4)	(86,7)		(85,4)

Quelle: eigene Berechnungen nach Angaben des Regierungspräsidiums in Aurich

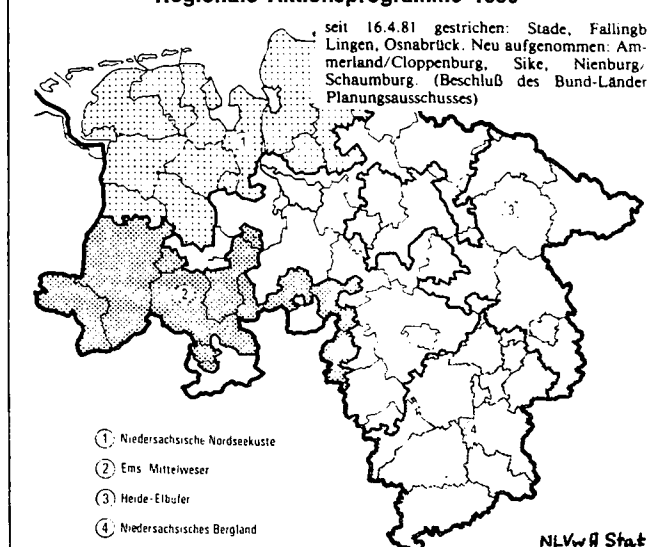
E. Ahlers, A. Baumhöfer, Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 29, S. 229-248, 1980

Mit 10 Landes- und etwa 70 Bundesprogrammen wird die Wirtschaft in Niedersachsen gefördert. Hier die wichtigsten gesetzlichen Regelungen: *Art. 91 a GG* regelt: Bund und Länder führen als „Gemeinschaftsaufgabe“ durch „... 2. Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, 3. Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Auf Grundlage des *Raumordnungsgesetzes* legen Bund und Länder Fördergebiete fest. (siehe Karte) Das „Zonenrandgebiet“ ist insgesamt Fördergebiet. In diesen Gebieten wird Investitionszulage und Investitionszuschuß gewährt.

*Investitionszulagengesetz (Inv-ZulG)* vom 18.8.69 (in Fassung vom 2.1.79): Die InvZul. ist eine Steuererleichterung. Sie beträgt 8,75% der Investitionssumme („Zonenrand“ 10%). Sie wird für „Errichtung, Erweiterung, Umstellung oder grundlegende Rationalisierung“ gewährt. Mindestens 50 neue Dauerarbeitsplätze (oder 15%) „müssen“ geschaffen werden. Bei Umstellung oder Rationalisierung „müssen“ die Arbeitsplätze erhalten werden. Ein Dauerarbeitsplatz muß einen Konjunkturzyklus überstehen. Berechnungszeitpunkt ist der 1. Spatenstich bzw. die Bestellung. Notwen-

dig ist ein „Primäreffekt“, d.h. ein überregionaler Absatz. Die InvZul. als „stille Subvention“ wird 1979 auf 900 Mio. DM (BRD) geschätzt. Sie gilt als Basisförderung für den *Investitionszuschuß gemäß Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“* (GRW, vom 6.10.69): Er ist eine Subvention. Er wird in der Regel nur in den Schwerpunkten der Fördergebiete gewährt. Die Höhe des Zuschusses beträgt seit 20.2.81: 20% in „Zonenrandschwerpunkten“ (A u. E), 15% in übergeordneten Schwerpunkten (B), 10% in C-Schwerpunkten. Voraussetzungen wie oben, allerdings besteht kein Rechtsanspruch. Angemessene Eigenbeteiligung ist notwendig. Die „Betriebe sollen sich im Wettbewerb behaupten können“. Die GRW fördert Infrastruktur. *ERP-Kredite* (Gesetz vom 17.10.67): *Marshallplannachfolge*. Zinsgünstige Kredite. Zinsen an Banken aus Bundeshaushalt. Landesprogramme: *Wirtschaftsförderungs-fonds* vom 8.11.77, *Landesförderprogramme, Landesdarlehensprogramm, Bürgschaften* des Landes. *Mittelstands-förderungs-gesetz*. Die Landesprogramme sind nicht an die Fördergebiete gebunden. Voraussetzungen ähnlich wie oben.

## Regionale Aktionsprogramme 1980



Im Land Niedersachsen gehören folgende Stadt- und Landkreise zum „Zonenrandgebiet“: Lüneburg, Wolfsburg, Lüchow-Dannenberg, Uelzen, Gifhorn, Braunschweig, Salzgitter, Goslar, Helmstedt,

Wolfenbüttel, Gandersheim, Blankenburg, Hildesheim, Peine, Zellerfeld, Osterode, Einbeck, Northeim, Duderstadt, Göttingen und Hann.-Münden.

## Azania: 10000 Bergarbeiter streiken

Der Streik, der am Montag begann, hat eine der größten Goldminen des Anglo-American-Konzerns, die President-Steyn-Mine in Welkom, lahmgelegt. Die Streikenden haben einen Teil der Baracken, in die sie als Wanderarbeiter eingepfercht sind, zerstört und Fahrzeuge des Konzerns angegriffen. Die schwarzen Bergarbeiter fordern die Rücknahme des Plans von Anglo-American, für die Zahlung eines Sterbegelds in Höhe von zwei Jahreslöhnen den Arbeitern monatlich 0,6% vom Lohn abzuziehen. Die Löhne der Bergarbeiter gehören zu den niedrigsten Löhnen für schwarze Arbeiter in dem Apartheid-Staat. Schon 1978 war es in dem Bergwerk zu einem großen Streik gekommen. In dem Zeitraum von Oktober 80 bis März 81 hat Anglo-American allein in diesem Bergwerk einen Gewinn von ca. 325 Mio. DM (vor Steuern) aus der rücksichtslosen Ausbeutung der schwarzen Bergarbeiter gezogen. Der Konzernchef, der britische Siedler Harry Oppenheimer, stellt sich öffentlich gern als liberaler Kritiker der Apartheid-Politik heraus. Der

## Begins Regierungsbildung in Israel

Mit Postenschieberei versucht Begin, die Mehrheit von einer Stimme für seine Regierungskoalition in der Knesseth zu sichern: den sechs Abgeordneten der Nationalreligiösen drei Ministerämter, Sharon soll „Verteidigungsminister werden“, die drei Abgeordneten der Tami-Partei des Exreligionsministers wollen trotz – oder besser wegen – verschiedener noch anhängiger Korruptionsverfahren gleich zwei Ministerposten. Religiöse Dogmen der Ultraorthodoxen sollen zu Staatsgesetzen werden. „Erpressung“ als Methode der



Koalitionsverhandlungen und die Entwicklung zum „rechtsreligiösen“ Staat beklagt selbst die israelische Tageszeitung Haare. Abu Lutf, Leiter der politischen Abteilung der PLO, kommentiert das Wah-

lergebnis als deutliches Anzeichen dafür, daß Israel „zu einem Staat mit bloß demokratischen Versatzstücken wird ... Kleine Parteien, von denen die meisten fanatische, extremistische, religiöse Gruppen sind, befinden sich in der Position, die neue Regierung zu bestimmen.“ Wie auch immer das Resultat ausfalle, und selbst wenn die innere politische Auseinandersetzung eskaliere, sei doch klar, daß die israelische Politik den Weg der Aggression gegen das palästinensische Volk fortsetzen werde. Deutlich hat seit den Wahlen bereits das israelische Bombardement im Südlibanon wieder zugenommen.

britisch-amerikanische Konzern ist eine der größten Bergwerksgesellschaften der Welt und operiert u.a. auch in Sambia, Zimbabwe und Australien.

## AKP-Länder fordern 8,5%

Die der EG assoziierten AKP-Staaten weigerten sich vorletzten Woche, das EG-Angebot von 7,5% höheren Preisen für Zuckerrohr zu akzeptieren, obwohl das alte Abkommen bereits am 30. Juni ausgelaufen

war. Die EG will nur 7,5% mehr zahlen, die AKP-Länder fordern eine Preiserhöhung von mindestens 8,5%, wie auch die Zuckerrübenpreise innerhalb der EG angehoben wurden. Bei 8,5% Erhöhung hätte Tate & Lyle, der einzige Großkonzern in der EG, der Zuckerrohr raffiniert, Schwierigkeiten, profitabel zu verkaufen, erklärte Großbritannien in den Verhandlungen. Tate & Lyle hat von sich aus angeboten, 8,5% über Prämienregelungen zu zahlen, dies aber nur für ein Jahr. – Der

EG-Ministerrat wird die EG-Taktik Ende Juli festlegen (s. Pol. Ber. 11/81, S. 28).

## Reagan verschärft Abtreibungsverbot

Ein Unterausschuß des US-Senats billigte einen von der Reagan-Regierung unterstützten Gesetzentwurf, der als Beginn des Menschenlebens die Empfängnis definiert. Damit ist jede Abtreibung juristisch Mord. Wird der Entwurf Gesetz – was wahrscheinlich ist –, dann wird damit ein Urteil des Obersten Bundesgerichtes von 1973 außer Kraft gesetzt, das die Abtreibung in den ersten drei Monaten unter bestimmten Bedingungen strafrei macht. U.a. die „Recht auf Leben“-Komitees der US-Kirchen hatten die Verschärfung des Abtreibungsverbot verlangt.

## Nyerere gegen IWF-Erpressung

„Diese absurden Pläne treffen die Armen“, lehnte Julius Nyerere, Präsident von Tansania, die Auflagen des Internationalen Währungsfonds für eine Ausdehnung des tansanischen Kreditrahmens um über 1,2 Mrd. DM ab. Der IWF verlangt Abwertung, Abbau von Importbeschränkungen, höhere Bankzinsen und Aufhebung der Preiskontrollen. Ein schon im letzten Jahr ausgehandeltes Kreditabkommen ließ der IWF platzen, weil Tansania den Auflagen nicht nachkam. Das Land hat ein großes Außenhandelsdefizit und akute Devisenknappheit; die offenen Forderungen imperialistischer Lieferanten belaufen sich auf 1,4 Mrd. DM.

## Straßenkämpfe in Englands Slums

Nach zwei Wochen heftiger Straßenkämpfe schwarzer und weißer meist jugendlicher Arbeiter gegen die Polizei stellte die „Times“ verbittert fest, es seien „komfortable Vorstellungen über den Charakter der englischen Gesellschaft“ erschüttert worden. Die britische Bourgeoisie ist zutiefst beunruhigt, und das nicht erst, seit sich letzte Woche mit den Kämpfen in Wood Green, Nordlondon, die Steine und Benzinbomben bis auf Wurfweite ihren Villen in Hampstead näherten. Die Straßen-

kämpfe sind eine Revolte der Ärmsten und Verelendeten, die in den Slums der Innenstädte hausen, keine „Rassenunruhen“.

Die Jugendlichen wehren sich, gegen die elenden Löhne in den Niedrigstlohngruppen, wo besonders viele Schwarze und Inder ausgebeutet werden, gegen die Wohnungsnot, gegen die Schikane auf Arbeitsämtern und Sozialhilfestellen, gegen die Kürzung des Arbeitslosengeldes und die Nichtzahlung an Schulabgänger, und vor allem gegen die dauernde,

penetrante Polizeiaufsicht und Polizeigewalt. Hunderte von Kontrollen und Verhaftungen nimmt die britische Polizei täglich vor unter Gesetzen, die das „Herumlungern“ verbieten. Bei mehr als 500000 jugendlichen Arbeitslosen, was bleibt ihnen da übrig? In Liverpool's Innenstadt sind vier von zehn Männern arbeitslos, bei den Jugendlichen fast zwei Drittel. – Die Regierung beschafft neue Polizeihelme und Ausrüstung, sie will zum erstenmal Wasserwerfer und in großem Umfang CS-Gas (in England zum erstenmal benutzt) einsetzen. Neue, schärfere Gesetze gegen „Menschenansammlungen“ werden ausgearbeitet. Die Gerichte beginnen die Massenaburteilungen, bis zu neun Monaten Gefängnis sind schon verhängt worden, ein neunzehnjähriges Mädchen wegen Besitzes einer offensiven Waffe (einer Milchflasche) erstmal zu drei Wochen Verwahrung verurteilt. Weil die Gefängnisse voll sind, plant Innenminister Whitelaw, Armee camps als Internierungslager zu benutzen.





## Zielstrebig bauen die Imperialisten das Völkergefängnis USA aus

Zwei Themen beherrschten den Kongreß der Bürgerrechtsorganisation NAACP (Nationale Vereinigung für den Fortschritt der farbigen Bevölkerung) Ende Juni in Denver: die Absicht der US-Bourgeoisie, das Wahlgesetz von 1965, das 1982 ausläuft, nicht zu verlängern, und die Haushaltspolitik der Reagan-Regierung.

Im Mai hatte Reagan u.a. die sog. „Wohlfahrtsprogramme“ für das Haushaltsjahr 1982 um 13,8 Mrd. \$ gegenüber dem ersten Haushaltsentwurf gekürzt. Diese Kürzungen zielen v.a. auf die Existenzbedingungen großer Teile der nationalen Minderheiten in den USA. Fast ein Drittel der afro-amerikanischen Bevölkerung fristet ihre Existenz unterhalb der amtlichen Armutsgrenze.

Da ist z.B. die fünfköpfige Familie Bennett aus einem schwarzen Viertel Chicagos. Der Mann ist seit 1978 arbeitslos, seine Frau verdient ganze 640 \$ im Monat. Ohne die 147 \$, die die Familie bisher an Lebensmittel- und anderer öffentlicher „Unterstützung“ bekommt, könnte sie kaum leben; aber auch so reicht das Geld gerade für Essen und Wohnen, kaum mehr für Kleidung, von allem anderen ganz zu schweigen. Viele aber leben unter noch elenderen Bedingungen. Oft hat vielleicht gerade ein Familienmitglied irgendeine Gelegenheitsarbeit, die 150 oder 200 \$ im Monat einbringt. Oft sind die paar Dollar aus den verschiedenen „Wohlfahrtsprogrammen“ die einzige Einkommensquelle. Die Arbeitslosigkeit unter der schwarzen Arbeiterbevölkerung hat mit 20 bis 30% in den meisten Regionen unerträgliche Ausmaße angenommen, vor allem die Jugendlichen haben kaum Aussicht, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. In Chicago z.B. sind 40% der farbigen Jugendlichen ohne Arbeit und Lohn, in Detroit, der Autostadt, sogar 60%.

Wie würde Reagan auf die heftigen Angriffe, denen er sich auf dem Kongreß der NAACP ausgesetzt sah, antworten? Für einige Programme, z.B. die „Hilfe für Familien mit abhängigen Kindern“ (AFDC), wird die Einkommensgrenze drastisch gesenkt und werden alle anderen „Wohlfahrtszahlungen“ auf das Einkommen angerechnet. Für über 400 000 Familien fallen damit die AFDC-Zahlungen ganz weg, für weitere 259 000 zum Teil. Für eine Million Familien wird zukünftig die Lebensmittelunterstützung gestrichen, für die anderen nicht wie bisher von Zeit zu Zeit der galoppierenden In-

flation angepaßt usw. usf. Insgesamt werden für rund die Hälfte jener 25 Millionen unterhalb der Armutsgrenze bisherige Zahlungen gekürzt oder gestrichen, oft genug gleich mehrere.

„Die Regierung kann für Unterstützung sorgen“, rief Reagan den Delegierten zu, „aber das bewegt selten die Leute auf der wirtschaftlichen Leiter nach oben. Und, wie ich zuvor sagte, man muß die Leiter besteigen, bevor man sich darauf nach oben bewegen kann.“ – Die „Wohlfahrtsprogramme“ haben es der US-Finanzbourgeoisie enorm erleichtert, Millionen Lohnabhängige zu Niedrigstlöhnen auszubeuten und insbesondere die Lohnabhängigen aus den nationalen Minderheiten. Ihr Durchschnittslohn liegt um rund  $\frac{1}{3}$  unter dem der weißen Lohnabhängigen und in ungezählten Fällen



Die Widersprüche sind zum Zerreißen gespannt, die US-Zeitungen rechnen mit einem „heißen Sommer“.

nur wenig höher als die „Wohlfahrts“-zahlungen. Deren Kürzung drückt die elendsten Schichten der Arbeiterbevölkerung noch tiefer ins Elend und zwingt sie, ihre Arbeitskraft zu buchstäblich jedem Preis zu verkaufen. Und diesen Zwang pries Reagan auf dem NAACP-Kongreß zynisch noch als „schwarze ökonomische Freiheit“.

Mit dieser Losung der „schwarzen ökonomischen Freiheit“ wandte sich Reagan auch direkt gegen die Forderungen des Kongresses nach politischen Rechten der nationalen Minderheiten, besonders dem Wahlrecht, das durch Nicht-Verlängerung des Wahlgesetzes praktisch erneut drastisch eingeschränkt würde. Bis 1965 war es den

Afro-Amerikanern in zahlreichen US-Bundesstaaten faktisch verwehrt. Wählen nämlich kann nur, wer registriert ist. V.a. die Südstaaten schlossen die Schwarzen durch Terror und Schikanen weitgehend von der Registrierung aus, verlangten Schreib- und Lesetests, detaillierte Kenntnisse der US-Verfassung, Treuebekennnisse zu den USA usw. Damals erzwang die Bürgerrechtsbewegung ein Gesetz, mit dem in den neun Südstaaten und 13 weiteren Staaten mit ausgeprägter Rassenunterdrückung diese besonderen Schikanen bei der Registrierung verboten und ihre Durchführung durch die Bundesregierung kontrolliert werden.

Seine beabsichtigte Nicht-Verlängerung, im Zusammenhang mit den Haushaltskürzungen, der raschen Zunahme des staatlichen Terrors, dem Aufbau und dem Einsatz sogenannter polizeilicher Todeskommandos in immer mehr Städten, den wachsenden Umtrieben des Ku-Klux-Klan beleuchten die Absicht der US-Imperialisten, die USA vollends zum Völkergefängnis auszubauen. Die verschiedenen Organisationen der nationalen Minderheiten haben, unterstützt vom Gewerkschaftsbund AFL-CIO, dieser Absicht den Kampf angesagt. Noch aber ist der Widerstand weitgehend unorganisiert, doch besorgt registrieren die US-Zeitungen Anzeichen für den heraufziehenden Sturm.

### Rohkaffeemarkt

## Sinkende Preise für kaffeeproduzierende Länder

Seit einigen Monaten sinken die Kaffeepreise, die die kaffeeproduzierenden und -exportierenden Länder der Dritten Welt auf den Rohstoffmärkten erhalten. Anfang Juli lagen die Preise für Kaffee, der im nächsten Kaffeejahr 1981/82 im September geliefert wird, bei 768 Pfund Sterling die Tonne. Anfang Mai waren es noch 996 Pfund die Tonne gewesen. Als Grund wird auf den Rohstoffmärkten die um 10 Mio. Sack (1 Sack = 60 kg) geschätzte höhere Ernte Brasiliens im nächsten Jahr angegeben.

Die Internationale Kaffeeorganisation kürzte allein im Juni und Juli die Exportquoten für ihre Mitgliedsländer zweimal. Das zweite Mal um 1,4 Mio. Sack. Diese Quotenkürzungen sollen erreichen, daß die Preise auf dem Markt stabilisiert werden. Insgesamt mußten im Kaffeejahr 1980/81 die Exportquoten viermal gekürzt werden.

Die kaffeeproduzierenden Länder und die Verbraucherländer, vor allem imperialistische Länder, hatten im Oktober 1980 ein neues internationales Kaffeeabkommen geschlossen. Nach

diesem Abkommen werden von der Internationalen Kaffeeorganisation für jedes Mitgliedsland Exportquoten festgelegt, die solange gelten, bis die Preise unter ein bestimmtes Minimum fallen. Für die kaffeeproduzierenden Länder ist dieses Abkommen ein Schutz, der verhindert, daß die Imperialisten für Spottpreise Kaffee aufkaufen können und sich Lager anlegen können, die als Preisdrücker gegen die kaffeexportierenden Länder benutzt werden. Im September dieses Jahres läuft das Kaffeeabkommen aus, und die Frage ist, ob es den Ländern der Dritten Welt gelingt, ein neues Kaffeeabkommen durchzusetzen.

Gleichzeitig ist die Lage unter den kaffeeproduzierenden Ländern selber schwierig. Die Imperialisten haben in diesen Ländern Monokulturen hinterlassen, und so bringen Produktionssteigerungen leicht eine Überproduktion für den Markt. So ist die Ernte der Elfenbeinküste schon in diesem Jahr höher als erwartet.

Brasilien als größter Kaffeexporteur fordert seit einiger Zeit die Erhöhung der Quoten und den Abschluß eines neuen Abkommens im September.



Ein äthiopischer Kaffeexperte prüft den Kaffee

Auch die afrikanischen kaffeeproduzierenden Länder haben schon im letzten Jahr vor Abschluß des Kaffeeabkommens höhere Quoten verlangt. Sie sind angewiesen darauf, den Kaffee zu verkaufen, um ihre Kredite bezahlen zu können. Die USA haben die Quotenkürzungen, die jetzt vorgenommen wurden, gutgeheißen. Sie hoffen darauf, daß durch die Quotenkürzungen die Widersprüche der kaffeeproduzierenden Länder untereinander dazu führen, daß im September kein neues Abkommen mehr abgeschlossen wird.

## Jugoslawien Konflikt um das Kossovo

Im März und April 81 wurde bei Demonstrationen im Kossovo, der zu 75% von Albanern bewohnten Provinz in Serbien, die Forderung nach einer eigenen Republik und Lostrennung von Jugoslawien erhoben. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden 9 Menschen getötet und 202 verletzt.

Aufgrund dieser Unruhen hat sich in den letzten Monaten der Konflikt zwischen Jugoslawien und Albanien verschärft. Im Innern scheint sich die Lage zu beruhigen, wenn auch immer noch der Ausnahmezustand über der autonomen Provinz Kossovo nicht völlig aufgehoben worden ist.

In der albanischen Zeitung „Zeri i popullit“ vom 8. und 23.4.81 wurde behauptet, bei den Unruhen im Kossovo seien schon wie 1945 und 1968 tausende Menschen von der jugoslawischen Polizei und Armee getötet worden. Der Anschluß des Kossovo an die Föderation der jugoslawischen Republiken sei 1943 erzwungen worden gegen den Willen der albanischen Bevölkerung, die Forderung nach dem Status einer Republik für das Kossovo sei gerecht. In einer Broschüre, die diese Forderung propagiert, wird von „einer Nation“ aller Albaner gesprochen, zu der das Kossovo zu zählen sei. Im jugoslawischen Fernsehen wurden im Juni Ausschnitte einer albanischen Sendung gezeigt. Dort war eine Karte zu sehen, in der Kossovo zu „Großalbanien“ gerechnet wird.

Die Regierung Jugoslawiens hat dies als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der SFR Jugoslawien und Verletzung der Souveränität des Landes zurückgewiesen. Dem Botschafter Albaniens in Beograd wurden feindliche Tätigkeiten vorgeworfen, eine direkte Zusammenarbeit zwischen Albanien und verschiedenen albanischen Organisationen im Ausland, auch in der BRD, wurde festgestellt. Gleichzeitig haben Regierung wie auch BdkJ und Gewerkschaftsgremien in ihren Stellungnahmen betont, daß sie an einer Verhärtung des Konflikts mit Albanien überhaupt nicht interessiert seien, sondern an gutnachbarlichen, friedlichen Beziehungen.

Kossovo hat gegenwärtig den Status einer Sozialistischen Autonomen Provinz innerhalb der Republik Serbien, genauso wie die Vojvodina. Innerhalb der Verfassung sind den Selbstverwaltungsorganen des Kossovo weitgehende Autonomie und Selbständigkeit zugesichert. Jede Nationalität hat wie in allen Republiken das Recht auf Erlernung der eigenen Sprache und Aus-

übung der eigenen Kultur. Die Albaner stellen die Mehrheit in den Selbstverwaltungsorganen und 75% der Parteimitglieder im Kossovo.

Über den Konflikt im Kossovo und seine Ursachen finden in Jugoslawien viele Debatten statt. Eine Broschüre über die Unruhen ist in 3. Auflage vergriffen. Die gesamte Öffentlichkeit sei zu wenig über die Probleme der Provinz informiert gewesen, das hätte eine Abkapselung gefördert. Verschiedene Entwicklungsmaßnahmen für das rückständige Gebiet seien nicht aufeinander abgestimmt worden. Ein Ergebnis davon ist, daß am Universitätszentrum Prishtina zuviele Akademiker albanischer Herkunft in humanistischen Fächern ausgebildet wurden und jetzt keine Arbeit finden. Gerade in ihren Kreisen wurde die Forderung nach einer eigenen Republik Kossovo erhoben. Ein Teil der Gelder, die dem rückständigen Kossovo von den übrigen Republiken zugeführt wurde, wurde anstatt in Industrieanlagen oder in der Landwirtschaft in Prestigeobjekten (Theater, Hallen etc.) angelegt. Deshalb wurden auch einige Mitglieder der Regierung im Kossovo zum Rücktritt gezwungen.

Die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen der übrigen Republiken wurden jetzt erhöht. 43% anstatt bisher 30% aus dem gemeinsamen Fonds werden ins Kossovo abgeführt, gleichzeitig soll der Fonds insgesamt erhöht werden, eine Maßnahme, die bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise in Jugoslawien auf Schwierigkeiten stößt und deshalb noch nicht endgültig beschlossen worden ist.

Der Konflikt belastet das Verhältnis zwischen Albanien und Jugoslawien, das sich in den letzten Jahren stetig verbessert hatte.

## RGW-Konferenz UdSSR sichert sich DDR-Technologie

Die Ministerpräsidenten der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) haben auf ihrer 35. Tagung ihr Pensum nicht erledigt. Die fällige Abstimmung der Fünfjahrespläne unterblieb. Die Ergebnisse sind für die einzelnen Länder unterschiedlich. Die VR Polen, die sich in der tiefsten Krise befindet, erlangte keine Kredite der Gemeinschaft, sondern nur eine zeitweilige Senkung ihrer Lieferverpflichtungen, im wesentlichen gegenüber der UdSSR, die den polnischen Außenhandel beherrscht. Somit kann die rumänische Regierung sich ausrechnen, was sie zu erwarten hat, wenn es ihr nicht gelingt, die entsprechende Wirtschaftskrise, in die sie ihr Land

steuert, zu verhindern. Sie sucht den Ausweg einerseits in der stärkeren Verstrickung in den Internationalen Währungsfonds, dem sie seit 1963 als einziges RGW-Mitglied angehört, andererseits im Abblasen des 1979 beschlossenen Fünfjahresplans, mit dem der Kurs der vorrangigen Investitionen in der Schwerindustrie mit Hilfe westlicher Kredite fortgesetzt wurde, ohne die



Einrichtung von Elektroausstattungen für Lastkräne in der UdSSR

Möglichkeiten des Landes und die nötige Entwicklung der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Ähnlich wie in der VR Polen mußten mehr landwirtschaftliche Produkte als geplant in den Außenhandel geschossen werden. Der Abbau der Verschuldung soll jetzt erreicht werden durch Begrenzung der Investitionssteigerungsraten in allen Bereichen auf 5%. Das ehrgeizig auf 9 bis 10% angesetzte Industriewachstum wird gesenkt auf 7,6%. Die Ressourcen sollen in die Landwirtschaft umgelenkt werden, deren Produktion um jährlich 5% gesteigert werden soll.

Ungarn erreichte nichts mit seiner Forderung, die Austauschverhältnisse zugunsten der kleineren Mitgliedsländer zu verbessern.

Durchgesetzt hat sich die UdSSR mit der weiteren Beschneidung der Produktionspalette der anderen RGW-Länder, Bindung der fortgeschrittenen Technologie in den anderen Ländern an den zurückgebliebenen Standard in der UdSSR. Insbesondere die Regierung der DDR mußte an Ort und Stelle einseitige Verträge unterschreiben, die ihre elektronische Industrie, ihre Erzeugung industrieller Keramik und die Glasproduktion direkt an Betriebe der UdSSR als Zulieferer binden. Nach Sicherung dieser weiteren Einverleibung, aber auch Fesselung der Produktivkraft der Arbeiterklasse der DDR sieht die UdSSR-Führung der 10. Verhandlungsrunde mit den westdeutschen Kapitalisten im September ruhig entgegen.

## Iran

### Imperialistische Putschvorbereitungen

Keine der in Opposition zur Regierung der Islamischen-Republik-Partei (IRP) stehenden Parteien hat sich für die Welle von Anschlägen in Iran verantwortlich erklärt. Einiges spricht dafür, daß Organisationen wie die erst nach der Vertreibung des Schah gebildete „Forqan“, deren Ziel es ist, die islamische Geistlichkeit aus Regierung und Politik herauszubomben, dafür verantwortlich zu zeichnen haben. Verbindungen dieser Gruppe mit der Teheraner US-Botschaft bis zum Datum der Geiselnahme sind nachweisbar, ebenso wie das Interesse der Imperialisten an unstabilen Verhältnissen.

Gleich nachdem die US-Agenten in die USA ausgeflogen waren und die antiiranische chauvinistische Welle in den USA zum Überschwappen gebracht wurde, betonte die Reagan-Administration, daß sich die Politik der USA gegenüber Iran nicht von Gefühlen leiten lassen werde, wegen dessen geographischer und strategischer Lage. Sie setzt dabei auf die „Unzufriedenheit der entmachteten alten Oberschichten, der Techniker, der westlich geschulten Intellektuellen, des bürgerlichen Mittelstandes“. Das verrät die Putschabsichten, von denen in der letzten Woche Präsident Sadat von Ägypten, der den Schahsohn beherbergt, freimütig berichtete (der letzte Putschversuch im Juli 1980 scheiterte).

Es ist keine Zweckpropaganda, wenn Parlamentspräsident Rafsandshani feststellt, daß der Versuch, das Land ins Chaos zu stürzen, und der Tod der „Märtyrer“ die „Kämpfer für den Islam“ nur enger zusammenrücken läßt. Das nicht nur, weil Märtyrer immer eine herausragende, einigende Bedeutung in der Geschichte der schiitischen Richtung des Islam hatten. Die Mostazafin, die ärmsten Klassen und Schichten in den iranischen Städten, das Kleinbürgertum und die Bauern sind durch ihre Interessen in vielfacher, durchaus auch materieller Hinsicht verknüpft mit der regierenden IRP-Führung.

Seit dem Volksaufstand gegen die Pahlewi-Dynastie sind die Löhne und Gehälter zwischen 50 und 200% heraufgesetzt worden. Die Lebensmittelpreise werden erheblich subventioniert. Das bedrückende Wohnungsproblem wurde durch Einweisung von Wohnungslosen in die Häuser der vertriebenen Reichen in Angriff genommen, wie auch verschiedene Versuche, den Wohnungsbau anzukurbeln, zu verzeichnen gewesen sind. Im März 1980 verabschiedete der Revolutionsrat ein Gesetz

zur Agrarreform, das die Zuweisung staatlichen Landes und Großgrundbesitzes an landlose Bauern und Kooperativen vorsieht. Bis dahin waren immerhin schon 200000 ha verteilt. Und wer soll weitere, nötige Gelder bereitstellen, wenn nicht die sie zentralisierende IRP-Regierung?

Zweifellos aber handelt es sich bei allem mehr um vereinzelte, mit Rückschlägen verbundenen Maßnahmen, als um ein stringent verfolgtes Konzept für den wirtschaftlichen Aufbau. Trotzdem, verbunden mit der Anweisung Khomeinis an den Revolutionsrat, „für den Wohlstand der unterdrückten Klassen revolutionär und entschlossen zu handeln“, gibt dies den Boden für Hoffnungen ab, die unter dem Schah keinerlei Realisierungschance hatten. U. a. deshalb wird auch der Terror gegen tatsächliche oder vermeintliche Agenten der Imperialisten von Teilen des Volkes mitgetragen.

Die von der IRP-Führung vertretene Auffassung, daß die Revolution nicht wegen der Trauben, sondern wegen des Islam vollbracht wurde, macht es unmöglich, die verschiedenen Klassen des Volkes positiv für den Aufbau des Landes zusammenzuschließen. Auf Dauer ist so auch ein Zusammenschluß „der islamischen Kämpfer“ nicht zu bewerkstelligen, was die Gefahr eines imperialistischen Putsches heraufsetzt.

## Westsahara

### DARS fordert Abzug der Aggressionstruppen

Bis Ende August, so hat die jüngste OAU-Gipfelkonferenz beschlossen, soll ein aus sieben afrikanischen Staaten bestehender Ausschuß zusammentreten, um in der Westsahara einen Waffenstillstand und ein „Selbstbestimmungs-Referendum“ unter internationaler Kontrolle herbeizuführen. Der Beschluß war möglich geworden, nachdem Marokko, z.T. Vorschläge einer OAU-Kommission folgend, ein Referendum wenigstens „grundsätzlich“ akzeptiert hat.

Nach dem Abzug der spanischen Kolonialisten hatte Marokko 1975 – anfangs gemeinsam mit Mauretanien – die Westsahara kurzerhand annektiert. Seitdem belastet der Konflikt die Einheit Afrikas und der arabischen Nation gegenüber den Imperialisten. Viele afrikanische Staaten haben sich daher jetzt mit ziemlich geringfügigen marokkanischen Zugeständnissen als Basis für eine politische Lösung abgefunden. Immerhin hatte Marokko noch vor einem Jahr wegen der afrikanischen Kritik an seiner Okkupationspolitik sogar mit Austritt aus der OAU gedroht. Nur sechs Staaten stimmten

auf der OAU-Konferenz für einen algerischen Änderungsantrag, nach dem die marokkanischen Truppen vor dem Referendum abgezogen werden sollten.

In dem jetzt gefaßten Beschluß ist das nicht vorgesehen, auch die marokkanische Kolonialverwaltung würde vorerst intakt bleiben. Weder die DARS noch die Befreiungsfront Polisario werden in dem Beschluß namentlich erwähnt.

Die DARS befürchtet daher, daß sich das marokkanische Regime mit dem Referendums-Angebot nur eine Atempause verschaffen will, die es angesichts des verlustreichen Kriegsverlaufs und der in dem kürzlichen Generalstreik zutagegetretenen heftigen Klassenwidersprüche dringend braucht. Obwohl die marokkanischen Besatzer zum „Schutz“ der Phosphatbergbaugebiete eine „Mauer“ errichtet haben, greifen die Truppen der DARS weiter auf dem gesamten Territorium der DARS und in Marokko selbst feindliche Ziele an. Die Phosphatminen liegen seit 1975 still.

Wer sich an dem geplanten Referendum beteiligen darf, ist durch den OAU-Beschluß noch nicht geklärt. Davon hängt aber der Ausgang der Abstimmung ab, wenn man bedenkt, daß die marokkanischen und saharaischen Angaben über die Bevölkerungszahl 1975 um das Zehnfache auseinandergehen und ein Großteil der saharaischen Zivilbevölkerung nach Algerien evakuiert worden ist.

Nachdem Hassan seinen Vorschlag gemacht hatte, hat der saharaische Delegationschef auf der OAU-Gipfelkonferenz erklärt: „Der König ist gekommen, um schlicht und einfach von Afrika zu verlangen, seine militärische Besetzung des Territoriums der DARS zu legitimieren.“ Letzte Woche hat die DARS Marokko direkte Verhandlungen vorgeschlagen und drei „unverzichtbare Bedingungen“ genannt: „1) Rückzug der Aggressionstruppen und der marokkanischen Kolonialverwaltung; 2) Rückkehr des gesamten saharaischen Volkes in die Städte und Dörfer seines Landes; 3) Konstituierung einer provisorischen internationalen Verwaltung, an der die saharaische Regierung beteiligt ist.“

Der OAU-Beschluß kann als Ausgangspunkt zur Beilegung des Bruderkrieges und zur Anerkennung der DARS nützlich sein. Ob es dazu wirklich kommt bleibt ungewiß. Die USA und Frankreich heizen den Krieg mit Waffenlieferungen an; die Sowjetunion, schon jetzt Hauptabnehmer marokkanischen Phosphats, will die saharaischen Phosphatvorkommen unter ihre Kontrolle bringen. Die Imperialisten sind gegen eine Lösung, die die Selbstbestimmung sichert und die Einheit Afrikas stärkt

## Demokratisches Kampuchea

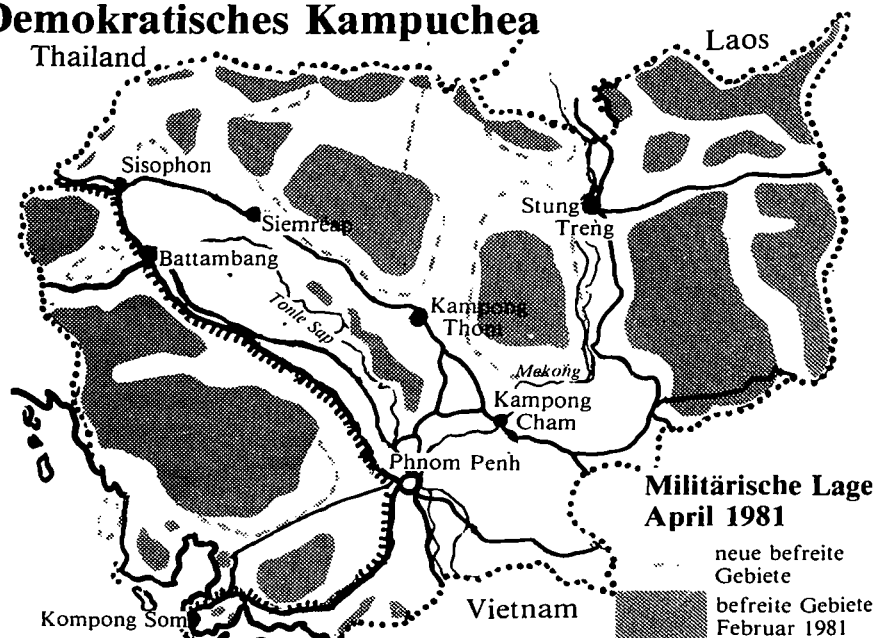
# Ausdehnung der befreiten Gebiete, Fortschritte in der Einheitsfront

Innerhalb weniger Monate haben die Truppen des Demokratischen Kampuchea wesentliche Erfolge gegen die vietnamesischen Invasoren erzielt. In Westkampuchea sind weitere Gebiete befreit, im Norden des Landes haben die Truppen verschiedene befreite Zonen zusammenschließen können und außerdem die Tempel von Angkor, das Nationaldenkmal des Khmer-Volkes, erobert. Die Invasoren mußten eine strategisch wichtige Insel nahe der kampucheanisch-thailändischen Grenze räumen, von der aus sie den Schiffsverkehr im Golf von Thailand überwachten und Vorstöße gegen die befreiten Gebiete organisierten. Die ausgedehnten befreiten Zonen östlich des Mekong bis an die vietnamesische Grenze konnten gehalten werden. Weil Vietnam seine Truppen im Westen

freien, wird sich die Lage in den befreiten Gebieten qualitativ verbessern.

Gegenwärtig konzentrieren die Kämpfer des Demokratischen Kampuchea ihre Angriffe auf die Straßenverbindungen von Phnom Penh nach Battambang, Sisophon und Siem Reap, um die dort stehenden vietnamesischen Verbände von ihren Nachschublinien abzuschneiden. Die Lage der vietnamesischen Besatzer ist so kritisch, daß inzwischen sowjetische Militärberater in Siem Reap das Kommando übernommen haben. Außerdem ist der Hafen von Kompong Som und die Verbindung nach Phnom Penh umkämpft. Schon im letzten Jahr hatten Einheiten des Demokratischen Kampuchea den Hafen, über den der größte Teil des Nachschubs für die Besatzer herangeschafft wird und in dem die SU

## Demokratisches Kampuchea



Kampuchea konzentriert hat, um den Nachschub des Demokratischen Kampuchea über die thailändische Grenze abzuschneiden und die Straßen offenzuhalten, mußte es den Osten Kampuchea weitgehend von Truppen entblößen und konnte die Befreiung weiterer Gebiete nicht verhindern.

Schwierig ist die Versorgung der befreiten Gebiete. Gerade in den in jüngster Zeit befreiten Stützpunktgebieten fehlt es an Nahrung, Kleidung, Medikamenten. Die internationale Hilfe ist gekürzt worden. Dagegen wird in der befreiten Zone im Südwesten schon wieder Mais und Maniok angebaut, ist die Gesundheitsversorgung gesichert und gibt es Schulen. Gelingt es, auch die Reisangebiete im Westen zu be-

gegenwärtig Militäreinrichtungen aufbaut, kurzzeitig erobert.

Die jetzige Regenzeit macht großflächige Operationen der Besatzungstruppen mit motorisierten Verbänden nahezu unmöglich. Deren Gegenoffensive direkt an der thailändischen Grenze, die die dortigen befreiten Gebiete durchschneiden und einkesseln sollte, ist nicht vorangekommen. Hohe Verluste und sich häufende Desertionen haben die Kampfkraft der vietnamesischen Besatzungstruppen erheblich geschwächt. Nach Angaben der Regierung des Demokratischen Kampuchea sind inzwischen etwa 75000 Besatzungssoldaten außer Gefecht gesetzt. Die Stärke der Besatzungstruppen wird noch auf 180000 geschätzt, davon die

## UN-Kampuchea-Konferenz

Am Montag hat in New York die UN-Konferenz zu Kampuchea begonnen, die auf Initiative der ASEAN-Staaten zustandegekommen ist und u.a. einen Zeitplan für den Abzug der vietnamesischen Besatzungstruppen ausarbeiten soll. Die SU und Vietnam boykottieren die Konferenz. Damit steht eine Verhandlungslösung nicht zu erwarten. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea, die niemals auf eine solche Lösung gebaut hat, unterstützt die Konferenz, weil dadurch ihre internationale Position gestärkt und Vietnam in der UN weiter isoliert werden kann. Außerdem kann die Konferenz die bürgerlichen Kräfte des kampucheanischen Widerstandes unter Druck setzen und die Bildung einer Einheitsfront beschleunigen.

Hauptgegenstand der Verhandlungen ist der Plan der ASEAN-Staaten, die das Selbstbestimmungsrecht des kampucheanischen Volkes bekräftigen, den Abzug der vietnamesischen Truppen und die Durchführung von Wahlen in Kampuchea unter UN-Aufsicht fordern. Der ASEAN-Plan verlangt aber auch die Entwaffnung der kampucheanischen Befreiungskämpfer nach Abzug Vietnams und die Stationierung von UN-Truppen zur Sicherung der Unabhängigkeit Kampucheas. Das richtet sich ausschließlich gegen die Truppen und

Guerillas des Demokratischen Kampuchea, die die einzige Kraft des bewaffneten Widerstandskampfes sind. Das würde die Position der Protegés der westlichen Imperialisten Sihanouk und Son Sann, des Führers der Khmer Serai (KPNLF), stärken und könnte Kampuchea erneut der Einflußsphäre der westlichen Imperialisten einverleiben.



Erbeutete vietnamesische Waffen

Die USA, die durch die Entsendung von Außenminister Haig zu der Konferenz ihre Interessen dokumentiert haben, begrüßen den ASEAN-Plan. Schon seit längerem verhandeln sie mit Son Sann über Waffenlieferungen. Son Sann hat in verschiedenen Interviews seine Bedingungen für eine Einheitsfrontregierung gestellt: Die wichtigsten Regierungsposten sollen von

der KPNLF besetzt werden, die Führer der KP Kampuchea müssen das Land verlassen. Sihanouk hat kurz vor der Konferenz („Spiegel“ 28/81) erneut erklärt, daß der bewaffnete Widerstandskampf sinnlos und ohne Perspektive sei und ein Arrangement mit Vietnam gefunden werden müsse. Beide haben bislang die Einigung über eine Einheitsfront verschleppt und setzen ihre Verleumdungskampagne gegen das Demokratische Kampuchea fort, um es zu erpressen. Das Kalkül der westlichen Imperialisten und ihrer Schützlinge dürfte aber kaum aufgehen, da ausschließlich das Demokratische Kampuchea den Widerstandskampf organisiert.

Jeng Sary, Außenminister des Demokratischen Kampuchea, sagte zu den ASEAN-Vorschlägen, daß die Stationierung von UN-Truppen die Sicherheit und Unabhängigkeit Kampucheas nicht garantieren könne. Das könne nur eine kampucheanische Nationalarmee. Die Entwaffnung der Befreiungskämpfer nach Abzug der vietnamesischen Truppen lehnte er ab, weil es die Moral der Befreiungskämpfer untergrabe, wenn andere die Früchte des schweren Widerstandskampfes ernteten. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea setzt ihre Bemühungen um eine Einheitsfront fort und stellt dafür eine Bedingung: Teilnahme am bewaffneten Kampf gegen die vietnamesischen Invasoren.

Hälfte Kampftuppen. Ihnen stehen fast 60000 Soldaten und Guerillakämpfer des Demokratischen Kampuchea gegenüber.

Ein Vertreter der Delegation des Demokratischen Kampuchea bei der Unesco in Paris erklärte uns, daß die Befreiungskämpfer eventuell schon 1982 im ganzen Land zur Offensive gegen die Besatzer übergehen können, nachdem die Phase der strategischen Verteidigung inzwischen erfolgreich abgeschlossen ist.

1979 hat die Regierung des Demokratischen Kampuchea das Programm der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Einheit veröffentlicht. Es sieht vor, daß eine Regierung aller patriotischen Kräfte gebildet werden soll, die den Kampf gegen die sowjetisch-vietnamesische Besetzung führen. Ziel ist der Abzug der Besatzungstruppen und ein unabhängiges blockfreies Kampuchea, dessen erste Regierung unter UN-Aufsicht gewählt werden soll. Privateigentum und die bürgerlichen Rechte werden garantiert. Die KP Kampuchea, die in der gegenwärtigen Phase des Kampfes nicht öffentlich in Erscheinung tritt,

deren Kader aber das Rückgrat des bewaffneten Kampfes sind, hat diesen Kurs eingeschlagen, weil nach ihrer Analyse durch die Invasion und die Zerstörung die Bedingungen für den Sozialismus in absehbarer Zeit nicht gegeben sind, sondern nur durch die Einheit aller patriotischen Kräfte künftig ein unabhängiges Kampuchea überhaupt Bestand haben könne. Für den Aufbau des Landes werde auch ausländische Hilfe und Kapital benötigt.

Wie die Vertreter des Demokratischen Kampuchea – u.a. Präsident Khieu Samphan – immer wieder bekräftigen, bedeutet die gegenwärtige Einheitsfrontpolitik nicht, daß der Aufbau des Sozialismus in Kampuchea 1975 – 78 verfehlt gewesen und deswegen gescheitert sei. Vielmehr seien die heutigen Erfolge im Befreiungskampf ohne Unterstützung durch die Volksmassen und ohne die Errungenschaften jener Jahre z.B. auf dem Gebiet der Ernährung, im Erziehungs- und Gesundheitswesen unmöglich. Zwar habe es in der Politik der Jahre 1975 – 78 Fehler gegeben, sei das Tempo der sozialistischen Umgestaltung zu schnell gewesen. Doch der Hauptfeh-

ler, der schließlich auch die Invasion ermöglicht habe, war die Unterschätzung der Absichten Vietnams. Zunächst habe Vietnam versucht, durch pro-vietnamesische Kräfte in der KP Kampuchea die Macht an sich zu reißen. Diese Kräfte hätten Exzesse und Verfolgungen unter revolutionärer Flagge provoziert, um die Führung der KP Kampuchea zu isolieren. Als das scheiterte und sich vielmehr die Lage im Lande stabilisierte, habe Vietnam Kampuchea überfallen.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea sieht in den bisherigen Erfolgen ihre Einheitsfrontpolitik bestätigt, die die Kader der KP Kampuchea seit der vietnamesischen Invasion propagieren und praktizieren. Die militärischen Fortschritte und die Unterstützung der Massen für die Einheitsfront haben in diesem Jahr endlich auch Sihanouk und Son Sann, Führer der etwa 3000 Mann starken Khmer Serai, die sich weniger im Kampf gegen die Besatzungstruppen als vielmehr im Schmuggel und Bandenterror gegen Flüchtlingslager auszeichnen, zu Gesprächen über die Bildung einer Einheitsfrontregierung gezwungen.





### Els Comediants

## Faszination durch einfache, direkte Ausdrucksformen des Volkstheaters

Der Lauf der Planeten, der Kampf von Sonne und Unwetter, der Flirt von Sonne und Mond, Fischfang und Abenteuer auf dem Meer, Katastrophen wie Schiffsuntergang und Vulkanausbrüche und der Wunsch, fliegen zu können – solche Themen findet man schon in den frühen Kulturzeugnissen der Völker. Sie gehören zum Repertoire der Gaukler und fahrenden Sänger des Mittelalters und sind von Künstlern wie Brueghel aufgenommen worden.

Die katalanische Truppe „Els Comediants“, die auf dem Kölner Festival „Theater der Welt“ auftrat, knüpft in ihrem Programm „Sol solet“ (die Sonne strahlt) an diese alten Themen an. Sie hat ihr Theater aus der Volkskunst ihrer katalanischen Heimat entwickelt und spielt vorwiegend auf Straßen und Plätzen.

Was abläuft, ist mit Worten nicht annähernd zu beschreiben: Zwei Stunden lang wirbeln die Akteure auf der Bühne, unter den Zuschauern, auf Gerüsten hoch über dem Publikum und ziehen schließlich mit den begeisterten Zuschauern zum Tanz auf der Straße.

Sie faszinieren den Zuschauer mit ununterbrochenen Änderungen der Ausdrucksformen: Sonne und Unwetter als Gestalten in doppelter Lebensgröße, die Sonne mit langen Armen und rotgelben Stoff-

streifen daran, das Unwetter im graublauen Gewand, gespielt von einem Akteur auf Stelzen. Den Mond stellt ein Mädchen mit einer einfachen Gesichtsmaske dar. Sonne und Mond tanzen – bis der Mond in den wehenden Stoffstreifen der Sonne versinkt. Daneben und dabei immer wieder Ulk, Clownerie, Ironie: Die Erde wird einfach durch einen Globus dargestellt, den ein Schauspieler hält; er dreht sich dabei, dreht sich immer schneller, bis ihm schwindlig wird und er stürzt. Eine veraltete Lehrerfigur mit Glubschaugen inszeniert den Planetenlauf, doch alles klappt nicht so recht – die „Planeten“ zeigen menschliche Regungen und stellen sich nach. Man ist in einer neuen Ebene des Spiels, es geht weiter mit kleinen Liebeleien, jetzt dargestellt mit kleinen Puppen.

Die künstlerischen Mittel sind verblüffend einfach, doch äußerst wirkungsvoll. Stellen die „Comediants“ den Winter dar, werfen sie Konfetti und überziehen die Personen mit weißen Laken. In Sekunden ist ein Schneemann fertig. Kommt der Frühling, erscheint die Sonne, und der Schneemann geht in die Knie und fällt zusammen. Der Übergang vom Sommer zum Herbst geschieht durch Umdrehen der kleinen gemalten Landschaftskulissen; waren die Bäume auf

der Sommerseite grün gemalt, so sind sie jetzt gelbrot.

Unentwegt wechseln die „Comediants“ die Mittel: Mal spielt die Kapelle zum Tanz, mal macht sie Lautmalerei, wenn sie die nächtlichen Grillen nachahmt. Mal spielen die Schauspieler auf der Bühne, dann geht dieselbe Szene mit Handpuppen hinter einem hochgehaltenen Tuch weiter oder mit kleinen Papierfiguren, wie wir sie als Kinder ausgeschnitten haben. Mal steigt der „Ikarus“, der zur Sonne fliegen will, hinter dem Vorhang als Pappfigur mit seinem (Luft-)Ballon auf, mal erscheint er als Schattenriß hinter einer blitzschnell aufgebauten Schattenbühne. Dann platzt der Luftballon, der Pappkamerad stürzt ab; gleichzeitig knallen die Platzpatronen an der Saaldecke, und der „Ikarus“ schwebt an einem Seil über den Zuschauern zur Bühne zurück. Ständig wechseln Spielebenen und Medien, alles ist durch Bilder, Gesten und Musik unmittelbar verständlich, auch wenn man die sparsam eingesetzte Sprache nicht versteht. Für das Agitationstheater können wir von diesen unmittelbaren Ausdrucksformen – Pantomime, Masken, übergroßen und ganz kleinen Figuren, Clownerie, Schattenspiel, Musik, Tanz, einfachste Requisiten, Happeningelementen usw. – lernen.

## Vergebliche Flucht aus der „Tretmühle“

„Er kam hin (zum Pferderenennen), um zu gewinnen, was in jedem Fall / besser ist, als für einen anderen die Stechuhr zu füttern.“ Die beiden Verse fassen die Lebensphilosophie des US-Underground-Lyrikers Charles Bukowski prägnant zusammen. In seinen kurzgeschichtenartigen Gedichten beschreibt Bukowski, zum Teil mit eindringlichen Bildern, die trostlosen Erscheinungen der US-Gesellschaft, denen er selbst – vergeblich – mit Wetten, Saufen und ziemlich lustlosem Sex zu entfliehen sucht. Von Arbeit und Arbeitern ist nur in einem einzigen der Gedichte der dtv-Auswahl die Rede, und zwar so: „Du steigst ins Auto / fährst zur Arbeit / und dort sind wieder Fremde, die meisten / ebenfalls mit jemand verheiratet / und in der Tretmühle, unterm Fallbeil / finden sie noch Zeit miteinander zu / flirten, Witze zu machen, sich gegenseitig / in den Arsch zu kneifen, gelegentlich mal / irgendwo einen Stehfick durchzuziehen ...“

Von den gesellschaftlichen Gründen, die Los Angeles so unwirtlich, die Menschen einander „fremd“ machen, ist nirgends die Rede. Den Herren der US-Gesellschaft kann es ziemlich egal, wenn nicht willkommen sein, ob sie jemand „ankotzen“, solange sich der Protest dagegen (nach reichlichem Alkoholgenuß) aufs Kotzen ins heimische Klo beschränkt.

Charles Bukowski. Gedichte die einer schrieb, bevor er im 8. Stockwerk aus dem Fenster sprang. dtv Bd. 1653, 4,80 (48)

## Zukunftsroman: Zukunft – nein danke

Die Sache ereignet sich in der „stadtorientierten“ Zukunft, wie sie heißt. Schauplatz ist England. Zukunftsleben gibt es nur in den ausbetonierten Stadtkulturen. Zwischen den Städten ist das Land urwaldartig verwildert und in den letzten Jahrhunderten seit der Gegenwart zugewachsen. Schnelltrassen und Trampelpfade für die patrouillierenden Roboter verbinden die Städte.

Hew Jones: Hew Jones kam aus den Urgegenden Englands, wurde eingefangen und in Anstalten abgerichtet. Er kannte sich aus in der Wildnis und erinnert sich auch noch an seine Vergangenheit. Jedenfalls ist er anders als die anderen.

Mann: Mann war Schauspieler. Es gab noch Theaterstücke aus der Vergangenheit, in denen er gespielt hat. Damals, sagt er, in der Vergangenheit, hatten die Menschen noch „große“ und „gemeinsame“ Gefühle.

Mann gewinnt Hew für einen Plan. Er ist im Besitz einer Droge, die für einen Monat das Gedächtnis löscht. Mit dieser Droge – sagt Mann – können die Menschen für begrenzte Zeit die Erfahrung von Einheit und Gemeinsamkeit machen, als halluzinatorische Steinzeitmenschen.

Mann hat bereits eine Gruppe von sieben Männern zusammengestellt; darunter ist Lyle, ein „latenter Mörder“. Sie wollen die Droge nehmen und eine Safari durch die Wildnis machen. Hew soll die Droge nicht nehmen und sie führen. Die Safari beginnt. Die Gruppe jagt Tiere, kämpft gegen Roboter, flieht vor Patrouillen. Ein Teil der Gruppe überfällt ein Haus, bringt einen Mann um und raubt eine Frau. Sie bleibt bei ihnen. Im Verlauf der Zeit richtet sich Lyle immer mehr gegen die Gruppe. Es kommt zu Kämpfen und Totschlag, zu Verletzungen und Unfällen. Hew kann nur noch sich und die Frau retten.

„Das war also das Ende der Safari – vernichtet durch die Schlechtigkeit eines Mannes und die Unzulänglichkeit eines anderen.“ Auch wenn der deutsche Titel unnötig verkaufsträchtig ist, wer sich für Science Fiction bisher nicht recht erwärmen konnte, kann es mit dieser Geschichte versuchen.

Eric C. Williams. Zukunft – nein danke. Ullstein 2000 Science Fiction, Frankfurt, Berlin, Wien 1981

## „Schnell an Zwickl in d'Musikbox“

Ausgesprochen häufig kann man in der letzten Zeit im Radio neue Töne hören: Rock-Gruppen, die im Dialekt rocken, nur diesmal nicht irgendwelche österreichischen Importe, sondern Bayerisches, Schwäbisches, und es gibt sogar badische Spezialisten. Der Kreis der Hörer dieser Musik war jahrelang auf die jeweilige Gegend, aus der diese Gruppen kommen, beschränkt. Inzwischen gibt es fast in jedem Dialekt irgendeine Gruppe, die die Eigenheiten der jeweiligen Sprache in ihren Texten verarbeitet.

Im Schwäbischen sind am bekanntesten Wolle Kriwanek und Schulz Brothers und die

Gruppe Schwoissfuß. Aus München kommt die Gruppe Spider Murphy Gang, die im Mai eine neue Platte herausgebracht hat: „Dolce Vita“.

Im wesentlichen wird hier bayerisch gesungen, unterlegt mit gutem fetzigen Rock'n Roll, der auch in dem Lied „Schuitog“ zu Ehren kommt. In den Texten dieser Gruppen werden meistens, entsprechend der Sprache, auch bestimmte Eigenheiten der Gegend oder der Stadt verhandelt. Die Spider Murphy Gang macht sich lustig über die Schwabinger Schickeria:

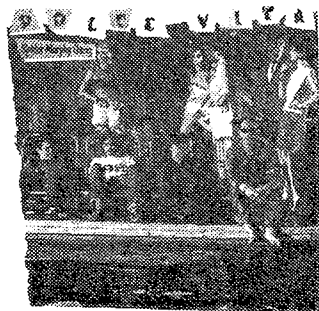
„Ja in Schwabing gibts a Kneipn / die muaß ganz was besonders sei! / Do loßn solche Leit wia di / und mi erst garnet nei. / In d'Schickeria! ...“

Oder sie beschreiben die Langeweile eines Schultags, der mit Rock'n Roll beendet wird:

„Schnell an Zwickl in d'Musikbox / du spuist koan Tango oder Fox / Du stehst auf Rock'n Roll Musik / Und net auf Deutsch und Mathematik.“

In einem anderen Lied wird kritisiert, daß man auf der Volksschule und auf dem Gymnasium zwar das „Oa moi Oans unds ABC und Wurziagn“ lernt, aber für die praktische Seite des Daseins nichts beigebracht kriegt.

Die Musik ist passend, so wird bei dem Lied „Schuitog“ die Musik von Chuck Berry's „Schooldays“ gespielt. Andere Gruppen, die in Mundart rocken, spielen mehr Blues, wie Wolle Kriwanek („Ich fahr Daimler und Stroß ghört mir“). In dem Titellied der Platte „Dolce Vita“ besingt ein schon ergrauter Mann seine Probleme mit den Frauen. Er hat „koane Chancen“ und bestellt sich eine Frau im Großversand, und „Kau woit i was mit ihr o'fanga is d'Luft rausganga / und's Dolce vita war vorbei!“



Spider Murphy Gang  
Dolce Vita  
Electrola IC 064-46377

## Polizeibewaffnung

# Wirkung von Gummi- und Plastikgeschossen

Die CDU/CSU-Bundesländer verlangen eine bundesweite neue Polizeibewaffnung gegen Demonstrationen und Menschenansammlungen. Unter anderem fordern sie Gummi- bzw. Plastikgeschosse, diese seien ungefährlich, und es gebe im Ausland positive Erfahrungen.

Die britische Besatzungsarmee und die Polizei in Nordirland verwenden seit mehr als zehn Jahren Gummi- und Plastikgeschosse. Die Straßenkämpfe in den katholischen Ghettos nordirischer Städte gehen meistens um die versuchte Besetzung eines katholischen Viertels durch Armee und Polizei für Hausdurchsuchungen und Razzien. Die Iren wehren sich dagegen durch gelegentliche Heckenschützen (die provisorische IRA ist aus solchen Schutzeinheiten entstanden) wie auch auf der Straße und von den Dächern mit Steinen und Benzinbomben. Jahrelang waren ganze Stadtviertel in Derry und Belfast „no-go-areas“, verbotene Gebiete, die die Armee und Polizei nicht einmal zu betreten versuchten.

Gegen Demonstrationen geht die Armee manchmal mit scharfen Waffen vor (wie 1973, als 13 unbewaffnete Demonstranten erschossen wurden), meistens aber mit Gummi- und Plastikgeschossen. Versuche, mit Schlagstöcken Demonstrationen aufzulösen bzw. Viertel zu besetzen, erwiesen sich im Stein- und Benzinbombenhagel schnell als Niederlagen.

Bei den Gummigeschossen handelt es sich um 3,75 cm dicke, 14,5 cm lange Hartgummibolzen, die etwa 150 Gramm schwer sind. Sie werden aus besonderen Gewehren abgefeuert (der Knall und das Mündungsfeuer sollen ebenfalls erschrecken). Beim Verlassen des Laufs haben die Gummibolzen eine Geschwindigkeit von 70 Metern pro Sekunde (das entspricht etwa 260 km/h). Laut Dienstvorschrift sollte die Waffe nur aus Entfernungen zwischen 7 und 16 Meter angewendet werden, dabei sei auf den Boden zu schießen, sodaß das Geschöß abprallt und den Demonstranten an den Beinen trifft.



Plastikgeschosse im Kolonialeinsatz – Verletzter

Zwischen 1970 und 1975 verschoß allein die Armee nach ihren Angaben 55000 Schuß Gummimunition. Dabei tötete sie damit mindestens drei Menschen, verursachte schwere Verletzungen bei mehreren hundert weiteren, von denen mindestens neun erblindeten. Schädelbrüche, große Fleischwunden, die Zerstörung innerer Organe und der Augen waren regelmäßige Folgen der Anwendung von Gummigeschossen.

1973 setzte die Armee zum ersten Mal Plastikgeschosse ein, die 10 cm lang, ebenfalls 3,75 cm dick und etwa 140 Gramm schwer sind. Ihre Einsatzentfernung liegt offiziell zwischen 11 und 22 Metern. Als Grund für die Einführung des Plastikgeschosses, das 1975 die Gummigeschosse vollständig ablöste, nannte die Armee deren Gefährlichkeit. Tatsächlich brauchte sie eine Waffe, die aus weiterer Entfernung wirksam war. Mit Steinen auf Distanz gehalten, konnten die Soldaten mit den Gummigeschossen nicht mehr zielen und erreichten wenig Wirkung (auch wenn die Vorschrift, auf den Boden zu schießen, sowieso mißachtet wurde).

Die Plastikmunition wird direkt verschossen. Seit 1973 hat die Armee 15000 verschossen. Die offizielle Zahl der dadurch Getöteten beträgt fünf, aber mit großer Wahrscheinlichkeit starb auch die 14jährige Julie Livingstone am 13. Mai als sechstes Opfer an einem Plastikgeschoß. Die Verletzungen durch Plastikgeschosse sind noch schwerer als durch Gummigeschosse.

Zwar gibt die Armee keine Angaben über die Mündungsgeschwindigkeit heraus, aber da ihre Sprengstoffladung größer ist, wird die Geschwindigkeit die 260 km/h der Gummigeschosse noch übertreffen. Außerdem ist der Plastikbolzen wesentlich härter als das Gummigeschoß. Das erste Todesopfer, ein dreizehnjähriger Junge, wurde an der Schläfe getroffen und war tot. Einem Fotografen zerschloß ein Soldat aus zehn Metern Entfernung das Bein, das an drei Stellen brach. Aus 15 und 20 Metern Entfernung sorgt die Waffe immer noch für schwerste Kopfverletzungen, wie die Ärzte der Belfaster Krankenhäuser beobachtet haben.

## Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte Sicherung bürgerlicher Freiheiten

Aufgrund der am 4.11.1950 in Rom unterzeichneten „Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ wurden zur selben Zeit in Straßburg der Europäische Gerichtshof und die Europäische Kommission für Menschenrechte eingerichtet. In dem Vertragswerk verpflichten sich die unterzeichnenden Staaten, allen unter ihrer Hoheitsgewalt stehenden Personen bestimmte Grundrechte einzuräumen. Die Kontrollbefugnis wurde drei Organen zugesprochen: dem Gerichtshof, der Kommission und dem Ministerkomitee des Europarates.

Die Bundesrepublik hat die Konvention in allen Teilen am 5.12.1952 bestätigt und auch im folgenden den Gerichtshof anerkannt. Mit der Verkündung im Bundesgesetzblatt (15.12.1953) hat die Konvention Gesetzeskraft für die BRD und Westberlin. Die Konvention wird von mehreren europäischen Ländern anerkannt: Irland, Norwegen, Österreich, Malta, Schweiz, Frankreich, Dänemark, Island, Luxemburg, Schweden, Großbritannien, Nordirland, Türkei, Niederlande, Belgien, Italien, Zypern, Griechenland. Alle diese Länder haben aufgrund der universellen Erklärung der Menschenrechte der allgemeinen Versammlung der Vereinten Nationen am 10.12.1948 beschlossen, sich einer gemeinsamen Kontrolle dieser Menschenrechte zu unterziehen, und in der Konvention entsprechende Artikel erlassen, die jeweils bei Verletzung einklagbar sind.

Klagen werden nach Artikel 26 bis 32 über den Generalsekretär des Europarates der Kommission zugeleitet, die diese auf ihre Zulässigkeit prüft und gegebenenfalls weiterleitet an den Gerichtshof. Klageberechtigt ist jeder Beteiligte, ein Mitgliedsstaat, der Rat, die Kommission, aber auch „jede natürliche und juristische Person“ gegen die an sie ergangenen Entscheidungen, die sie unmittelbar und individuell betreffen (Art. 173). Leitet die Kommission ein Gesuch als begründet weiter an den Gerichtshof, so dürfen nur die jeweiligen Länder („der Hohe Vertragsschließende Teil“) und die Kommission als Parteien vor dem Gerichtshof auftreten (Art. 44).

Die Fälle werden bei der Kommission durch eine Dreiergruppe geprüft, bevor sie eigentlich an die Kommission gelangen (Art. 45 der Kommissionsgeschäftsordnung). Weist die Kommission eine Beschwerde zurück, ist die Entscheidung endgültig. Vor der Kommission allerdings werden die Parteien gehört und haben auch das Recht aufzutreten. Der Gerichtshof ist von seiner Zuständigkeit her ein Sondergericht, und es können alle Arten von Streitsachen eingeklagt werden (sofern von der Kommission gebilligt): Klagen auf Nichtigkeitserklärung, Klagen im Verfahren mit unbeschränkter Ermessensprüfung, Repressivklagen. Der Gerichtshof kann auch als Schiedsgericht angerufen werden. Er besteht aus sieben Richtern und wird von zwei Generalanwälten unterstützt. Die Wahl findet auf sechs Jahre statt.

In den allermeisten Fällen hat die Kommission bisher die Klagen als unbegründet abgewiesen, d.h. sie hat sich gar nicht damit befaßt. Von den 2500 eingereichten Klagen in ihrem ersten Amtsjahr 1954 hat sie gerade 39 für zulässig erklärt. Das Verhältnis hat sich nicht wesentlich geändert.

Um ein Licht auf die Entscheidungen der Kommission zu werfen, ist insbesondere die Entscheidung gegen die Beschwerde der 1956 verbotenen KPD zu beachten. Die Beschwerde hatte eine gegen die BRD gerichtete Klage zum Gegenstand, daß diese mit der Einleitung des Verbots der Partei Art. 9 (Gedankenfreiheit), 10 (Freiheit der Meinungsäußerung) und 11 (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) der Menschenrechtskonvention verletzt habe. Die Kommission hat in ihrer Entscheidung vom 20. Juli 1957 die Beschwerde der KPD für unzulässig erklärt. Dies wird mit der Feststellung begründet, daß den von der KPD selbst abgegebenen Erklärungen gemäß diese Partei auch gegenwärtig noch „das Ziel verfolgt, in der Gesellschaft die kommunistische Sozialordnung auf dem Wege über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats errichten“, und „sich auch weiterhin noch zu diesen Grundsätzen bekennt“. Selbst wenn es als bewiesen angesehen werden könnte, daß die KPD ihre gegenwärtige Tätigkeit darauf beschränke, mit verfassungsmäßigen Mitteln die Macht in Deutschland zu ergreifen, so kann daraus nach Ansicht der Kommission noch lange „kein Verzicht auf ihre traditionsgemäßen Ziele“ gefolgert werden. Aus den vorstehend erwähnten Erklärungen würde sich vielmehr das Gegenteil ergeben, nämlich, daß die Partei auch weiterhin ihren Zielen treu bleiben wolle. Das darin zum Ausdruck kommende politische „Endziel impliziert aber, nach den Aussagen der Beschwerdeführer, das Durchlaufen der von der kommunistischen Grundlehre vorgesehenen Stadien und besonders der Diktatur des Proletariats“. Die Kommission vertritt demgegenüber jedoch die Ansicht, daß die Anwendung der Diktatur zur Errichtung eines Regimes mit der Konvention unvereinbar ist, weil sie die Beseitigung zahlreicher, in der Menschenrechtskonvention festgelegter Rechte oder Grundfreiheiten mit sich bringt. Danach müsse die Kommission feststellen, daß „der Aufbau und das Funktionieren des Parteiapparates der KPD unter den gegebenen Umständen eine Tätigkeit im Sinne des Artikels 17 (der Menschenrechtskonvention) darstellen“.

Der hier nach Ansicht der Kommission in Anwendung kommende Artikel bestimmt nämlich, daß keine ihrer Bestimmungen „dahin ausgelegt werden darf, daß sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person das Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben ... die auf die Abschaffung der in der vorliegenden Konvention festgelegten Rechte und Grundfreiheiten oder auf weitergehende Beschränkungen dieser Rechte und Grundfreiheiten, als in der Konvention vorgesehen, hinzielt“. Die Kommission schließt sich mit dieser Argumentation gegen die Beschwerde der KPD, damals vertreten durch Max Reimann, in wesentlichen Teilen der Argumentation des Bundesverfassungsgerichtes an.

In großer Zahl wurden bisher Klagen wegen Verletzungen des Art. 6 eingereicht:

„Jedermann hat Anspruch darauf, daß seine Sache in billiger Weise öffentlich und innerhalb einer angemessenen Frist gehört wird, und zwar von einem unabhängigen und unparteiischen, auf Gesetz beruhenden Gericht, das über zivilrechtliche Ansprüche und Verpflichtungen oder über die Stichhaltigkeit der gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Anklage zu entscheiden hat ...

(2) bis zum gesetzlichen Nachweis seiner Schuld wird vermutet, daß der wegen einer strafbaren Handlung Angeklagte unschuldig ist.

(3) Jeder Angeklagte hat ... die folgenden Rechte:

a) unverzüglich in einer für ihn verständlichen Sprache in allen Einzelheiten über die Art und den Grund der gegen ihn erhobenen Beschuldigung in Kenntnis gesetzt zu werden;

b) über ausreichend Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung seiner Verteidigung zu verfügen;

c) sich selbst zu verteidigen oder den Beistand eines Verteidigers seiner Wahl zu erhalten ...;

d) Fragen an die Belastungszeugen zu stellen oder stellen zu lassen und die Ladung und Vernehmung der Entlastungszeugen unter den selben Bedingungen wie die der Belastungszeugen zu erwirken.“ 1)

In verschiedenen Entscheidungen der Kommission sind auch grundsätzliche Erwägungen zu den einzelnen Artikeln enthalten. So hat die Kommission 1960 folgendes festgehalten:

„Das in Artikel 6 Absatz 1 jedermann gewährte Recht, daß seine Sache in billiger Weise gehört wird, bringt für die Vertragsstaaten nicht die Pflicht mit sich, den Prozeßführenden völlig freien Zugang zum letztinstanzlichen Gericht einzuräumen. In anderen Worten, Art. 6 Abs. 1 steht

einer einschränkenden Regelung des Zugangs der Prozeßführenden zu diesem Gericht nicht entgegen, vorausgesetzt, daß diese Regelung keine anderen Zwecke verfolgt, als eine ordnungsgemäße Gestaltung des Verfahrens. Diese Voraussetzung ist in der Bundesrepublik Deutschland in jeder Hinsicht gewahrt, denn die Regelung der Postulationsfähigkeit vor dem Bundesgerichtshof, wonach sich die Parteien nur von einem der beim Bundesgerichtshof zugelassenen Anwälte vertreten lassen können, ist gerade mit dem Ziel eingeführt worden, eine ordnungsgemäße Gestaltung des Verfahrens sicherzustellen“. 2)

Durch den sehr allgemeinen Charakter der Konventionsartikel bleiben dem Gerichtshof und der Kommission breite Spielräume bei der Auslegung, wobei auffällig viele Klagen, die nach Artikel 6 angestrengt wurden, abgewiesen wurden. Zur Frage der persönlichen Anwesenheit im Prozeß kann sich die Kommission nicht zu einer grundsätzlichen Entscheidung durchringen:

„Das Recht auf persönliche Anwesenheit in einem Zivilprozeß ist als solches weder in Art. 6 Abs. 1 noch in irgend einer anderen Bestimmung der Konvention gewährleistet ... Das in Art. 6 Abs. 1 gewährleistete Recht auf ein in billiger Weise geführtes Gerichtsverfahren dürfte davon ausgehen, daß in einem Zivilverfahren jede Partei eine angemessene Möglichkeit haben muß, dem Gericht seine Seite in einer Form darzulegen, die sie im Verhältnis zur Gegenpartei nicht wesentlich benachteiligt. Dasselbe gilt erst recht in strafrechtlichen Fällen“. 2)

Man kann davon ausgehen, daß die Rechtsprechung der Menschenrechtskommission, wie auch des Europäischen Gerichtshof (der sich auch mit Wirtschaftsfragen befaßt) sich eng am Rahmen der Festlegungen der jeweiligen Verfassungen und Gesetze hält, immer jedoch im Rahmen bürgerlicher Gesetzgebung. So wird in fast allen Fällen das Recht des Angeklagten auf ausreichende Vorbereitung für gewährleistet angesehen, wenn der Anwalt des Angeklagten diese Vorbereitung als ausreichend ansieht. Auch soll die Unterbindung einer mündlichen Unterredung mit dem Anwalt den Art. 6 Abs. 3c (Recht jedes Angeklagten, sich selbst zu verteidigen und einen Verteidiger seiner Wahl zu erhalten) nicht verletzen, wenn ein schriftlicher Verkehr mit dem Anwalt vor der Hauptverhandlung stattgefunden hat.

In den einzelnen Klageabweisungen gerade zu diesem Artikel ist die Kommission an bestimmten Punkten regelrecht kleinlich, wenngleich nicht immer einstimmig:

„Die Kommission ist der Ansicht, daß der Beschwerdeführer in der ordnungsgemäßen Erstellung der Begründung für Berufung und Nichtigkeitsbeschwerde gegen das erstinstanzliche Urteil nicht dadurch behindert worden ist, daß die Gefängnisbehörden es ihm nicht gestattet haben, seine handschriftlichen Notizen und mit Randbemerkungen versehenen Dokumente mit in das Besuchszimmer zu nehmen, wenn er dort seinen Verteidiger traf“. 2)

Die Richter des Europäischen Gerichtshofs und die Mitglieder der Menschenrechtskommission sollen Persönlichkeiten sein, „die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und in ihrem Staat die für die höchsten richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Juristen von anerkannt hervorragender Befähigung sind“. (Art. 167) Sie werden entsprechend von den Mitgliedsländern für diese Positionen vorgeschlagen.

Es ist daher wohl auch nicht zweckmäßig, darauf zu setzen, vor dieser Instanz endgültig Recht zu erhalten.

Es ergibt sich die Möglichkeit, bestimmte Verletzungen elementarer Rechte über die nationalen Grenzen hinaus publik zu machen und eventuell bestimmte Schranken gegen allzu dreiste Eingriffe des Staatsapparates zu erwirken. Bisher haben Fälle, in denen die Rechte von Angeklagten und Inhaftierten verhandelt wurden, keine wesentlichen Änderungen bewirkt. Die Rechtsprechung in der Angelegenheit des KPD-Verbots zeigt auch den Rahmen, in dem sich das Gremium bewegt. Der Gerichtshof und die Kommission haben schon des öfteren Beschlüsse gefaßt, die nicht einstimmig waren, aber in den Punkten, die direkt an die grundsätzliche Fragen gingen, zumeist für den jeweiligen Staat geurteilt.

1) Grundgesetz für die BRD, Menschenrechtskonvention, C.H. Beck, München 1979, S. 162 ff

2) Die Menschenrechte in der Praxis des Europarates (1955 – 67), Wien – Stuttgart, 1972 S. 50 ff

## „Grundwertediskussion“

# Bischof Stimpfle ist für die Ehe, und zwar in Ewigkeit

Bischof Dr. Josef Stimpfle ist seit 1973 Bischof von Augsburg, der ältesten und größten Diözese in Bayern. Im Auftrag von Kardinal Döpfner hat er die Beziehungen zwischen dem deutschen und polnischen Episkopat angebahnt und war maßgeblich beteiligt an der Kürung des Karol Wojtyla auf den Stuhl Petri.

Dieser Stimpfle – im Volksmund wird er wegen seiner penetranten Heiligkeit St. Impfle genannt – hat sich 1978 mit einem Vortrag in der Akademie von Tutzing „in die Grundwertediskussion eingeschaltet“, und selbigen Vortrag hat der Seewald-Verlag ein Jahr später als aufwendig gedruckte Broschüre mit einem Vorwort von Carstens, seinerzeit Bundestagspräsident, veröffentlicht: „Die Grundwerte in der Sicht der katholischen Kirche“.

Gleich zu Anfang stellt er klar: Es handle sich nicht um „katholische Grundwerte“, vielmehr „schlechthin um die Grundwerte, die auch dem Katholiken und der katholischen Kirche vorgegeben sind.“ Zu diesen Grundwerten schlechthin zählt er als erstes den Angriff auf Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung und auf Tarifkampf und Gewerkschaften: „Wir dürfen uns nicht damit abfinden, den Arbeitslosen Geld zu geben, wir müssen sie in den Arbeitsprozeß wieder eingliedern ... Und wir können auch die Verteilung der Güter und Dienstleistungen nicht einfach den stärkeren Bataillonen überlassen, denen, die den größten Druck ausüben und die ihre Sonderstellung auch noch mit dem Mantel der Gerechtigkeit umhängen wollen.“

Nach dieser Eröffnung geht er auf die Sozialdemokratie los. Er schildert sie als Wegbereiter von Terror und Faschismus. Erstens der § 218:

„Ist dieses traurige Spiel mit dem ungeborenen Leben nicht der Nährboden für die Rücksichtslosigkeit, die sich in ihrem schlimmsten Auswachsen im Terrorismus gezeigt hat?“ Zweitens das neue Ehescheidungsrecht: Es müsse „der Staat dafür sorgen, daß die geistigen Kräfte zur Erhaltung der Ehe gestärkt werden.“

Im weiteren der „Grundwert der Familie“ und die „Ideologisierung der Bildungspolitik in manchen Bundesländern.“ Nämlich: „Ehe und Familie werden ebenso madig gemacht wie etwa das Privateigentum“. Des weiteren der „Grundwert der gesellschaftlichen und staatlichen Autorität“ sowie das Strafrecht.

Das nennt Stimpfle „institutionelle Grundwerte, die für eine humane Gesellschaft unerlässlich sind. Dazu gehören Ehe und Familie ebenso wie etwa der Staat ... Auf alle diese Grundwerte ist der Mensch von seinem Wesen her hingeeordnet.“ Stimpfle möge mal im 3. Buch Mose nachlesen, wie das Verbot des Inzests erst noch durchgesetzt werden mußte. Die Einzelhe ist erst dreitausend Jahre alt. Die individuelle Geschlechtsliebe entstand außerhalb der Ehe, mit den Minnesängern. Die Ehe ist eine gesellschaftliche Entwicklung zur geregelten Vererbung von Besitz, daher verbunden mit zahllosen außerehelichen Geschlechtsbeziehungen der Männer und Unterdrückung der Frauen. Erst beim besitzlosen, freien Lohnarbeiter kann die Liebe zur alleinigen Grundlage der Ehe werden. Dann ist aber das Verlangen nach Weiterführung der Ehe, wenn die Liebe geschwunden ist, unsittlich. Bei Stimpfle liest man viel über die Ehe und nichts über die Liebe. Die katholische Kirche sucht die Lohnarbeiter ideologisch an Bindungen aus der Feudalzeit zu ketten. Ihre Nonnen hält sie als Leibeigene und drückt durch Vermietung ihrer Arbeitskraft im Gesundheitswesen auf Löhne und Arbeitsbedingungen der Krankenschwestern. Zum 1. Juli hat Stimpfle den 69jährigen Pfarrer Janssen aus der Diözese Augsburg amtsenthoben, weil dieser sich in einem Buch gegen den Zölibat für Priester ausgesprochen hatte. Dagegen gibt es keine Klage beim Arbeitsgericht.

Mit dem Grundgesetz ist Stimpfle sehr einverstanden. Es fängt ja auch gleich an mit der „Verantwortung vor Gott“, erklärt die Staatsaufsicht über Ehe und Familie, garantiert Eigentum, Erbrecht und Religionsunterricht. Und erklärt sich selbst für unab-schaffbar. Auch Stimpfle findet seine Grundwerte so heilig, „daß über sie und ihre Geltung nicht abgestimmt werden kann.“ Sie sollen unveränderbar sein von Ewigkeit zu Ewigkeit.

# Schichtung der Einkommen aus Verkauf von Arbeitskraft

Die Lohnbewegungen zu Beginn des Jahres konnten das Interesse, für den Bereich niedrigster Lohneinkommen Sicherungen zu erzielen, nicht verwirklichen. Da die Arbeiterbewegung die politische Kraft nicht fand, solche Forderungen durchzusetzen, versucht die Bourgeoisie jetzt einen direkten Vorstoß: Das neue Sachverständigengutachten spricht offen und höhnisch aus, daß die Sanierungsbestrebungen der Kapitalistenklasse sich auf Streichung von Leistungen für „sozial Schwache“ spitzen sollten und müßten. Da die Bourgeoisie den Angriff auf den Lebensstandard der lohnabhängigen Massen also nicht gleichmäßig, sondern schwerpunktmäßig durchzuführen gedenkt, tut eine Untersuchung der Schichtung der lohnabhängigen Massen not. Eine solche Untersuchung kann anhand der Statistik der Steuerfälle durchgeführt werden. Die nebenstehend vorgenommene, erste Untersuchung ist mit dem Ziel durchgeführt, die subjektive Stellung der jeweiligen Schichtungen zu ihrer Lohnabhängigkeit zu umschreiben.

**Zone A:** Der Anteil der nicht ganzjährig Beschäftigten liegt über 50%. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten liegt ebenfalls über 50%. Das Lohneinkommen reicht zur Bestreitung des Lebensunterhaltes keinesfalls aus. Hauptquellen des Lebensunterhaltes mögen sein: Renten, insbesondere Witwenrenten, Sozialhilfe, Studienförderung, Zuwendungen vermittelt über die Familie. Die Höhe des pro Stunde gezahlten Arbeitslohnes bestimmt den Lebensstandard nicht mehr entscheidend.

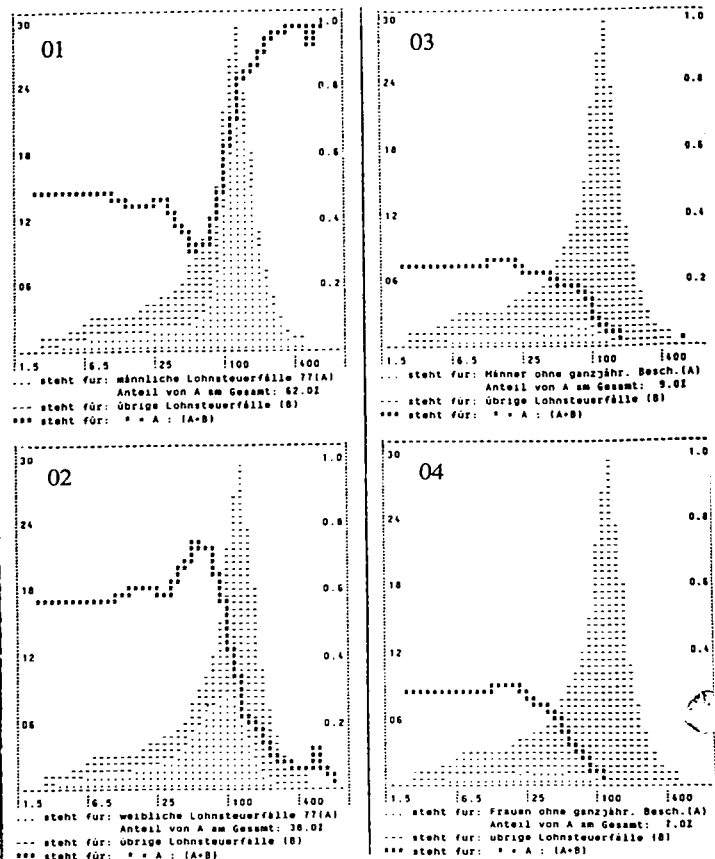
**Zone B:** Der Anteil ganzjähriger Beschäftigung nimmt verglichen zu Zone A zu. Der Anteil Steuerklasse I ist hoch, der Anteil der Steuerklasse III, IV, V, das sind Verheiratete, ist niedrig. Ebenso der Anteil Steuerklasse II, das sind Ledige entweder über 50 oder unterhaltspflichtig. In dieser Zone befindet sich also der große Teil der Auszubildenden. Ihr Lohneinkommen reicht zur Deckung ihres Unterhaltes keineswegs hin. Ihre Lohnabhängigkeit stellt sich weithin als Familienabhängigkeit dar. Durch das System der Lehrverträge ist eine Reihe typischer Unsicherheiten der Lohnabhängigenexistenz für sie nicht direkt spürbar. Jedoch wird ihr Lebensstandard bereits spürbar durch ihren Arbeitslohn bestimmt.

**Zone C:** Der Anteil der Frauen erreicht sein Maximum. Der Anteil der verheirateten Frauen ist hoch. Der Anteil der nicht ganzjährig beschäftigten Frauen nimmt ab. Typisch für diese Zone wird die Frauen-Teilzeitarbeit sein. Das erzielte Lohneinkommen reicht zur Deckung des Lebensunterhaltes der einzelnen Arbeitsperson kaum hin, stellt aber einen Zuschuß zum Lohneinkommen der Familie, der von entscheidender Bedeutung sein mag. Die Lohnabhängigkeit erscheint als Abhängigkeit der Familie, da nur das Familieneinkommen den Reproduktionsaufwand zu decken vermag.

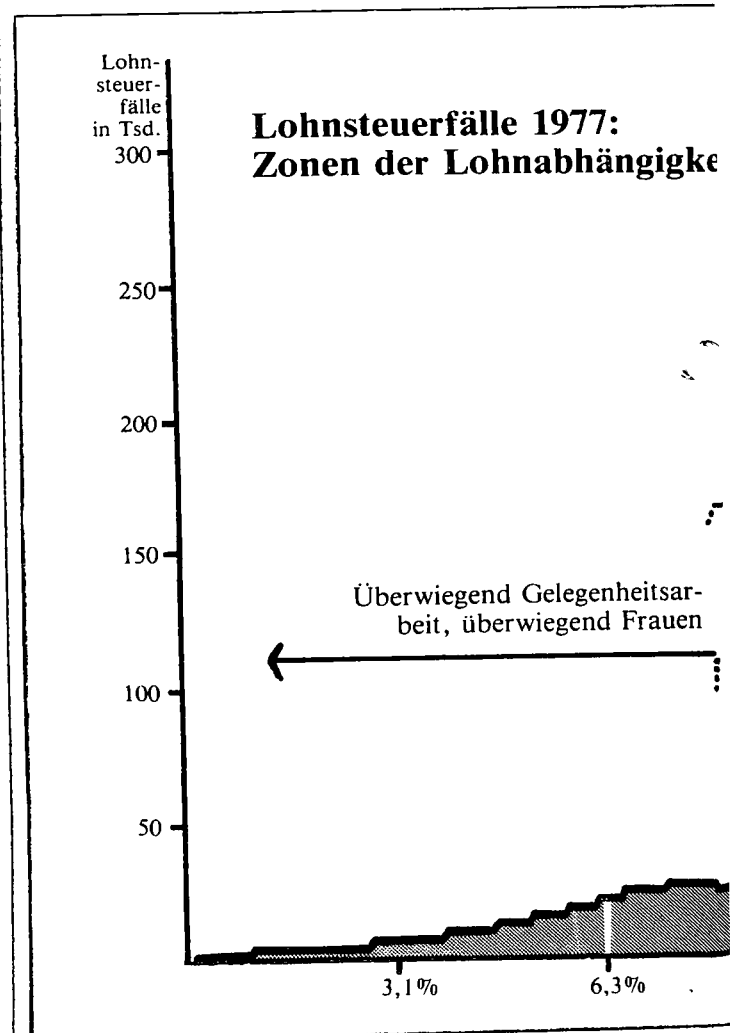
**Zone D:** Der Anteil an Steuerklasse I ist hoch. Der Anteil der verheirateten Männer ist niedrig, der Anteil der verheirateten Frauen hoch. Die hier typischen Lohneinkommen werden von jüngeren Arbeitern und Angestellten sowie von weiblichen Arbeiterinnen erzielt. Das Lohneinkommen deckt in etwa den Lebensunterhalt einer Person, reicht aber zum Unterhalt einer Familie mit Kindern nur hin, wenn es per Eheschließung mit einem höheren Lohneinkommen kombiniert ist. Der Lebensstandard ist weitgehend durch den Lohnstandard bestimmt. Die Absicht der Familiengründung kann jedoch nur verwirklicht werden im Fall der Männer durch Aufstieg in höhere Entlohnungsklassen und im Fall der Frauen durch Heirat solcher Männer. Die Niedrigkeit des Lohnes scheint bestimmt durch Jugend oder durch das Geschlecht und nicht direkt durch die Kapitalisten.

**Zone E:** Der Anteil der Frauen sinkt. Der Anteil der Männer steigt. Der Anteil der Verheirateten ist hoch. Der Anteil der Lohneinkommen in Steuerklasse III beginnt zu steigen. Typische Reproduktionsform ist die Arbeiter- und Angestelltenfamilie, die auf der Lohnarbeit beider Erwachsener beruht.

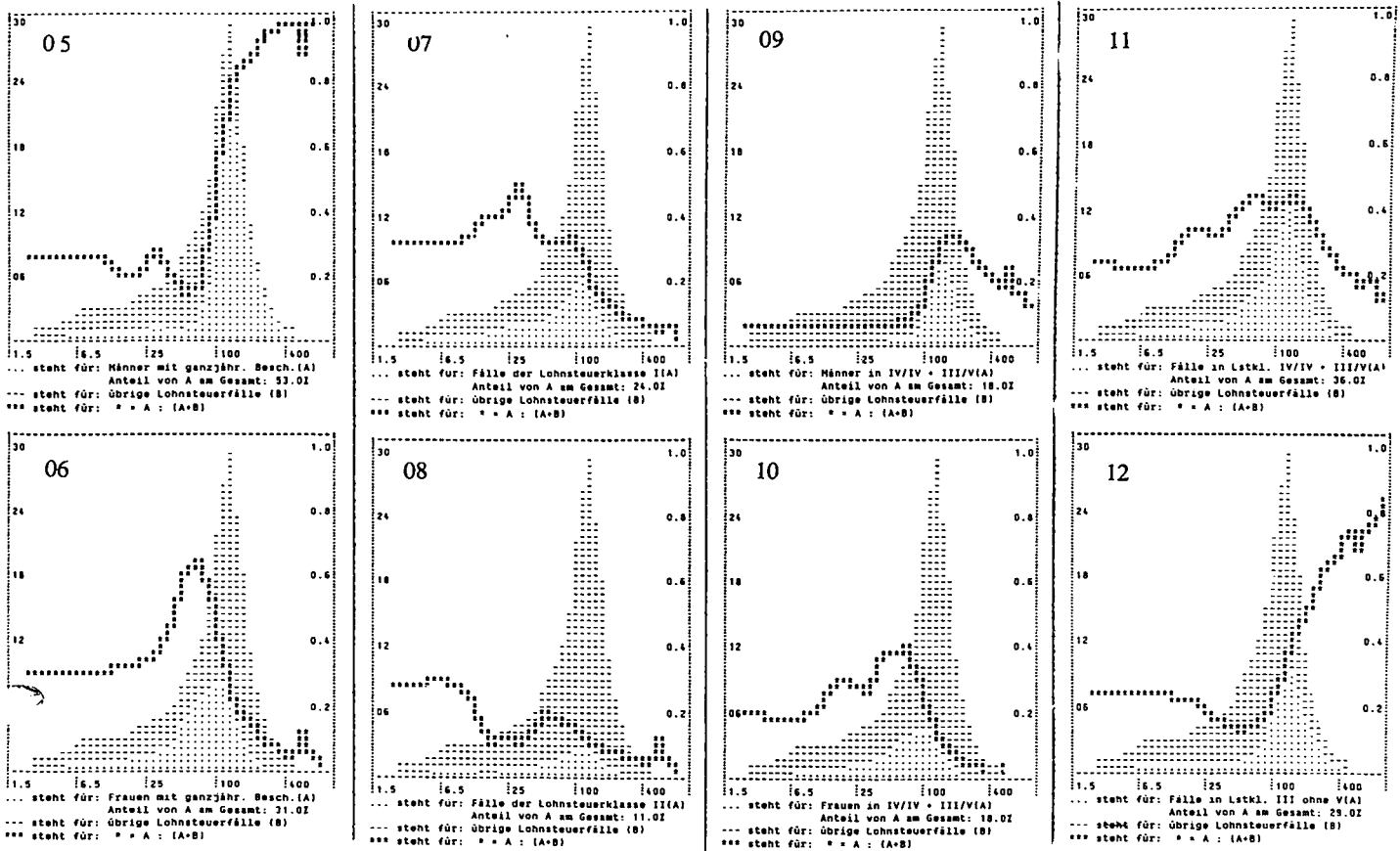
**Zone F:** Der Anteil der nach Steuerklasse III Lohnabhängigen nimmt sprunghaft zu. Die Lohnabhängigkeit scheint gemindert, da durch die Nicht-Arbeit der Hausfrau erhebliche Arbeitskraftreserven vorzuliegen scheinen. Die Lohnabhängigkeit der nicht arbeitenden Hausfrau erscheint als Abhängigkeit vom Lohneinkommen des Ehemannes und kann leicht als Abhängigkeit von dessen Stellung im Arbeitsprozeß bzw. Karriere aufgefaßt werden.



**Anmerkungen zu den Schaubildern:** Alle Verteilungen beziehen sich auf Steuerfälle, d.h. auf einzelne Personen, die nach den verschiedenen Klassen besteuert werden. Die Gesamtzahl dieser Steuerfälle betrug 1977

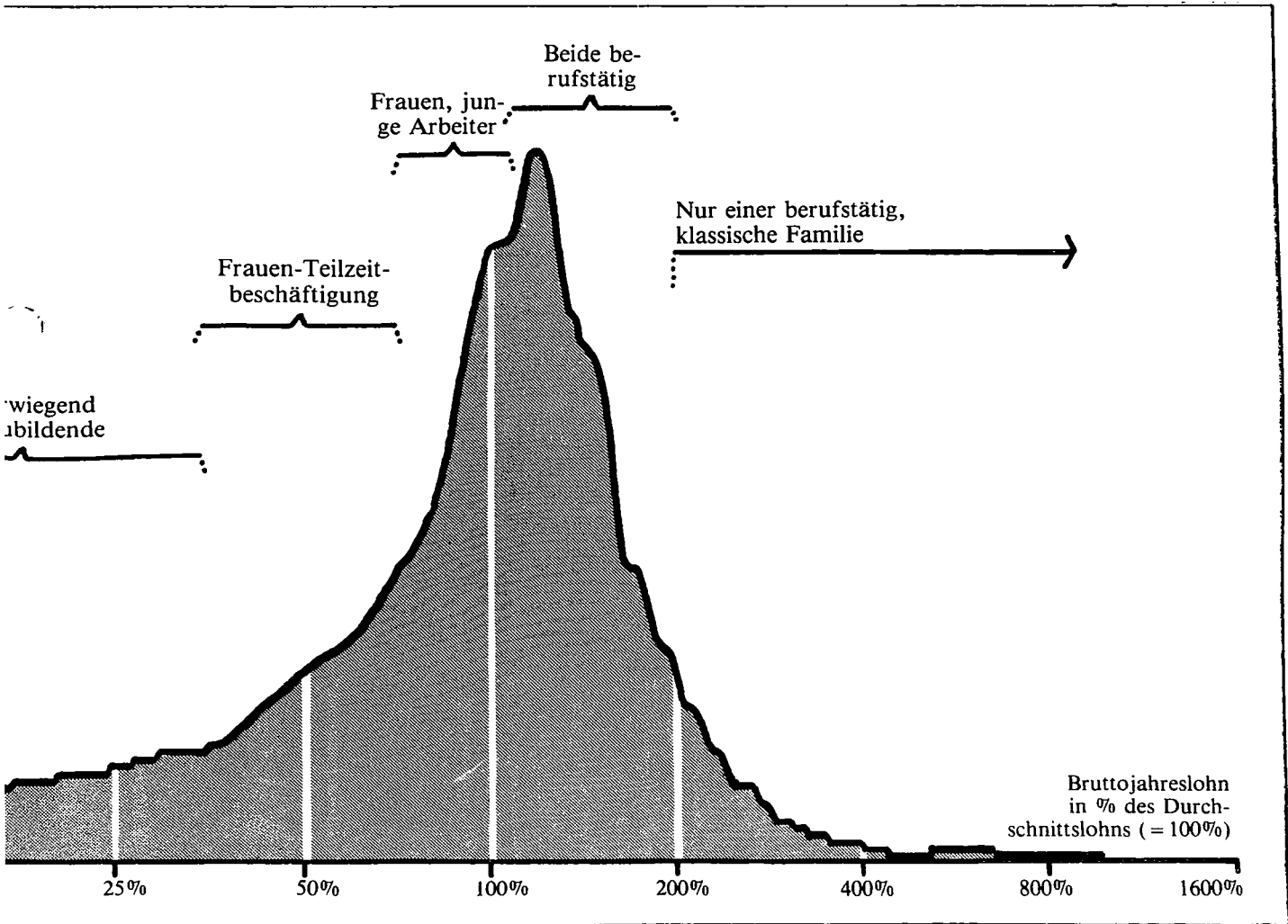






24 528 Tsd. Im Durchschnitt betrug ihr Jahresbruttolohn 22 450 DM. Auf diesen Durchschnitt (= 100%) bezieht sich die Prozenteilung der unteren Skala (x-Achse) in allen Bildern. Die y-Achse gibt links in allen Bil-

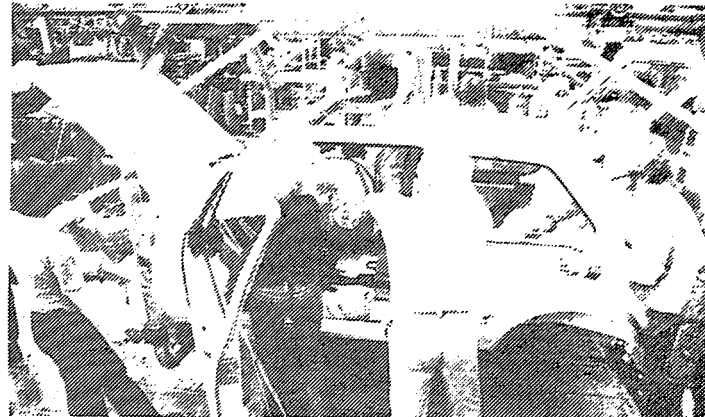
dern die Zahl der Steuerfälle an: in den oberen Bildern in Hunderttau- send, im Bild unten in Tausend. Die y-Achse rechts gibt in den oberen Bildern den Anteil der hervorgehobenen Steuerfälle (A) am Gesamt an.



## BRD

### Arbeiterinteressen in der Krise: Nachgeben wird bestraft!

Immer tiefer wird der Lebensstandard der arbeitenden Massen durch den Strudel kapitalistischen Wirtschaftens hinuntergezogen: Exportoffensive auf fremde Märkte, gleichzeitig Preissteigerung durch Verteuerung der Einfuhren. Kapitalexport wie noch nie, aber Betriebsstillegungen. Rückgang der Wirtschaftstätigkeit, aber steigende Profitraten. Jedes Nachgeben der Arbeiterbewegung führt bloß zu einer tieferen Verstrickung in die internationale Konkurrenz.

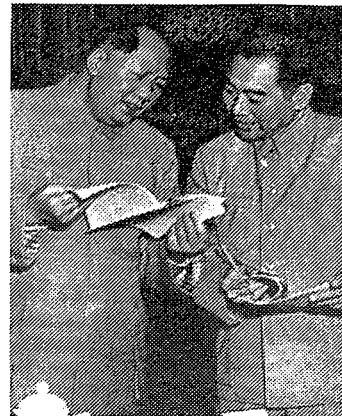


## KP Chinas

### Kulturrevolution verurteilt, Machtantritt des Revisionismus unmöglich

„Die ‚Kulturrevolution‘ war eine innere Unruhe, die von ihrem Führer fälschlicherweise initiiert und von konterrevolutionären Cliquen ausgenutzt wurde und für Partei, Staat und alle unsere Nationalitäten verheerende Konsequenzen hatte“, lautet das einstimmige Urteil des ZK der KPCh. Mao Zedong's Theorie von der Weiterführung der Revolution

unter der Diktatur des Proletariats sei unmarxistisch und entspreche nicht den chinesischen Realitäten. Daß die Partei revisionistisch entartet und eine neue Bourgeoisie entsteht, dafür gebe es keine Basis. — Welche Interessen stehen hinter diesen Entscheidungen der KP Chinas, was lassen sie für Chinas Entwicklung befürchten?



## Städtebauförderungsgesetz

### Stadtteilsanierung in München-Haidhausen



Die Sanierung des alten Arbeiterviertels Haidhausen sollte nach dem Plan der SPD-Stadtverwaltung (1976) ein Paradebeispiel der Anwendung des Städtebauförderungsgesetzes werden. Dieses sei „Werkzeug zur Anpassung veralteter Stadtteile und Stadträume an die Ansprüche und Bedürfnisse unserer Zeit“. Die bisherigen Bewohner sollen vertrie-

ben werden, um Geschäftszentren und einkommensstärkerer Bevölkerung Platz zu machen. Gegen Vernichtung billiger Wohnungen und Vertreibung von Kleinbetrieben gibt es von Anfang an hartnäckigen Widerstand. Die CSU-Stadtverwaltung versucht nun, durch eine andere Gangart die Interessen der Kapitalisten an der Sanierung durchzusetzen.

## Arabischer Sozialismus

### Libyen zwölf Jahre nach dem Sturz der Monarchie

Muammar al-Gadhafi gehört sicher zu den bei den Imperialisten meistgehaßten Politikern der Dritten Welt. Das spricht für ihn. Die libyschen Führer stellen ihr Entwicklungsmodell als vorbildlich für die Dritte Welt dar. Ist ein „dritter Weg“ zur Befreiung vom Imperialismus gangbar, oder verbirgt sich hinter angeblicher Aufhebung der Klassenwidersprüche Unterdrückung des proletarischen Klassenkampfes?



## Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,- DM

## Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel 0221/ 517457

## Bezugsbedingungen:

**Politische Berichte:** Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM.

**Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten:** Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM.

**Jedes weitere Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

**Einzelabonnement Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

**Jedes weitere Heft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel: 0221/ 517457